

CHILE SINGT FÜR CHILE

DOPPEL-LP

VOM 1. TREFFEN CHILENISCHER
FOLKLOREGRUPPEN UND
VOLSKÜNSTLER IN DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
am 29. Nov. 1980 in Wiesbaden

Das Wiesbadener Solidaritätskomitee
für Chile unterstützt mit dieser DO-LP
den Kampf des Volkes von El Salvador.
Der Verkaufserlös dient zur Unterstützung
der Demokratischen Revolutionären Front
El Salvadors.

Verkaufspreis DM 20,-
Kontaktadresse: Wolfgang Gunkel
Herderstr. 4
6200 Wiesbaden
Tel. 06121-378648

Herausgeber: Wiesbadener Solidaritätskomitee für Chile
V.i.S.d.P.: Wolfgang Gunkel
Herderstr. 4
6200 Wiesbaden

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 95

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



NORD-SÜD-DIALOG

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

Nord-Süd-Bericht — **MEXICO:** Atomare Kraftmeierei — **BOLIVIEN:** Alles beim Alten — **CHILE:** Geheimdienstgangster — **ARGENTINIEN:** Waffenhandel — **NICARAGUA:** Gesundheit.

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4

— Bericht der Nord-Südkommission: Der Mythos der <u>einen</u> Welt	4
— MEXICO: Atomare Kraftmeierei	8
— EL SALVADOR: Salvadorensische Flüchtlinge	12
— NICARAGUA: Strafvollzug	15
— JAMAICA: Rückkehr zum Internationalen Währungsfond	18
— GRENADA: Zeitungsbeschlagnahmung in Grenada. Warum?	21
— ARGENTINIEN: Streik gegen Arbeitsplatzabbau	22
— BOLIVIEN: Alles beim Alten	25
— CHILE: Kultur und Widerstand	27
Das Paradies der Spekulanten	30
Geheimdienstgangster	32
— BRD: Kiel: Chilenische Militärs überwachen deutsche Werftarbeiter	34
II. HINTERGRUND	36
— ARGENTINIEN: Waffenhandel	36
— KUBA: Interview	46
— NICARAGUA: Kampf um Gesundheit	56
— GEDICHT: Deutschland auf der Weltausstellung in Chicago ...	66
— Zeitschriftenschau	67

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 2.7.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-

theken und Institutionen im Bundesge-

biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,

Postfach 106545,

Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-

legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Manche LN-Leser werden ihren "Verdienten" Arbeits- oder Semesterurlaub in Lateinamerika verbringen. Ihnen haben wir als besonderen Urlaubsservice unser Titelbild gewidmet. Es soll -zur Erinnerung- das ausdrücken, was Inhalt des Nord-Süd-Monologs war und ist: Wiedergabe touristischer Erfahrungen. So fand auch jüngst ein weiteres Treffen der Nord-Süd-Kommission statt, diesmal in Berlin, um zu beraten, wo denn der gemeinsame nächste Urlaub verbracht werden könnte. Brandt, Heath, Frei u.a. waren sich bald einig. Diesmal geht's nach den europäischen Sommerferien im Oktober ins sonnige Mexiko, in ein mondänes Seebad. Na bitte!

Mexiko ist schließlich ein interessantes Reiseland. Es verfügt über sehr viel Energie: Erdöl, thermische Energie, Sonne, Wind. Warum soll es nicht auch noch im Rahmen des Nord-Süd-Monologs über Atomernergie verfügen? Eine derart widersinnige Energiepolitik wird mit Sicherheit nicht zum Nutzen der verarmten Bevölkerungsschichten ausschlagen, sondern noch zu ihrer weiteren Verelendung beitragen, weil sie es sind, die diese Politik letztlich bezahlen müssen.

Auf dem Gebiet des Waffenexports erleben wir in der BRD seit Jahren eine wachsende Diskrepanz zwischen den lautstarken Enthaltungs- und Friedensbeteuerungen der Bundesregierung auf der einen und ihrer klammheimlichen Praxis auf der anderen Seite. Durch Lieferung über Drittländer oder seitens Ländern, mit denen deutsche Rüstungsbetriebe im Kooperationsverfahren Großwaffen herstellen (Tornado, Alpha-Jet), können ohne Schwierigkeiten die offiziellen Exportrestriktionen der Bundesregierung wesentlich unterlaufen werden. Die Bundesregierung ist auf dem besten Wege, wieder zu einer "Rüstungsschmiede der Welt" zu werden. Ein eklatantes Beispiel liefern die aktuellen Exportgeschäfte mit Argentinien und Chile. Seit 1976, dem Jahr des Militärputsches in Argentinien, schnellte die Kurve des Waffenexports in dieses Land steil in die Höhe. Die Lieferung von U-Booten, Panzern und Kanonen sind in diesem Trend nur vorläufige Höhepunkte. Chile wird mit größter Wahrscheinlichkeit in den Besitz deutscher U-Boote gelangen, deren Bau auf den Kieler Howalts-Werken zur Zeit von chilenischen Militärs überwacht wird, und dies angesichts einer breiten Widerstands- und Friedensbewegung in der Bevölkerung und selbst in einigen Teilen der SPD.

In Bolivien konnte auch ein erneuter Putschversuch den Militärdiktator García Meza nicht stürzen. Die Repression erlebte einen neuen Höhepunkt, der nun auch der letzte der im Lande kämpfenden Bauernführer, Genaro Flores, zum Opfer fiel. Sein Leben ist in Gefahr. Auch der IWF fehlt nicht in dem sich schneller drehenden Repressionskarussell. In Jamaika sucht Präsident Seaga die Rettung aus der Wirtschaftsmisere in der Zuflucht zu der vom IWF verordneten Austeritätspolitik. D.h. für die Jamaikaner: noch mehr Arbeitslose, noch höhere Preise, noch weniger zu essen.

Vor diesem Hintergrund der Entwicklung in Lateinamerika stehen die Anstrengungen in Nicaragua zum Aufbau einer neuen Gesellschaft. In diesem Heft berichten wir über neue Formen der Demokratisierung und Bewußtwerdungsprozesse im Gesundheitssektor, indem breite Teile der Bevölkerung die Lösung der dringenden Probleme selbst in die Hand nehmen.

Bericht der Nord-Süd-Kommission: Der Mythos der einen Welt

Den aktuellen Anlaß, einen Artikel über den Bericht "DAS ÜBERLEBEN SICHERN - Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer" der Nord-Süd-Kommission zu verfassen, stellte die fünftägige Sitzung der Kommission in Berlin Ende Mai.

Seit der Veröffentlichung des Nord-Süd-Berichts Ende 1979 trafen sich erstmalig die Mitglieder der Kommission zu einer Überprüfung und Neueinschätzung der Lage zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und zur Einschätzung der Resonanz des Berichtes. Im Rahmen der Tagung fand in der TU Berlin vor ca. 800 geladenen Gästen aus 'Politik, Wissenschaft und Forschung' eine 'Podiumsdiskussion' mit den erlauchten Kommissionsmitgliedern statt. Anwesend waren neben dem Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission Willy Brandt Prominenten wie z.B. der ehemalige Premierminister Großbritanniens Edward Heath, der chilenische Christdemokrat Eduardo Frei, der indonesische Premier Adam Malik. Eingebettet in Begrüßungs-, Willkommens-, Würdigungs-, Einführungs-, Schluß- und Abschlusssprachen, vermittelte der Vortrag Willy Brandts und die anschließende 'Diskussion' mit dem Publikum nichts Neues. Die Prominenten unter sich, man kannte sich, man schätzte sich, man fühlte sich wohl. Der Duft von Weihrauch und Myrrhe erfüllte den Raum bei der feierlichen Vorstellung der Kommissionsmitglieder. Nur knapp konnten einige der Heiligsprechung zu Lebzeiten entgehen wie z.B. Eduardo Frei. Der Übergang zur eigentlichen 'Diskussion' war dagegen ernüchternd. Die wenigen klaren Fragen des Publikums zu Problemen wie der Universitätsausbildung von Studenten aus Entwicklungsländern oder zur Forschungsplanung im Bereich angepasster Technologien verursachte im Kreis der Beinahe-Heiligen nur Stühle-Rücken, Räuspern und flüchtende Blicke zur Decke. Gelegentlich gelang es dem Veranstaltungsleitenden, die Prominenz erst durch Erinnerungen und Appelle an ihre eigentlich vorhandene Kompetenz bei den angesprochenen Fragen zu einer Antwort - die selten Sachverstand bewies - zu nötigen.

Soviel zur 'heiteren' Konferenzstimmung eines Treffens der Großen der internationalen Entwicklungspolitik in Berlin. Worin könnte aber die Bedeutung dieser Kommission und des von ihr veröffentlichten Berichts liegen, der immerhin den Anspruch hat, die Grundlagen der Dritten Entwicklungspolitischen Dekade der UNO mitzu- und zu bestimmen und empfehlenden, richtungsweisenden Charakter für die Regierungen von Industrie- wie Entwicklungsländern zu haben?

Seit über einem Jahr liegt der Bericht der Nord-Süd-Kommission der Öffentlichkeit vor. Die im Bericht detailliert aufgelisteten Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben sich in diesem Zeitraum in allen Bereichen weiter verschärft. Der einzige konkrete Beschluß der Kommission, über den eine Einigung erzielt werden konnte, ist der Entschluß, das nächste Treffen in einem Entwicklungsland - nämlich Mexiko - abzuhalten. Im Herbst 1981 wollen sich ca. 25

Staatschefs von Industrie- und Entwicklungsländern in Mexiko treffen, um wieder einmal über die Weltprobleme zu palavern. Die Einigung zu diesem Treffen 'im kleinen Kreis' ist nicht nur die erste, sondern wird voraussichtlich auch die einzige praktische Maßnahme bleiben, die mit einem Vorschlag der Kommission in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden kann.

KLEINES LEXIKON DER GROSSEN WELTPROBLEME

Was steht aber nun in dem 300 Seiten starken Ergebnisbericht der zweijährigen Kommissionsarbeit? Was fordert die erlauchte Kommission, die nach eigenen Aussagen 'unabhängig und nicht an Weisungen irgendeiner Regierung gebunden' ist, als Lösung der beschriebenen Probleme?

Von den 200 Seiten des Hauptteils der Arbeit werden die sogenannten 'Langzeitprobleme', die also in den nächsten 50 bis 100 Jahren kaum einer Lösung näher kommen werden, am ausführlichsten behandelt. In separaten Kapiteln findet sich hier eine Ansammlung von Informationen, Daten, Zahlen zum Problem des Hungers, Friedens, Bevölkerungswachstum, Abrüstung, Energie, Industrialisierung, Rohstoffhandel und Entwicklung, gemeinsame Interessen und vieles andere mehr.

Dem folgen drei Kapitel mit Ausführungen zu Problembereichen, in denen Veränderungen auch schon in mittelfristigen Zeiträumen denkbar sind, d.h. in 10 - 20 Jahren. Dazu zählen Veränderungsvorschläge im Bereich des

- internationalen Währungssystems
- der Entwicklungsfinanzierung (durch Hilfe von außen)
- und der Reform der internationalen, entwicklungspolitischen Organisationen u.a. der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Auch wenn diese Veränderungsvorschläge sehr eindringlich formuliert worden sind, so wird auch die Kommission von wesentlichen Fortschritten in diesen Bereichen in wenigen Jahren nur träumen können.

Im 'Prioritätenprogramm' für die Jahre 1980 - 85 (auch als Sofortprogramm bezeichnet) listet der Bericht schließlich noch die Veränderungen auf, die kurzfristig durchgeführt werden sollen, um 'gemeinsam das Überleben zu sichern'. Zu folgenden Bereichen werden Empfehlungen ausgesprochen

- dem Transfer von Mitteln aus Industrieländern in Entwicklungsländer
- zur Ausarbeitung einer internationalen Energiestrategie
- der Erstellung eines weltumspannenden Nahrungsmittelprogrammes
- der Inangriffnahme größerer Reformen des Weltwirtschaftssystems.

Der Bericht der Nord-Süd-Kommission ist gekennzeichnet durch eine Fülle von Informationen und Stellungnahmen, weshalb er auch von einigen Kritikern zynisch als das 'kleine Lexikon der großen Weltprobleme' bezeichnet wurde (s. Dudley Seers).

Wäre der Bericht unter diesem Anspruch angetreten, könnte man ihm Vollständigkeit bescheinigen, denn er läßt tatsächlich kein Symptom der Unterentwicklung außer acht. Systematisch werden alle Fragen gesammelt, die seit Jahren auf internationalen Foren zum 'Thema' angesprochen wurden. Dabei kommt auch die Frauenproblematik in der Dritten Welt nicht zu kurz: die besonders schlechte, unter-

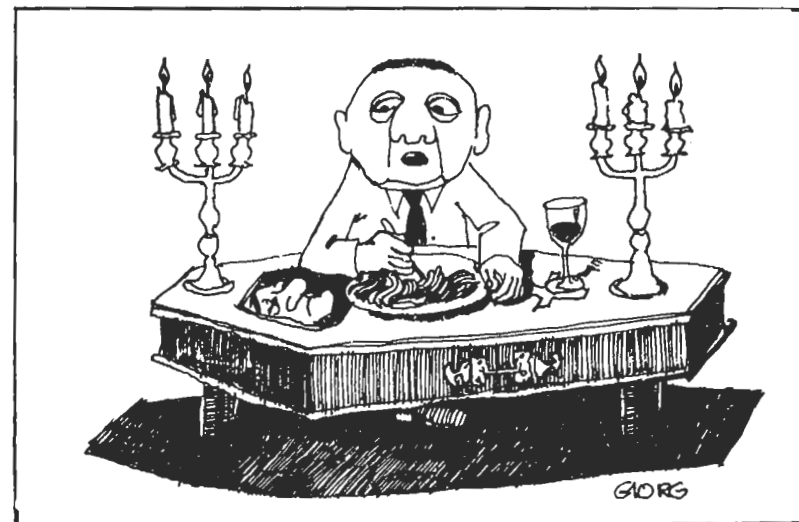
privilegierte Situation der Frau in Entwicklungsländern wird hervor-gehoben. Er erspart es sich auch nicht, die Essensgewohnheiten der Armen näher unter die Lupe zu nehmen: Fischspeisen wären für sie doch besonders nahrhaft und gesund!

Die Probleme, mit denen die Entwicklungsländer heute konfrontiert sind, bzw. die Symptome, die die Nord-Süd-Kommission identifiziert oder - klarer ausgedrückt - gesammelt hat, vergleicht sie mit den vergangenen Problemen der Industrieländer: "Vielleicht kann man einen Teil dessen, was heute vor sich geht, durch einen Rückblick auf die Entwicklung erläutern, die einige der jetzigen Industrieländer im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert durchgemacht haben. Ein langer und mühsamer Lernprozeß war notwendig, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, daß höhere Löhne für die Arbeiter die Massenkaufkraft hinreichend steigerten, um die Volkswirtschaft insgesamt voranzubringen" (S. 29).

...WIR SITZEN ALLE IN EINEM BOOT !

Diese eurozentrische Betrachtungsweise des Verhältnisses von Industrie- zu Entwicklungsländern, wobei 'Unterentwicklung' als Hinterherhinken der Dritt-Welt-Länder hinter die Erst-Welt-Länder verstanden wird, zeigt, wie wenig die Nord-Süd-Kommission an der Analyse der Ursachen der erwähnten Symptome von Unterentwicklung liegt. Ebenso verhält es sich bei der Darstellung der Blöcke von Süd und Nord, die als homogene Interessenblöcke charakterisiert werden. Interne Differenzierungen werden schlichtweg übergangen. Die Liste an Vereinfachungen' ließe sich fortsetzen. Welches Konzept verbirgt sich hinter dem scheinbaren Sammelsurium von Symptomen zum Thema Unterentwicklung, Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern? Der Untertitel des Berichts deutet darauf hin: 'Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer' - nach dem Motto: wir sitzen alle in einem Boot, also müssen wir unter allen Umständen versuchen, das Boot zu retten. Unter der dauernden Drohung mit physischer Existenzvernichtung der Menschheit wird im Bericht ein Fixierbild "gemeinsamer Interessen von Nord und Süd" entworfen, obwohl es sich im günstigsten Falls nur um eine "gemeinsame Moral" handelt. Zugegeben, unter der Perspektive des bloßen Überlebens haben wir ein gemeinsames Interesse mit einem Wellensittich. Allerdings ändert das nichts daran, daß er sein Leben im Käfig fristet und auch weiter fristen wird.

Der verklarte Mythos der EINEN Welt, die Heraufbeschwörung von Friedensformeln und god-will-statements ist kennzeichnend für den pastoralen, 'pazifistischen' Stil des Berichts. Die Vokabel 'Konflikt' wird durch den Begriff 'Nord-Süd-Beziehung' bzw. 'Dialog' ersetzt. Willy Brandt bezeichnet die Nord-Süd-Beziehung auch folgerichtig "als das, was sie sind, nämlich eine neue, geschichtliche Dimension für die aktive Sicherung des Friedens" (S. 21). "Dieser Bericht handelt vom Frieden (S. 19). Wunschnvisionen einer nach Frieden strebenden Welt werden aufgebaut. Appelle an die 'Moral' jedes Einzelnen (Regierungen, Länder, Völker,...?) gerichtet - wenn nur jeder den Frieden anstrebt, dann sind Lösungen schon gefunden. Die "Bewußtseinsbildung in Nord und Süd" soll nach Meinung der Kommissionsmitglieder automatisch zur "Schaffung einer Atmosphäre" beitragen, die konstruktive Lösungen der Weltprobleme verheißt ... Bloße Verheißungen? Moralisierte Appelle? An wen richten sich diese Aufrufe? Wo bleibt die Differenzierung zwischen Regierung und Bevölkerung eines Entwicklungslandes bzw. eines Industrielandes?



Armut und Reichtum - zwei Seiten einer Medaille

Es ist zu erwarten, daß die moralisierenden Appelle der Kommission den größten Einfluß auf die Rhetorik des entwicklungspolitischen Managements - und zwar weltweit - haben werden; dies um so mehr, je kritikloser die These des für uns alle lebensbedrohlichen Nord-Süd-Gegensatzes akzeptiert wird. Eingeschränkt wird diese Bewußtseinswirkung lediglich dadurch, daß mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ihn nicht lesen kann (im sogenannten Süden), über eine Milliarde der Weltbevölkerung ihn nicht lesen wird (China und die Ostblockstaaten) und eine übergroße Mehrheit im Westen des Nordens ihn aus Desinteresse nicht lesen will. D.h. die 'Bewußtseinsweiterung' findet also in erster Linie in den Köpfen der Politiker statt (Politiker = Regierung = Träger von Entwicklung), die sich ja bekanntlich von bestimmten Macht- und Interessenskonstellationen leiten lassen und nicht durch den moralischen Appell eines Willy Brandt.

Der große Einfluß des Nord-Süd-Berichts wird sich am ehesten in der Rhetorik und einer neuen Begrifflichkeit der Entwicklungsmanager festmachen. Bilanz eines in offiziellen entwicklungspolitischen Kreisen so hochgejubelten Berichts? Nicht nur - der Bericht erfüllt auch eine Legitimationsfunktion für die Politiker der Industrieländer, denn hier wurde "auf den Ernst der Lage in den Ländern der Dritten Welt aufmerksam gemacht und Lösungsmöglichkeiten dafür angeboten, daß die Zukunft im Interesse aller - auch der Industrienationen - sicherer und gerechter gestaltet wird."

Bleibt offen, welche allgemeinen Macht- und Interessenkonstellationen denn zur Entstehung dieses Reports beigetragen haben. Finanziert wurde er teils aus Mitteln der niederländischen Regierung (ca. 50 %), den Regierungen verschiedener europäischer Länder (mit Ausnahme der BRD), Sonderfonds der EG und der OPEC, Stiftungen wie der Friedrich-Ebert- und der Friedrich Naumann-Stiftung, der Ford Foundation, und vielen anderen mehr.

MEXICO

Atomare Kraftmeierei

Unter der Überschrift "GRÖßTES ATOMPROJEKT DER DRITTEN WELT" meldete die TAZ am 19.6.: "Mit der Unterzeichnung der Verträge zwischen Mexiko und Kanada über den Bau von vier weiteren Atomkraftwerken wird das lateinamerikanische Land über das ehrgeizigste Atomprogramm der 3. Welt verfügen. Derzeit hält sich der Direktor der mexikanischen Bundeskommission für Elektrizität (CFE), Alberto Escofett Artigas, zu Verhandlungen in Ottawa auf."

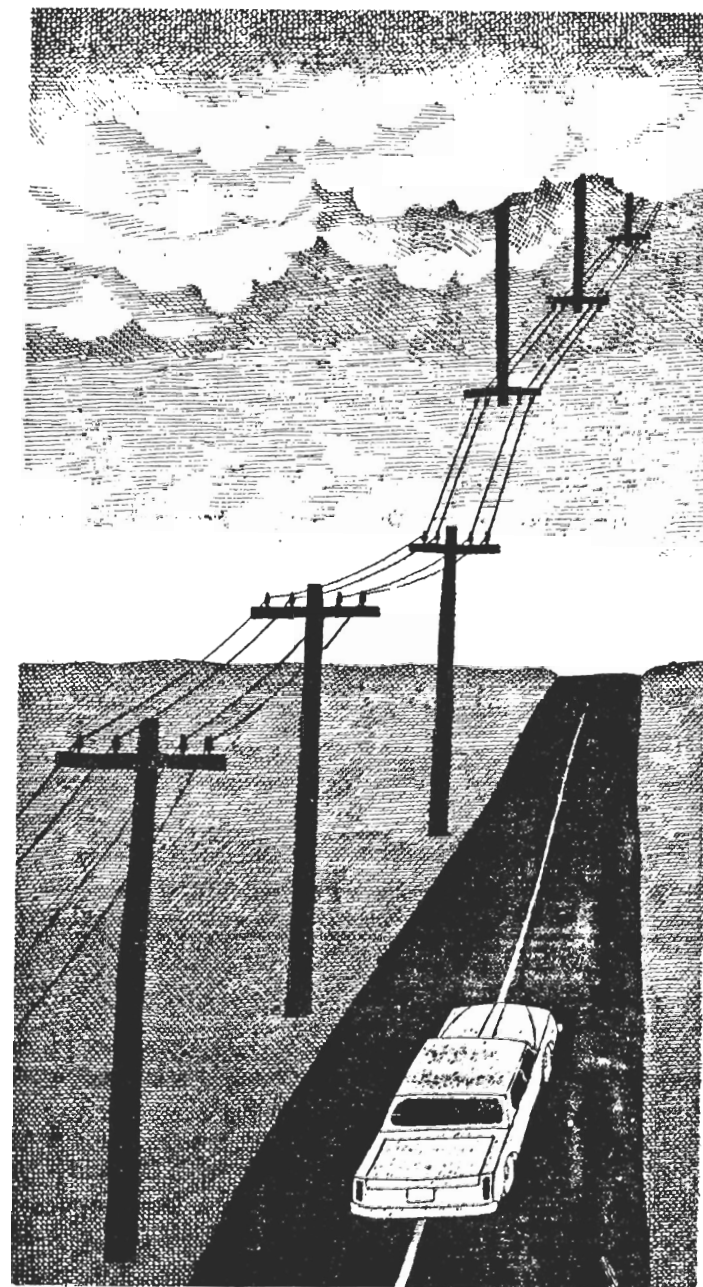
Nach Berichten der mexikanischen Wochenzeitschrift PROCESO sollen in Mexiko bis zur Jahrhundertwende 30 Atomkraftwerke (AKWs) insgesamt 20.000 Megawatt Strom liefern. Dieser Plan wird jedoch von mexikanischen und ausländischen Experten (und nicht nur von denen) aus vielfältigen Gründen mit Skepsis beobachtet.

Das erste mexikanische AKW in Laguna Verde / Veracruz befindet sich seit 1969 im Bau. Die 650 MW-Anlage sollte ursprünglich 1976 in Betrieb gehen, nun hofft die CFE auf Fertigstellung bis 1983. Die Baustelle von Laguna Verde wird inzwischen nicht nur von Umweltschützern mit Sorge betrachtet. Nicht nur, daß das AKW bereits das Siebenfache des ursprünglich angesetzten Baupreises kostet, bei der Erstellung ist zudem dermaßen schlampig gearbeitet worden, daß mit einer eingeschränkten Betriebssicherheit zu rechnen ist. Nach Aussagen des ehemaligen Projektkoordinators Isidoro Becerril Salinas ist der Betonmantel voller Hohlräume, die im nachhinein notdürftig geflickt worden sind.

ÖL GEGEN ATOMKRAFT: ZU WESSEN NUTZEN?

Die Weichen für das mexikanische Atomprojekt wurden bereits 1956 mit der Gründung der Nationalen Kommission für Nuklearenergie gestellt. Nach Angaben von Antonio Ponce N., Sekretär der zuständigen Gewerkschaft SUTIN (Sindicato Unico de Trabajadores de la Industria Nuclear) war dieser Schritt erfolgt, um dem damaligen Trend der Großmächte zu folgen, die mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie lediglich versuchten, die militärische Nutzung derselben zu amortisieren (uno mas uno, 14.7.80). Zu diesem Zweck war 1955 in Genf die Konferenz "Atom für den Frieden" abgehalten worden. (Die Gründungssitzung der deutschen Atomkommission war übrigens am 26.1.1955 unter der Leitung des damaligen Atomministers Franz Josef Strauß). Zu jenem Zeitpunkt war die mexikanische Elektrizitätsversorgung noch in den Händen der US-Firmen "Mexican Light and Power" und "American and Foreign Power Co".

Nach der Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung im Jahre 1960 wurden ausländische Unternehmen mit der Suche nach Uran beauftragt, die später von der staatlichen URAMEX weiter verfolgt wurde. Es wurden Uranvorkommen in Chihuahua und anderen Staaten entdeckt, die den mexikanischen Eigenbedarf zu decken scheinen. Zur Nutzung dieses natürlichen Urans wird deshalb der Kauf von kanadischen CANDU-Reaktoren erwogen. Der Reaktor von Laguna Verde (ein Siede-



"PERSPEKTIVE (CFE)" von Naranjo in PROCESO Nr. 230 vom 30.3.81

wasserreaktor von General Electric, in Harrisburg erfolgreich erprobt) wird hingegen mit angereichertem Uran betrieben, und die Urananreicherung kann bisher nur in den USA oder in Europa erfolgen. Die CFE möchte sich langfristig nicht auf eine Technologie festlegen, um nicht in eine bilaterale Abhängigkeit zu geraten. Die Diversifizierungsbemühungen mögen zwar die Abhängigkeit reduzieren, sie verdoppeln jedoch die Kosten des Technologietransfers und erschweren den rationellen Betrieb der Anlagen durch eine größere Vielfalt an Systemen.

Der Aufbau einer nuklearen Elektroindustrie macht eine langfristige Planung von mindestens 20 Jahren erforderlich. Gegenwärtig ist jedoch in Mexiko eine Planung nur im 6-jährigen Rhythmus der Legislaturperioden praktikabel. Angesichts der sich ständig verändernden Technologien und Prognosen über den Energiebedarf ist eine langfristige Planung auch gar nicht realisierbar. So werden kurzfristig Projekte ausgeschrieben und die Firmen, die den Zuschlag erhalten, mit der Abwicklung der Detailplanung und der Auftragsvergabe betraut. Eine Koordination des gesamten Programms wird hierdurch erschwert, Pannen und Verzögerungen wie in Laguna Verde unausweichlich.

Der "Plan für den Ausbau der Elektrizitätsversorgung bis zum Jahr 2000" (CFE, 1978) enthält darüber hinaus Ungereimtheiten: in Monterrey sollen mindestens 6 AKWs errichtet werden, und dabei mangelt es in der Region an Trinkwasser - wie soll dann erst der hohe Bedarf an Kühlwasser für die AKWs gedeckt werden?

Ob die CFE es fertigbringt, dieses Atomprogramm zu realisieren, bleibt fragwürdig. Becerril Salinas äußerte in PROCESO: "Es ist keine gründliche und an den nationalen Interessen orientierte Studie über die Folgen des Nuklearprogramms erstellt worden." Es sei doch "verdächtig", daß plötzlich Entscheidungen zugunsten dieser Projekte fallen würden. Die Förderung des Ausbaus der Atomindustrie gehe "definitiv" von den multinationalen Gesellschaften aus.

Hinzu kommen die traditionellen strukturellen Probleme der CFE, wie: schlechte Verwaltung, improvisierte und manipulierte Personalpolitik, mangelhafte Planung, mangelhafte Nutzung der Ressourcen und schlechter Betrieb der bestehenden Anlagen. Die Probleme bei dem Betrieb konventioneller Anlagen (hydro-, thermo-, carboelektrischer und geothermischer Art) sind bereits groß genug. Durchschnittlich 30 % der Kapazität ist mangels Wartung nicht betriebsbereit, 1980 waren es sogar 40 %! 1980 hatten die mexikanischen Anlagen eine Spitzenkapazität von 14.500 MW gegenüber einem Bedarf von 8.500 MW. Dennoch konnte dieser Bedarf in Spitzenzeiten nicht gedeckt werden, es kam andauernd zu Stromausfällen, die stets in die Provinz und in die städtischen Arbeiterviertel kanalisiert worden sind. Statt nun die bestehenden Kapazitäten besser auszulasten und weiterzuentwickeln, stürzt sich die CFE in ein atomares Abenteuer, das aufgrund seiner Komplexität Anlaß zu der Befürchtung gibt, daß es von der CFE erst recht nicht effektiv betrieben werden kann.

Der Nationale Energieplan betont die Notwendigkeit der Entwicklung alternativer Energiequellen, um langfristig das Erdöl zu ersetzen. Diese Frage wird mit jedem neuen Ölfund weiter zurückgestellt. Auch bescheidenere Maßnahmen zur Energieeinsparung werden ignoriert, und so kostet ein Liter Normalbenzin noch immer 2,80 Pesos (30 Dpf.). Die Zurückhaltung der Regierung gegenüber den Transportunternehmen und der motorisierten Mittelklasse läßt bereits bestehende alternative Ansätze verkümmern (wie z. B. die mexikanische Eisenbahn) und arbeitet der Atomlobby in die Hände.

"Das mexikanische Atomprojekt ist unnötig, sinnlos, teuer und schafft Abhängigkeiten," äußerte William Epstein, Ratgeber in Nuklearangelegenheiten des UN-Generalsekretärs Waldheim, gegenüber PROCESO (Nr. 236, 11.5.81), "wie könnt ihr bei der Sonneneinstrahlung an Atomenergie auch nur denken? Es gibt andere Bereiche, die für Mexiko weitaus besser sind: Geothermik, Wasserkraftwerke, Erdöl, Gas und viele andere Bereiche, die z.T. noch entwickelt werden müssen. Mexiko ist voller Ressourcen, die preiswerter und weniger gefährlich sind."

Zur Frage der militärischen Nutzung der Atomenergie meinte Epstein: "Es steht fest, daß Mexiko federführend bei dem Tlatelolco-Abkommen war, und mir ist vollkommen bewußt, daß es hier keine Absichten gibt, Atomwaffen zu bauen. Dennoch ist langfristig eine Gefahr gegeben: es könnte sich die Ansicht durchsetzen, daß deshalb Atomwaffen hergestellt werden müßten, weil andere Länder ebenfalls über welche verfügen. Wenn in Mexiko in der vorgesehenen Art Atomenergie produziert wird, so werden die Voraussetzungen geschaffen für diejenigen, die in einem gegebenen Augenblick Atomwaffen herstellen möchten."



EL SALVADOR

Salvadorenische Flüchtlinge

" Es gibt Flüchtlinge, weil es Repression gibt."

Mit diesen Worten überschrieb die Menschenrechtskommission El Salvadors ihre Erklärung, die sie auf dem Tribunal für El Salvador (Mexico - City, 9. - 12.02.81) "an das salvadorenische Volk und an alle Völker der Welt " richtete.

Im Urteil des Tribunals wurden die Flüchtlingszahlen zusammengestellt :

" Im Innern des Landes selber gibt es 75.000 Vertriebene, die als Kriegsopfer betrachtet werden können, die jedoch von der Militärjunta als subversive Elemente bezeichnet werden. ... Außerhalb des Landes wird die Zahl der Vertriebenen derzeit folgendermaßen geschätzt :

40.000 in Honduras	10.000 in Belize
40.000 in Mexico	2.500 in Costa Rica."

Die Lage und Situation der salvadorenischen Flüchtlinge in den vier genannten Ländern ist alles andere als "rosig". Eine spanische Ökumenische Kommission z.B. informierte auf dem Tribunal über die Situation der Flüchtlinge in Mexico. "Den Flüchtlingen wird gegen eine Gebühr von 200 Dollar ein 30 Tage gültiges Touristenvisum ausgestellt, das monatlich erneuert werden muß. Wenn diese Gebühr nicht bezahlt werden kann, sehen sich viele der Drohung der Deportation ausgesetzt, und eine Menge werden tatsächlich in bewachten Autobussen zur guatemalteken Grenze deportiert, in äußerster Gefahr, dort Repressionen zu erleiden."

Ähnlich verfährt man mit den Flüchtlingen in Costa Rica.

Die Mehrheit der Salvadoreaner aber haben weder das Fahrgeld noch das Geld für die Bezahlung eines Visas. In der Mehrheit Frauen, Kinder und Alte - bleibt nichts als der oft Wochen dauernde Fußmarsch durch ihr Land, um in einem der vielen Flüchtlingslager Aufnahme zu finden. Die Bauernfamilien aus den Nordprovinzen El Salvadors flüchteten vor den militärischen Operationen der "Verbrannten Erde" ins Nachbarland Honduras. Hier fanden sie Aufnahme bei den armen Bauernfamilien der Grenzregion. Die spanische Untersuchungskommission schreibt hierzu in ihrem Bericht : " Wir möchten besonders hervorheben, daß in Mexico und in Honduras den Flüchtlingen aus den ärmsten und einfachsten Teilen des Volkes eine große und selbstlose Hilfe geleistet wird. Häuser Güter und Arbeit werden mit ihnen geteilt. Wir glauben, daß, wenn die Regie-

rung diese Bewegung der Volkssolidarität unterstützte, das Problem der Flüchtlinge praktisch gelöst wäre."

Das Massaker vom Sumpul (14. Mai 1980, Sumpul ist der Grenzfluß zwischen Honduras und El Salvador), bei dem 600 Salvadoreaner, meist Frauen und Kinder,

in einer Gemeinschaftsaktion des salvadorenischen und hondurenischen Heeres ermordet wurden, ist durch die Diözese Santa Rosa de Copán der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Die Caritas der Diözese begann sich einzusetzen, jedoch

reichten die Mittel bei weitem nicht aus, nur ein Drittel der Flüchtlinge konnte eine gewisse Hilfe erfahren. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen begann sich für die Situation zu interessieren. Der hondurenische Außenminister hat daraufhin durch eine direkte telegraphische Intervention in Genf erreicht, daß die Hilfe des Hochkommissariats nicht durch die katholische Kirche bzw. durch die Caritas kanalisiert wurde, sondern durch eine protestantische Gruppe namens CEDEN, in der World Vision eine wesentliche Rolle spielt (World Vision wird von Berichterstellern als eine Organisation, die mit der CIA liiert ist, bezeichnet).

Aufgrund dieser Situation entstand im November 1980 das Comité de Solidaridad con los Pueblos de Centro América, COSPUCA. Dieses Komitee bemüht sich um die humanitäre Hilfe für die Vertriebenen an der Grenze. " Es gibt seine Hilfeleistungen den Flüchtlingen auf der hondurenischen Seite, und diese



Flüchtlinge selber übernehmen es, einen Teil dieser Hilfe auf die salvadorensische Seite hinüberzubringen. Die außerordentlich große, ja totale Solidarität der Armen auf der hondurenischen Seite der Grenze hat bis jetzt alle Pläne der Regierung scheitern lassen, die Versorgungskanäle zur salvadorensischen Seite abzuschneiden. "

Die hondurenische Regierung reagiert entsprechend. Die aus den USA fließenden Gelder der letzten Jahre wurden v.a. zum Ausbau und zur Verbesserung der Technik der Militärs genutzt. Diese nordamerikanische "Hilfe" war immer gebunden an die Bedingung, daß Honduras die US-Außenpolitik unterstützt. Ein 59 Millionen Dollar Kredit im letzten Jahr z.B. verpflichtete die Regierung Policarpo Paz Garcia " in Honduras die Kontinuität des 'demokratischen' Öffnungsprozesses in Zentralamerika zu garantieren und bei der militärischen Unterstützung der Regierungsjunta El Salvadors mitzuwirken."

Im innenpolitischen Bereich geschahen Verhaftungen von salvadorensischen Flüchtlingen, einige wurden ermordet, andere verschwanden. Immer wieder negierte die hondurenische Regierung auf Anfragen von Kirchenleuten oder Journalisten diese Tatsachen. Die Grenzzone Honduras zu El Salvador soll zur rein militärischen Zone werden. In diesem Zusammenhang ist die Priorität der Militärs in den Städten Gucuyagua, Santa Rosa de Copán und Marcala.

Die Confederación Universitaria Centroamericana (CSUCA) veröffentlichte im April dieses Jahres ein Bulletin, das von einer Untersuchungskommission, die Anfang 1981 die Flüchtlinge in Honduras besuchte, erarbeitet wurde.

In einem Telex, was eine internationale Organisation vor wenigen Tagen vom CSUCA erhielt, bittet diese Organisation alle Solidaritätskomitees Telegramme an das hondurenische Staatsoberhaupt Policarpo Paz Garcia zu schicken, da dieser die Entscheidung der Ausweisung einer nicht bekannten Zahl von salvadorensischen Flüchtlingen, die in Honduras inhaftiert sind, in seinen Händen hat. Eine Ausweisung nach El Salvador würde für diese "menschen den sicheren Tod bedeuten.

Wir rufen hiermit alle in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin arbeitenden Organisationen auf, in Telegrammen gegen die Entscheidung einer Ausweisung von salvadorensischen Staatsbürgern in Honduras zu protestieren.

Die Telegramme sind zu richten an :

Presidente de la Republica Hondureña
Policarpo Paz Garcia
Tegucigalpa
HONDURAS

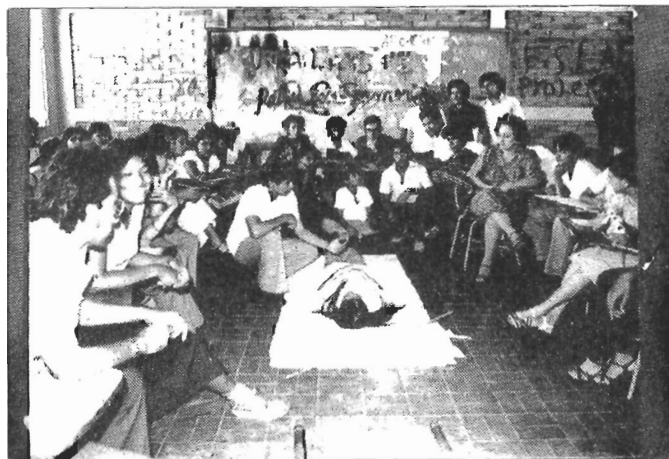
NICARAGUA

Strafvollzug

Zuviel wurde in den letzten Monaten in der bürgerlichen Presse über angebliche Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua geschrieben, daß es nicht gerechtfertigt wäre, nochmals auf die Situation in den nicaraguanischen Gefängnissen einzugehen. Ein Mitglied der Redaktion besuchte im vergangenen April ein Gefängnis, in dem ehemalige Angehörige der 'Guardia Nacional' einsitzen.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Uns geht es nicht um Schönfärberei. Und wir behaupten auch nicht, sandinistische Gefängnisse seien Erholungspensionen, frei von all den Nöten, die in Knästen scheinbar zwangsläufig produziert werden. Auch Innenminister Thomas Borge und Polizeichef Enrique Schmidt bezeichnen die Bedingungen, unter denen viele der Gefangenen zu leben gezwungen sind, als schlecht. Bevor man aber fordert, die Sandinisten sollten durch Investitionen im Strafvollzugsbereich die Mängel wie beispielsweise Raumknappheit beheben, sollte man sich klarmachen, daß die Mehrheit der Bevölkerung unter ähnlichen oder sogar noch schlechteren Bedingungen lebt. Das vom Erdbeben 1972 zerstörte Managua ist noch immer nicht wieder völlig wiederaufgebaut und der Wohnraumangel ist drückend. Auch auf dem Lande leben viele Familien noch in Unterkünften, die in keinsten Weise menschenwürdigen Verhältnissen entsprechen. Da ist es mehr als einsehbar, daß soziale Investitionen zuerst dem einst geknechteten Volk zu Gute kommen und nicht den Folterern Somozas.

Nach dem gefallenen FSLN-Kämpfer Jorge Navarro ist ein Umerziehungsgefängnis am Stadtrand von Managua benannt. Die von weitem sehr gut sichtbaren Wachtürme rufen in meiner deutschen Seele zunächst ein mulmiges Gefühl hervor. Doch am Eingang herrscht ein buntes Treiben, das nichts zu tun hat mit der kalten, menschenverachtenden Brutalität der Hochsicherheitstrakte hierzulande. Es ist Besuchstag und zahlreiche Familien haben sich eingefunden, um ihre inhaftierten Angehörigen zu besuchen. Die meisten von ihnen haben Töpfe und Körbe mit Nahrungsmitteln bei sich, denn sie werden, anders als in Deutschland, viele Stunden bleiben und gemeinsam mit den Gefangenen essen können. Der Einlaß geht zügig voran und die Durchsuchungen beschränken sich auf ein Mindestmaß. Mit dem 23 jährigen Gefängnisdirektor, kein Verwaltungsmann, sondern ein ehemaliger Guerillero, machen wir einen Rundgang. Was in europäischen Gefängnissen ein Besuchszimmer ist, ist hier ein großes Gelände von der Größe eines Fußballplatzes, lediglich durch Maschendraht abgegrenzt und zum Schutz vor Sonne überdacht. Hier gibt es keine Trennscheiben. Sieben Stunden dauert die Besuchszeit, die alle 2 Wochen einmal gewährt wird, für arbeitende Häftlinge sogar wöchentlich. Die Familien sitzen auf dem Boden oder stehen herum, unterhalten sich, essen zusammen und das wichtigste: auch körperlicher Kontakt ist möglich.



Gefängnis "Umerziehung Jorge Navarro", die Besucherhalle

In einem anderen Teil der Gebäude sind die Werkstätten untergebracht. Hier werden von den Gefangenen Holz, Leder und Textilien verarbeitet. Das Problem ist, daß es nicht genügend Arbeitsplätze für alle Häftlinge gibt und dadurch ein großer Teil von ihnen zur Untätigkeit verdammt ist. Dabei ist der größte Nachteil nicht die tägliche Langeweile, sondern, was vielleicht schwerer wiegt, eine ansehnliche Verdienstmöglichkeit entfällt. Denn die arbeitenden Gefangenen erhalten den gesetzlichen Mindestlohn und nicht, wie etwa in der BRD, ein Almosen, und so können sie aus dem Gefängnis heraus zum Unterhalt ihrer Familien beitragen. Abgezogen wird ihnen von diesem Lohn lediglich ein bestimmter Betrag, der etwa den Kosten der Gefängnismahlzeiten entspricht. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Die Tätigkeit in den Werkstätten ist ein wesentlicher Bestandteil des Resozialisierungskonzepts der Sandinisten. Viele Somoza-Söldner sind bei Eintritt in die Nationalgarde oder in die Elite(folter)einheit EEBI junge Bauernsöhne gewesen, ohne jede Ausbildung. In der Somoza-Ära lernten sie nur foltern und töten. Um sie in die neue sandinistische Gesellschaft zu integrieren ist eine(handwerkliche) Ausbildung notwendig. Der junge Gefängnisdirektor hält 90% der Gefangenen für wiederereingliederungsfähig. So ist das Hauptziel der Gefängnisleitung die Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

Wir bekommen Gelegenheit, mit einigen Gefangenen zu sprechen. Man weist uns aber daraufhin, daß keiner der Gefangenen über das sprechen wird, was zu seiner Verurteilung geführt hat. In einem kleinen Büro sitzend, wird der erste Häftling zu uns geführt. Auffallend ist, daß es keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen gibt. Unsere Begleiter setzen sich in eine Ecke des Raums und unterhalten sich. Wir haben in der anderen Ecke des Büros die Möglichkeit, ohne Überwachung mit den Gefangenen zu reden. Wäre das alles nicht so ernst, könnte man die Atmosphäre als "locker" bezeichnen. Die Überlegung, Menschen gegenüber zu sitzen, die noch

vor zwei Jahren an Folterungen beteiligt waren, löst bei mir Beklemmung aus. Das scheint unseren sandinistischen Begleitern nicht so zu gehen. Ich spüre nicht von Feindseligkeit oder Haß bei ihnen, mit gedämpfter Stimme reden sie miteinander, gelegentlich ein leises Lachen.

Der erste Häftling sagt uns, daß er mit 16 Jahren in das EEBI eingetreten sei. Er kommt von der Atlantikküste, nahe Bluefields. Seine Eltern sind Pächter eines kleinen Flecken Landes. Eines Tages erschien ein Mann in ihrer Hütte, ein Anwerber Somozas und nahm ihn einfach mit, aber gezwungen worden sei er dazu nicht. Das Geld hätte den Ausschlag gegeben, mitzugehen. Die Ausbildung habe 6 Monate gedauert, gibt er an. Und gegen die FSLN habe er nie gekämpft. Heute ist er 19 Jahre alt. "Ich denke es war ein Irrtum, in das EEBI zu gehen", sagt er.

Ein anderer, 32 Jahre alt, weiß nicht, wie lange er Mitglied der Guardia Nacional war. Von Greuelthaten habe er nie etwas gehört. "Ich habe die ganzen Jahre immer nur in der Küche gearbeitet und bin da nie rausgekommen", behauptet er. Hier im Gefängnis liest er die FSLN-Zeitung "Barricada" und findet sie gut.

In diesem Stil redet eine ganze Reihe von Gefangenen. Alle haben nichts gesehen, nichts gehört und nichts getan. Alle waren nur in der Verwaltung, beim Roten Kreuz oder in der Küche beschäftigt. Ich denke an die Nürnberger Prozesse, an den Majdanek-Prozess in Köln und an den "furchtbaren Marinerichter". Auch die haben ja alle nichts getan, nichts gewußt, genau wie unsere Eltern. Mir wird erneut klar, wie nahe Deutschland und Mittelamerika beieinander liegen. Die Massaker in El Salvador sind nicht exotisch-brutale Vorgänge einer historisch überholten Bananenrepublik, sondern Taten von Menschen, die im Auftrag töten und dafür bezahlt werden. Ihre Entschuldigungen danach sind genauso banal wie alltäglich.

Von den fünf Männern, mit denen wir sprachen, waren vier wegen Folterung und Mord zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Bei guter Führung ist eine Herabsetzung auf 15 Jahre möglich. Ein 5. erhielt eine Strafe von 3 Jahren, und wird wahrscheinlich noch diesen Sommer freigelassen.

JAMAICA

Rückkehr zum Internationalen Währungsfond

Während der demokratisch-sozialistische Premierminister Manley noch im letzten halben Jahr seiner Amtszeit die politische und wirtschaftliche Krise in Jamaika durch den Bruch mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) überwinden wollte (s.LN 82), erhofft sich der im Herbst 1980 durch vorgezogene Neuwahlen an die Macht gekommene konservative Premier Seaga (s.LN 87) die wirtschaftliche Rettung erneut durch einen US \$ 698 Mill. IWF-Kredit. Um, als Voraussetzung dafür, die Lücke im Budget des vergangenen Finanzjahres zu schließen, ließ Seaga US \$ 168 Mill. zusätzlicher Geldscheine drucken, eine höchst zweifelhafte Maßnahme, die bisher nicht nur zur Verzögerung des IWF-Kredits beitrug, sondern die ihm auch die Kritik des privaten Unternehmensverbandes (PSOJ) einbrachte, der sich besorgt über diese die Inflation anheisende Defizitfinanzierungsmaßnahme zeigte.

Andere Maßnahmen zum vom IWF geforderten Ausgleich des Budgets bis 1983 umfaßte die Entlassung von 250 Arbeitern im staatlichen Sektor, der Verkauf staatlicher Hotels und Industriebetriebe, der Zeitung "Daily News" und die Beendigung des unter der Manley-Regierung eingerichteten Arbeitsbeschaffungsprogramms, wodurch die Reihen der Arbeitslosen um weitere 10 000 vergrößert wurden.

Die sechs größten Gewerkschaften Jamaikas wandten sich bereits entschieden gegen den vom IWF geforderten dreijährigen Lohnstarifplan, der die Möglichkeit von Lohnerhöhungen stark beschränken und die Zahl der Beschäftigten einfrieren soll. Jene Gewerkschaften, die 109 000 Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Sektor vertreten, lehnten kürzlich die angebotenen 9%igen (gegenüber geforderten 20-25%) Lohnerhöhungen ab und es kam zu Streikdrohungen und kurzen Streiks, besonders angesichts der Tatsache, daß die Polizeikräfte höhere Lohnerhöhungen zugesagt bekamen.

Der durch die Abschaffung der unter der Manley-Regierung bestehenden Protektionen für inländische Produzenten hervorgerufene Zustrom ausländischer Erzeugnisse hat bereits zu beträchtlichen Entlassungen und Betriebsschließungen geführt. Außerdem lassen auch die von Seaga angekündigten ausländischen Großinvestitionen auf sich warten, offenbar wegen der Befürchtung, daß die sozialen und politischen Maßnahmen zur Erlangung des IWF-Kredits zu sozialen Unruhen führen könnte.

Da die von Seaga anvisierte 5,4%ige Inflationsrate angesichts von seit April um das Doppelte gestiegenen Mieten und 25%igen Preissteigerungen für importierte Nahrungsmittel weit überschritten werden dürfte, gibt es Befürchtungen in Jamaika, daß das Funktionieren der von der Seaga-Regierung angestrebten Marktwirtschaft nur durch die Unterdrückung der Gewerkschaften garantiert werden kann.

Auch bei der Bekämpfung der "gangs" in den Ghettos steht zu befürchten, daß Seaga eine harte Linie einschlagen wird. So geht der Tod von acht Männern - unter ihnen ein bekannter "gang-leader" - die nach Berichten von Anwohnern aus den Betten herausgeholt und erschossen wurden, auf das Konto einer neuen Spezialeinheit der Polizei, der man die Funktion einer Todesschwadron nachsagt.

Schließlich brachte Seaga von seinem Besuch in Washington im Januar nicht nur die Zusicherung Reagans mit, daß Jamaika eine führende Rolle in der zukünftigen US Karibik-Politik übernehmen soll, sondern auch die Zusage über einen US \$ 1,5 Mill. Waffenkredit und die bereits eingetroffene Lieferung von automatischen Gewehren für die Polizei und deren Ausbildung durch amerikanische Experten.

PNP MIT GESTUTZTEM LINKEN FLÜGEL

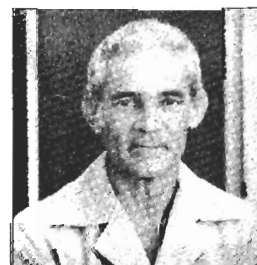
Die oppositionelle Peoples National Party (PNP) hat sich nach fünf Monaten Ungewissheit jetzt wieder für Michael Manley als Parteiführer entschieden. Manleys Bedingung für seine weitere Kandidatur ist jedoch eine stärkere Betonung der sozialdemokratischen Parteilinie und eine Distanzierung von der marxistisch-leninistischen Workers Party of Jamaica (WPJ), die die PNP bei den letzten Wahlen unterstützt hatte und nach Meinung Manleys viele traditionellen PNP-Wähler abgeschreckt hat.

Manley, der von der Partei eine freiere Hand als bisher bei der Formulierung der Parteirichtlinien und bei Disziplinierungsmaßnahmen innerhalb der Partei zugesagt bekommen hat, nannte als zukünftige Richtlinien

- die Verpflichtung auf einen dynamischen Privatsektor in einer "mixed economy",
- eine verbesserte Parteidisziplin durch schnelleres Ausschließen von Mitgliedern mit parteischädigendem Verhalten,
- die völlige Klarstellung, daß die PNP keine kommunistische Ausrichtung hat, keine marxistisch-leninistischen Ziele verfolgt und Methoden anwendet und keinerlei Allianz mit lokalen kommunistischen Parteien eingeht.

Die wenigen Statements zeigen, daß Manley entschlossen ist, die Flügelkämpfe in der Partei, die auch vor der letzten Wahl zu beträchtlicher Konfusion um die ideologische Linie und damit zur Wahl-niederlage beitrugen, zugunsten des gemäßigten Flügels zu entscheiden, der viel mehr mit dem ehemaligen Vizepremier Patterson identifiziert werden kann als mit Manley selbst.

Die Partei läuft damit allerdings Gefahr, daß sie in Zukunft dem rechten Flügel ähnliche Freiheiten einräumt wie bisher dem linken und damit eine ähnliche parteinterne Indisziplin und Konfusion bewirkt, wodurch ebenfalls traditionelle PNP-Wähler abgeschreckt werden, nur eben aus der anderen Richtung.



Oppositionsführer
M. Manley



P.J. Patterson Führer
des rechten Flügels
der PNP



D.K. Duncan Führer
des linken Flügels
der PNP

Ganz abgesehen davon dürfte die neue Parteiausrichtung mit ihren starken Berührungspunkten mit kommunistischen und marxistisch-leninistischen Elementen nicht nur die WPL und deren Sympathisanten vor den Kopf stoßen, sondern sie dürfte auf internationaler Ebene vor allem von der kubanischen Führung und von anderen kuba-freundlichen und sozialistischen Regierungen, deren Unterstützung Manley bisher immer freudig akzeptiert hat, als unfair empfunden werden.

Der Aufstieg des rechten Flügels aus der Asche der Wahlniederlage ist zwar angesichts der allgemeinen Rechtstendenz in der politischen Psyche des Landes und einer amtierenden rechtsgerichteten Regierung nicht überraschend, entbehrt aber auch nicht der Ironie, wenn man die von Manley selbst genannten eigentlichen Gründe für die Wahlniederlage betrachtet. Danach war es vor allem die vom IWF aufgezwungene Austeritätspolitik im Jahre 1978, die die Lebenshaltungskosten auf einen Schlag um 50% in die Höhe schnellen ließ und die Sozialprogramme beendete. Zweiter Grund (Originalton Manley):

"... die Opposition organisierte sich einfach in Amerika und erzählte den Amerikanern, daß wir Kommunisten seien, wegen unserer Mitgliedschaft in der Blockfreien Bewegung und wegen unserer Beziehungen zu Castro, die nicht enger waren als jene zu Mexiko oder Venezuela, die aber so aufgebläht wurden, daß sie Investoren und Touristen gleichermaßen abschreckten."... "Es war eine sehr geschickte Operation, nicht sehr patriotisch, aber sehr geschickt gemacht..." Manley spielt damit auch auf die vom CIA unterstützte Medienmanipulation an, besonders bei der wichtigsten Zeitung Jamaikas, dem "Daily Gleaner" (s.I.N 85). Als dritten Grund nennt Manley die Armee, die für die Propaganda von Seagas Jamaican Labour Party über die kommunistische Ausrichtung der PNP sehr empfänglich war, und deshalb wenig unternahm um die politischen Gewalttaten zu verhindern, mittels derer die Opposition kritische Sektoren des Landes kontrollierte. Manley gibt offen zu, daß die Armee zur Zeit der Wahl völlig außerhalb seiner Kontrolle war. "Die Polizei und die Soldaten feuerten ihre Gewehre in die Luft um den Triumph der Opposition zu feiern" (Manley).

Die Ironie der neuen politischen Ausrichtung der PNP unter Manley wird aber besonders deutlich vor dem Hintergrund von Manleys ironischer Aussage kurz nach der Wahlniederlage: "Was ich vielleicht wirklich falsch gemacht habe, war, die Macht der westlichen ökonomischen Struktur herauszufordern; und in diesem Punkt werde ich keine Reue zeigen und meine Meinung nicht revidieren".

Quellen:

Caribbean Contact (Juni 1981)
Caribbean Chronicle (April/Mai 1981)
Latin American Weekly Report (81-19)
Latin American Regional Report (81-3, 81-4, 81-5)

GRENADA

Zeitungsbeschlagnahmung in Grenada. Warum?

In Grenada wurde vor kurzem eine Zeitung mit dem Namen "Grenadian Voice" beschlagnahmt, da die Regierung befürchtet, daß die Zeitung ein Organ zur Destabilisierung des Landes sein sollte. Die Regierung hat weiterhin die Herausgabe von neuen Zeitungen für ein Jahr bis zur Ausarbeitung medienpolitischer Richtlinien untersagt. Die 26 Eigentümer der "Grenadian Voice", darunter der ehemalige Manager und Aktionär der im Oktober 1979 wegen Verbreitung von Lügen und Fehlinformationen verbotenen Zeitung "Torchlight", haben nach Aussage des Nationalen Sicherheitsbüros enge Verbindungen zum CIA und waren verantwortlich für fünf gegenrevolutionäre Pamphlete, die in den letzten sechs Monaten erschienen waren und zum Teil zum gewaltsamen Umsturz in Grenada aufriefen.

Das Publikationsverbot gründet in der starken Bedrohung, der die sozialistische Regierung unter Maurice Bishop ausgesetzt ist. Man denke nur an das fehlgeschlagene Attentat im Juni 1980, durch das die gesamte Regierung von Grenada in die Luft gejagt werden sollte. Eine starke Einschränkung der Pressefreiheit sieht die Regierung in ihrer Maßnahme deshalb nicht, weil ausländische Zeitungen zugelassen sind und ferner zwei Fernsehprogramme und viele Radiostationen von umliegenden Inseln, besonders Trinidads, empfangen werden können.

Die Liste der meist US gesteuerten Destabilisierungsversuche gegen Grenada wird von Woche zu Woche länger. Die US Intervention gegen den Flughafenbau (s.I.N 93) wird weiter verstärkt durch den Druck der USA auf den Internationalen Währungsfond, Grenada keine weiteren Kredite zu gewähren. Beim letzten Treffen der Europäischen Wirtschaftskommission zur Finanzierung des Flughafenprojekts kursierten außerdem im Geheimen Dokumente der Weltbank, in denen das Projekt als nicht realisierbar dargestellt wurde.

Neben diesen spektakulären Interventionen gibt es aber auch Versuchsversuche wie illegales Überfliegen der Insel bei Nacht, militärische Manöver britischer Marineeinheiten bei Barbados (Barbados hat eine stark US freundliche Regierung) oder Manipulation von Postsendungen aus Grenada die über Barbados weiterbefördert werden. Bishop sieht auch hinter dem Streik und den extremen Lohn-erhöhungsforderungen (70%) von öffentlichen Angestellten und Lehrern eindeutige externe Interventionen, ebenso wie in der angedrohten Stromsperrung durch die in britischen Besitz befindliche Elektrizitätsgesellschaft, wodurch die Feier zum zweiten Jahrestag der Revolution boykottiert werden sollte.

Quellen:

Latin American Regional Report (81-4)
Latin American Weekly Report (81-25)
BBC World Service

ARGENTINIEN

Streik gegen Arbeitsplatzabbau

Nach nur drei Monaten im Amt erlebt Staatspräsident General Viola einen Krisenmonat, dessen Ereignisse die Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Absetzung Violas durch seine Generalskollegen in der Junta verstärkten. Eine Börsenpanik mit erheblichen Devisenverlusten, immer neue Katastrophenmeldungen über die Situation der Industrie Argentiniens, ein großer Streik in der Kraftfahrzeugindustrie und Berichte über Auseinandersetzungen zwischen den Chefs der Streitkräfte und dem Präsidenten bescherten dem Land einen heißen Juni.

Das seit Monaten unveränderte Dauerthema argentinischer Leitartikler ist die katastrophale Situation der argentinischen Wirtschaft. Im Juni wurden die neuesten Zahlen und Untersuchungsergebnisse über die Lage auf dem Arbeitsmarkt veröffentlicht. Danach hat sich nach offiziellen Zahlen die Arbeitslosenrate seit Beginn des Jahres von 2% auf ca. 4% verdoppelt. Unternehmerverbände sprechen sogar von einer Arbeitslosigkeit von 8 bis 9%. Der Grund für den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit ist die Krise in der Industrie, die ihre Überproduktion auf dem Markt nicht mehr absetzen kann und deshalb zu Entlassungen und Kurzarbeit greift. Folgender Auszug aus dem Wirtschaftsbericht der Tageszeitung CLARIN zeigt, wie die Arbeiter und ihre Familien von der Wirtschaftskrise betroffen sind:

"Die Schließung der Textilfabriken Italar und Viper betraf 800 Arbeiter. Gleichzeitig setzte Olivetti 2 000 Beschäftigte auf die Straße. Goodyear entließ 50 Arbeiter und legt in den beiden kommenden Monaten die Produktion jeweils an zwei Tagen in der Woche still. In der Metallfabrik Cantabrica blieben von den ehemals 3 000 Beschäftigten nur 600 übrig. Die Textilfabrik Grafa ließ ihre 1 050 Beschäftigten 4 Tage lang nicht arbeiten."

Dies ist ein Ausschnitt, der sich in dieser Form täglich in den argentinischen Zeitungen finden läßt. Die Wirtschaftskrise betrifft immer stärker auch die Kraftfahrzeugindustrie, in der auch bundesdeutsche Konzerne stark engagiert sind. Auch sie sind von der Krise betroffen und greifen zu den gleichen Maßnahmen: Mercedes Benz de Argentina etwa kündigte an, daß die 4 200 Beschäftigten der Niederlassung in Buenos Aires in den Monaten Juni bis August jeweils drei Tage weniger arbeiten werden, da die produzierten Fahrzeuge nicht mehr zu verkaufen seien. Für die ausgefallenen Arbeitstage zahlt der bundesdeutsche Multi den Beschäftigten nur 50% ihres Lohnes. Nach Angaben der Gewerkschaft SMATA beabsichtigen auch die anderen Kraftfahrzeughersteller (VW, Fiat, Ford, Renault) Produktionseinschränkungen in Verbindung mit Entlassungen und Kurzarbeit. Auch die Koncessionäre, die die Autos verkaufen, haben Entlassungen und Kurzarbeit angekündigt, da die Verkaufszahlen – wie auch die Hersteller angeben – in den letzten Monaten drastisch gesunken sind.

Eine Untersuchung vergleicht das Beschäftigungsniveau in der Kraftfahrzeugindustrie von 1981 mit dem von 1976. Nach dieser Untersuchung verringerte sich die Zahl der Beschäftigten bei Mercedes Benz um 20%, bei Renault um 40%. Bei der gemeinsamen Tochterfirma von Volkswagen de Argentina und Dodge sank die Zahl der Beschäftigten um 30%. Der Traktorenhersteller Deutz Argentina entließ von seinen 2 000 Beschäftigten 1 760. Die Zahl der Beschäftigten bei der Traktorenfabrik Massey-Ferguson in Rosario sank von 1500 auf 200. Seit 1976 haben insgesamt 36 000 Automobilarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Hinzu kommt die Kurzarbeit. Nach Angaben von Unternehmerverbänden wurde in vielen Betrieben die Arbeitszeit um 10 bis 20 % gekürzt, was jedesmal Lohneinbußen für die Betroffenen verbunden ist.

In dieser Situation rief die Gewerkschaft der Automobilarbeiter SMATA für den 17. Juni zu einem 13-stündigen Streik auf. Dabei ging es ihr zwar auch um Lohnforderungen zum Ausgleich der Inflation, aber im Vordergrund der Aktion stand die Forderung nach Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Eine Gewerkschaftsdelegation forderte Industrieminister Oxenford auf, ein Importverbot für Autos und Zubehör zu verhängen, die Steuern für die Unternehmen der KfZ-Industrie zu vermindern und die Kreditbedingungen für die Anschaffung von Landwirtschaftsmaschinen zu verbessern. Damit unterstützt die SMATA die Forderungen, die auch von den Unternehmern aufgestellt worden sind.

Als der Streikaufruf bekannt wurde, verhaftete am 16. Juni die Polizei den Vorsitzenden der SMATA, José Rodriguez. Trotzdem fand der Streik wie vorgesehen am 17. Juni statt. Die Polizei ging diesmal mit sonst in den letzten Monaten unüblicher Härte gegen die Streikenden vor und verhaftete über 1100 Personen, die bis auf vier Gewerkschafter nach acht Stunden und nach der Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen wurden. Nach Angaben der Gewerkschaft wurde der Streik in Buenos Aires 100%ig befolgt. Die bürgerliche Zeitung EL CLARIN berichtete, der Streik sei in den anderen Provinzen kaum befolgt worden, obwohl die dortige Gewerkschaft mit den Forderungen einverstanden sei. Der Grund dafür sei die mangelnde Konsultation der Provinzgewerkschaften und deren Mißtrauen gegen den Zentralismus der SMATA in Buenos Aires. Dies ist ein altes Problem der argentinischen Gewerkschaften, daß die extrem zentralistische Struktur, in der alle Entscheidungen in der Zentrale in Buenos Aires konzentriert sind, oft zu Mißtrauen und Auseinandersetzungen mit den Provinzverbänden führen.

Als die vier verhafteten Gewerkschafter nicht sofort freigelassen wurden, kündigte die SMATA für den 19. Juni erneut einen Streik an, setzte ihn aber dann aus, um die Justiz bei der Verhandlung gegen die vier Gewerkschafter nicht zu "behindern". Bis zum Redaktionsschluß der LN stand noch nicht fest, ob die vier Gewerkschafter, die wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die nationale Sicherheit angeklagt sind, bereits verurteilt wurden.

BÖRSENPANIK UND PUTSCHGERÜCHTE

Die Maßnahmen, die Wirtschaftsminister Sigaut ergriffen hat, um die argentinische Wirtschaft zu sanieren (vgl. LN 93), hatten ganz offensichtlich bisher keinen wesentlichen Erfolg. Im Gegenteil: Im Juni führten die Gerüchte über eine politische Krise und die katastrophalen Wirtschaftsnachrichten zu einer Börsenpanik, durch die Argentinien in weniger als einer Woche über eine halbe Milliarde Dollar verlor. Daraufhin wurde der Peso erneut stark abgewertet.

Diese Börsenpanik ist nicht nur eine Reaktion auf die schlechte wirtschaftliche Situation, sondern auch auf die hektischen Gerüchte über die Auseinandersetzungen zwischen Viola und der Junta der Oberkommandierenden der Streitkräfte. Die rechten Generale warnten Viola erneut vor einer zu schnellen Annäherung an die zivilen Politiker. Zusätzlich gab es Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik: Wirtschaftsminister Sigaut wurde heftig angegriffen wegen seiner Unfähigkeit, die Krise in den Griff zu bekommen. An der argentinischen Gerüchteküche werden bereits die Namen für seinen möglichen Nachfolger gehandelt. In Zusammenhang damit verstärkte sich auch das Gerücht über eine bevorstehende Ablösung Violas durch einen rechteren General. In dieser Situation dürfte es die Position Violas auch nicht eben gestärkt haben, daß er beim Besuch eines Fußballspiels in Rosario von der Menge ausgepöffelt wurde, die rief: "Erhöht die Löhne, wir müssen essen." Dies ist das erste Mal, daß ein Militärpräsident seit 1976 in der Form ausgebuht wurde.

NEUES AUS DEM WAFFENHANDEL

Als im vergangenen Jahr die österreichische Firma Steyr-Daimler-Puch Panzer an Chile verkaufen wollte, hatte dies eine Protestwelle zur Folge, und die Bundesregierung verweigerte schließlich die Ausfuhrgenehmigung. Nun hat die Waffenschmiede einen anderen Kunden gefunden: die argentinische Militärregierung. Argentinien will 57 "Kürassier"-Panzer im Wert von ca. 180 Millionen Dollar kaufen, der Vertrag ist bereits unterschriftsreif, die österreichische Bundesregierung sieht keinen Grund, gegen dieses Geschäft Einspruch zu erheben. Innenminister Lanc begründete dies damit, daß es

sich bei dem Verkauf sowieso um einen Anschlußvertrag an ein früheres Geschäft handelte. Außerdem habe die argentinische Regierung versprochen, die Panzer nur im "Verteidigungsfall nach außen" einzusetzen. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Fritz Prechtel, dagegen hat angekündigt, man werde versuchen das Geschäft unter Einsatz aller friedlicher Mittel zu verhindern.

Auch Frankreichs neuer sozialistischer Präsident Mitterrand hat keine Skrupel, der Diktatur Waffen zu liefern: Nach einem vorübergehend verhängten Waffenembargo erlaubte jetzt die französische Regierung die Lieferung eines U-Bootes an Argentinien.

Argentinien geht jetzt auch dazu über, selbst Rüstungsgüter zu exportieren. Nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau (2.6.1981) verhandelt Argentinien mit China und Pakistan über die Lieferung von Kampfpanzern des Typs TAM und von Schützenpanzern des Typs VCTP, die beide in bundesdeutscher Lizenz gebaut werden. Es sind Weiterentwicklungen des Panzers "Marder" von Thyssen-Henschel.



BOLIVIEN

Alles beim Alten

Ein schon seit einigen Wochen erwarteter neuer Vorstoß der Militärs, um ihre eigene Krise und die der Regierung in Griff zu bekommen, läßt weiter auf sich warten. Auch auf der Tagung der Kommandeure kam keine Einigung zustande, vielmehr wurden die Differenzen im Militär nur noch deutlicher. Zwar sind sich die meisten Militärs darüber einig, daß García Meza an der Spitze des Staates abgelöst werden muß, aber die Gründe, die die einzelnen dafür anführen, sind ebenso unterschiedlich wie die vorgeschlagenen Kompromißkandidaten.

Die als mögliche Nachfolger in der Präsidentschaft und an der Spitze des Militärs zur Diskussion stehenden Offiziere stehen für verschiedene Ausrichtungen im Militär und für deren politische Konzepte. Die sich erneut gezeigte Uneinigkeit läßt darauf schließen, daß keine Gruppe stark genug ist, sich durchzusetzen oder von den anderen als Vermittlungsversuch anerkannt zu werden. Diese Auswegslosigkeit ermutigte García Meza nach seiner Rücktritts-erklärung vom Juni erneut seinen Führungsanspruch geltend zu machen und weiterhin im Amt zu bleiben. Die unklare Situation nutzte im Morgengrauen des 27. Juli der neu ernannte Heereskommandeur General Cayoja Riart, der auch als einer der Nachfolger im Präsidentenamt im Gespräch war. Unmittelbar nachdem G. Meza sein Verbleiben im Amt verkündete unternahm Cayoja zusammen mit dem Generalstabschef Añez und mit Unterstützung -so berichten einige Quellen- von Ex-Diktator Natusch Busch einen Putschversuch. Obwohl der Präsidentenpalast bereits in ihren Händen war und einige Einheiten sich ihnen angeschlossen hatten, gelang es García Meza ein weiteres Mal, mit loyalen Gruppen die Macht zurück zu erobern. Cayoja gilt zwar als ein gemäßigter Offizier, doch scheint es ihm nicht gelungen zu sein, diejenigen Kräfte hinter sich zu vereinigen, die weder García Meza noch Banzer an der Macht sehen wollen.

MÖGLICHKEIT FÜR DIE OPPOSITION ?

Von Seiten der demokratischen Opposition werden nach wie vor Erwartungen in die Gruppe der sogenannten Konstitutionalisten im Militär gesetzt. Ihnen wird zugetraut, daß sie eine Übergangsregelung durchsetzen können, die mit einer Regierung aus Militärs und zivilen Politikern unter bestimmten Voraussetzungen eine erneute Demokratisierung vorbereiten kann. Diese Möglichkeit, die von der UDP bereits offen diskutiert wird, bringt eine Reihe von Problemen mit sich. Nach wie vor scheint es schwierig zu sein, die Stärke und die politische Macht der Konstitutionalisten im Militär richtig einzuschätzen. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Bedeutung wirtschaftlicher Macht und ihr Rückhalt bei finanzstarken Gruppen aus der Wirtschaft, über den diese gemäßigte Offiziersgruppe kaum verfügt.

Die Zweischneidigkeit einer solchen Zusammenarbeit mit den Militärs zeigt sich darin, daß eine derartige Lösung einerseits einen Freiraum für begrenzte politische Arbeit und eine Neuorientierung der Parteien schaffen könnte, andererseits aber fortschrittliche Parteien vor das Problem stellt, ihre Zusammenarbeit mit den Militärs vor dem Volk rechtfertigen zu müssen und zugleich eine Spaltung der Opposition nach sich ziehen kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen

auch eine Skepsis angebracht erscheinen, wie lange ein solcher Kompromiß von allen Kräften im Militär akzeptiert und geduldet würde. Auf keinen Fall kann damit gerechnet werden, daß alle linken Parteien und Bewegungen zugelassen würden.

Die Schwierigkeiten, die alle Parteien nach dem Putsch hatten, als sie gezwungen wurden, nach dem Wahlkampf sofort in der Illegalität und unter scharfer Repression die politische Arbeit fortzusetzen, machen deutlich, wie nötig ein grundlegendes Überdenken der eigenen Rolle ist, bevor weitreichende politische Entscheidungen getroffen werden. Eine direkte Beteiligung an der Regierung wie dies die UDP anstrebt, verschiebt eine Grundsatzdiskussion auf jeden Fall. Denn die Parteien wären dann auch aufgefordert, an unpopulären Krisenlösungsmodellen mitzuarbeiten, wodurch sie von ihrer eigenen Krise abgelenkt würden.

Trotz aller Gefahren und Probleme muß aber auch in Betracht gezogen werden, daß die Militärs nach Jahren Militärrherrschaft die Verwaltung und große Teile -vor allem der staatlichen- Wirtschaft kontrollieren und es deshalb schwierig ist, zum jetzigen Zeitpunkt ohne Zustimmung der Militärs Politik zu machen.

Zum anderen hat sich gezeigt, daß sowohl das Bewußtsein als auch besonders die Organisation des Volkes in demokratischen Organisationen noch nicht weit genug entwickelt ist, um effektiv dem Militär entgegenzutreten. Deshalb, so argumentieren auch Politiker der Opposition, ist jede Erleichterung, die politische Arbeit möglich macht, willkommen und notwendig.

REPRESSION GEHT WEITER

Diese Gedankenspiele sind inzwischen aber wieder in weite Ferne gerückt, nachdem sie so greifbar nahe schienen. Die Militärs machen in jeder Beziehung weiter. Ihre Entschlossenheit zeigt sich auch daran, daß die Repression im ganzen Land in voller Härte weitergeht. Gezielt wird gegen die letzten noch im Land verbliebenen Führer der demokratischen Organisationen vorgegangen. So gelang es der Junta, den ersten Mann des Gewerkschaftsdachverbandes (COB) auszuschalten. Genaro Flores wurde in Patacamaya im Hochland bei seiner Festnahme so schwer verletzt, daß er wahrscheinlich querschnittsgelähmt ist. Mit Genaro Flores war zum ersten Mal ein Bauernvertreter zum ersten Mann im nationalen Gewerkschaftsdachverband geworden. Genaro Flores

war der letzte, von der Mehrheit des Volkes getragene und im Lande verbliebene Oppositionsführer. Dies bedeutet insofern einen schweren Rückschlag für den Widerstand gegen die Diktatur, als die Gewerkschaftsbewegung von ihrer Struktur und dem Bewußtsein ihrer Mitglieder her, in Zeiten starker Repression viel stärker als die Parteien ein Sammelbecken für die demokratische Opposition darstellt. Über das Verbleiben von Genaro Flores besteht weiterhin Unklarheit, sein Leben ist in höchster Gefahr.

CHILE

Kultur und Widerstand

In der Nummer 71 der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN schilderten wir ein Theaterstück, das von Laienschauspielern vorwiegend in Elendsvierteln aufgeführt wurde. Völlig zu recht war dieser Artikel damals mit "Widerstand" überschrieben. Kultur ist allemal politisch. Und solche, die die Befreiung der Menschen von Unterdrückung beinhaltet, ist "progressiv", emanzipatorisch.

Trotzdem meinen wir, daß mit der Vorstellung "Widerstand durch Kultur" vorsichtig umgegangen werden muß. In den letzten Jahren hat sich in Chile viel verändert, oder besser, ist viel verändert worden, und es fragt sich, ob nicht auch die "nueva canción", das politische Lied, zu einem Konsumgut verkommen ist, das nur deshalb nicht importiert wird, weil es in Chile "komparative Vorteile" hat.

Für diese Annahme spricht eine Musikveranstaltung, die im vergangenen Mai in Santiago stattfand. In einem Restaurant spielte und sang eine chilenische Sängerin Lieder von Violeta Parra. Es mag verblüffen, daß es heutzutage möglich ist, in den Bastionen der Bourgeoisie Musik aufzuführen, deren Name und Inhalt untrennbar mit der chilenischen Arbeiterklasse verbunden ist. Aber Arbeiter waren bei dieser Veranstaltung natürlich nicht zu sehen. Der Eintrittspreis betrug 150 Pesos, also ca. 10 Mark, was etwa drei Tagesverdiensten eines Arbeiters entspricht, der im sogenannten "Programa der Mindestbeschäftigung" tätig ist.

Es gab aber auch andere Veranstaltungen in letzter Zeit. Joan Baez, die in Chile Auftrittsverbot hat, wurde von einer der Kirche nahestehenden Organisation zu einem Folklorefest eingeladen. Die Veranstalter verstanden es das Auftrittsverbot von Baez auf geschickte Weise zu umgehen: Da eine Veranstaltung, bei der keine Eintrittspreise erhoben werden und für die es Einladungsschreiben gibt, keine öffentliche Veranstaltung ist, wird auch das Auftrittsverbot nicht wirksam. Dies wissend, verteilte man in Santiago kleine Flugblätter, auf denen zu lesen war: "Einladung zu einem Folklorefest mit verschiedenen Künstlern. Auch Joan Baez wird anwesend sein." Von diesen Zetteln wurde eine ganze Menge verteilt, denn am jenen Abend kamen über 700 Leute in den kleinen Gemeindesaal, und der Polizist, der den Einlaß überwachte, hatte keine Möglichkeit einzugreifen, denn alle hatten ein "Einladung". Die vier gut sichtbar postierten Mannschaftswagen der "Ordnungskräfte" schienen nicht viel Eindruck zu machen auf die Menschen, denn auf einem Hof der Kirchengemeinde versammelten sich weitere 4.000 Leute, um dem Konzert zuzuhören.

Nach und nach singen die chilenischen Künstler und als die Stimmung schon recht aufgeheizt ist, kündigt der Veranstalter den ausländischen Gast an. In seiner Einleitungsrede, die über 15 Minuten dauert, betont er vor allem das Verdienst, das sich Joan Baez durch den Kampfegeist ihrer Lieder erworben habe. Ihr erstes Lied

ist weltbekannt: "Gracias a la vida", von Violeta Parra. Es folgen weitere Lieder von V. Parra und eigene. Aus den Reihen der Zuschauer ertönt gelegentlich der Sprechchor: "Pan, Trabajo, Libertad", Brot, Arbeit, Freiheit, was nicht von allen Anwesenden begeistert aufgenommen wird. Einige reden beschwichtigend auf die Zwischenrufer ein. Andere Leute gehen durch die Reihen, in Höhe der Gürtellinie ein Schild: "Für die streikenden Arbeiter von El Teniente" und sammeln so, unbemerkt von der observierenden Polizei, in Plastiktüten die zahlreichen Spenden ein. In der Tüte klingelt es nicht, sondern es raschelt: Papiergeld.

Am folgenden Tag eine aufsehenerregende Szene in der Innenstadt: Ein Polizist erkennt Joan Baez auf der Straße wieder, er legt die Waffen ab und läßt sich mit ihr fotografieren, wobei er das Versprechen gibt: "Ich werde nie jemand töten".

Aber nicht nur in der Hauptstadt ist die Kulturszene in Bewegung. Auf der Insel Chiloé, südlich von Puerto Montt, hatte vor kurzem das Theaterstück "Murieta" Premiere, zu der auch die Witwe des Verfassers Neruda, Matilde Urrutia, angereist war. Ca. 150 Menschen sind jeweils bei den Vorstellungen, die am Wochenende stattfinden, anwesend. Mit handgemalten Plakaten wirbt die Laienschauspielgruppe, vorwiegend aus Bauern, Studenten und Lehrern bestehend, in Kneipen und Geschäften für ihr Stück.

Zum ersten Mal seit dem Putsch 1973 konnte dieses Werk wieder aufgeführt werden. Die Inszenierung ist voll mit Anspielungen auf die heutige Gesellschaft der Militärdiktatur.

KIRCHE AUF DEM RÜCKZUG?

Eine Reihe von Vorfällen der letzten Wochen läßt den Eindruck entstehen, die katholische Kirche Chiles schränke ihre Rolle als Sprecher der Armen und von der Diktatur Verfolgten ein. Eine Häufung von Zufällen oder eine neue Politik? Der für 82 anstehende Rücktritt des Kardinals Silva Henríquez läßt letzteres vermuten. Politische Bedeutung kommt dieser Kursänderung deshalb zu, weil der katholischen Kirche angesichts der Schwäche der chilenischen Linken die Rolle zugefallen ist, (wie begrenzt auch immer) als einzige Organisation die herrschende Neue Ordnung öffentlich zu kritisieren. Deshalb dieser Bericht.

Ende Mai hatten neun Studenten und Studentinnen in der Kathedrale von Santiago einen Hungerstreik begonnen, um gegen die andauernde Repression an den Unis zu protestieren (Andere Protestformen auf dem Uni-Gelände selbst hatten dazu geführt, daß Teilnehmer eines Schweigemarsches von einer Gruppe rechter Studenten zusammengeschlagen wurden.) Die Hungerstreikenden verwiesen dabei auf das Beispiel des Iren Bobby Sands.

Nach zwei Tagen wurde die Kathedrale für die Gläubigen geschlossen; eine erste öffentliche Stellungnahme kirchlicherseits kam (in Abwesenheit des Kardinals) vom rechten Erzbischof in Valparaíso, der den "Mißbrauch" der Kirche verurteilte.

Der Innenminister reagierte mit einer Aufforderung an vier der Hungerstreikenden, sich im Zeitraum von 48 Stunden den Behörden zu stellen - ein Verfahren, wie es in der ersten Phase nach dem Putsch angewandt worden war. Dem nicht zu folgen bedeutet, sich einer Gefängnisstrafe von 3-5 Jahren auszusetzen, praktisch, sich der Gnade des Geheimdienstes zu überlassen. Die Hungerstreikenden harrten in der Kathedrale aus im Vertrauen darauf, sie seien vor dem Zugriff der Polizei sicher.

Es war ein Kaplan, der der Polizei eine Seitentür aufschloß und die Hungerstreikenden damit auslieferte. Und natürlich nahmen die nicht nur die vier inzwischen per Haftbefehl Gesuchten mit, sondern auch die übrigen Hungerstreikenden (sie sollen allerdings inzwischen wieder entlassen sein).

Tags darauf beklagte zwar das Erzbischöfliche Amt Santiagos, daß die Regierung "wieder einmal" mit Gewalt vorgegangen sei, ließ es aber dabei bewenden. Rund 300 Geistliche und Nonnen versammelten sich und wünschten eine deutlichere Stellungnahme ihrer Kirche. Sie beschlossen als erste Maßnahme, daß neun von ihnen - in Vertretung der neun festgenommenen Studenten - ein solidarisches Fasten beginnen sollten. In stundenlangen Gesprächen erreichten zwei Bischöfe, daß die acht Geistlichen und eine Nonne ihr Fasten abbrachen. Die Gründe für diese Haltung der Hierarchie wurden nicht öffentlich bekannt.

Hieran aber zeigt sich, daß es nicht nur um die Haltung eines einzelnen Kaplans geht.

Noch weiterreichende Konsequenzen wird es haben, daß die "Vicaría de la Solidaridad" ihre Arbeit eingeschränkt hat und weiter einschränken wird, und auch das ist nicht nur eine Frage von Arbeitsplätzen. Dieses kirchliche Amt hat vor allem in drei Bereichen wichtige Arbeit geleistet:

die Vicaría hat für hungernde Kinder Kinderspeisesäle eingerichtet; sie hat versucht, den durch die Neue Ordnung zur Arbeitslosigkeit Verurteilten beim Verkauf kunsthandwerklicher Arbeiten zu helfen;

sie war die einzige Stelle, wo Verfolgte bzw. deren Angehörige rechtlichen Beistand finden konnten und wo versucht wurde, die Verbrechen der Diktatur soweit wie möglich öffentlich bekannt zu machen. So hat die Vicaría in vergangenen Jahren die Fälle der Verschwundenen dokumentiert und damit die Grundlage dafür gelegt, daß die Verletzungen der Menschenrechte durch die chilenische Diktatur beispielsweise vor der UN-Vollversammlung präsentiert werden konnten. In ihrem Auftrag haben Ärzte aus der Haft Entlassene untersucht und erlittene Folterungen bestätigen können (einer dieser Ärzte wurde seinerseits im Mai verhaftet).

Der für die Vicaría zuständige Bischof de Castro erklärt zwar, es handle sich nicht um eine Schließung, sondern um eine Dezentralisierung und die Rechtsabteilung solle zentral erhalten bleiben; aber Besucher der Vicaría aus letzter Zeit nahmen einen unübersehbaren Klimawechsel wahr.

Progressive katholische Christen sehen diese Veränderung im Zusammenhang mit der Vermittlung des Papstes im chilenisch-argentinischen Grenzkonflikt; die chilenische Regierung hat den Vermittlungsvorschlag akzeptiert, die argentinische Regierung sucht noch Modifikationen durchzusetzen; für das "Entgegenkommen" der chilenischen Regierung gegenüber dem Papst habe sie ein "Entgegenkommen" seitens der katholischen Kirche durchgesetzt. Linke Katholiken sehen die Haltung ihrer Kirche mit Bestürzung; schon als der Kardinal dem Drängen Pinochets nachgab, dessen Verwandlung vom Putschisten zum "verfassungsmäßigen" Präsidenten mit einem Tedeum die kirchliche Weihe zu geben, hatten ca. 300 Priester protestiert.

Schwer einzuschätzen, wie weit eine politische Strategie, wie weit persönliche Resignation des Kardinals die neue Haltung der Kirche bestimmt. Er wird im nächsten Jahr, 75 Jahre alt, aller Voraussicht nach aus dem Amt scheiden; mit ihm erreichen vier weitere Bischöfe die Altersgrenze, darunter die beiden Rechtsten. Kurz, ein Führungswechsel steht an. In einem Interview, das der Kardinal nach seiner letzten Europareise und einem Besuch beim Papst chilenischen Journalisten gab, klingt deutlich der Wunsch an, dem Nachfolger einen "neuen Start" zu ermöglichen, einem Nachfolger, den auch die katholische Rechte, die den jetzigen Kardinal immer wieder angegriffen hat, "verstehen".

Daß Rom, durch die Auswahl des Nachfolgers, dem gegenüber andere Akzente setze, ist kaum zu erhoffen.

Das Paradies der Spekulanten

Durch wilde Fehlspekulationen mit dem Rohstoff Zucker und seinem Weltmarktpreis brach eine der größten Unternehmensgruppen Chiles zusammen. Unter dem extrem liberalen Kapitalismus geriet auch dieses Desaster noch zu einer Goldgrube für die reichen und mächtigen Clans des Landes.

Vor zwei Generationen hätte sich in Chile noch jeder, der hundert Millionen Dollar verspielt hätte, die ihm gar nicht gehörten, einfach erschossen. Vor einer Generation hätte er sich wenigstens für ein paar Jahre in die Provinz verkrochen. Jorge Ross Ossa aber, dem dieses Kunststück jetzt mit einer wilden Fehlspekulation gelang, ließ sich noch wenige Tage, bevor das Ergebnis öffentlich bekannt wurde, zum Präsidenten der chilenischen Erdölgesellschaft, des größten Privatunternehmens Chiles wählen. Und er denkt natürlich nicht daran, vor diesem Posten jetzt zurückzutreten.

Ross kontrollierte bisher die Zucker-Raffinerie-Gesellschaft von Viña del Mar, ebenfalls eins der größten Unternehmen des Landes - den Verkäufen nach 1980 das elftgrößte. Mittels dieser Gesellschaft kontrollierte er aber gleichzeitig noch eine Reihe weiterer Unternehmen, die untereinander durch eine Vielzahl von undurchsichtigen Schachtelbeteiligungen miteinander verbunden waren: die größte Großhandelsgesellschaft, zwei Nahrungsmittelindustrien, eine Supermarktkette, zwei Versicherungsgesellschaften und die Elektrizitätsgesellschaft von Viña del Mar.

Als im Mai herauskam, daß die Muttergesellschaft CRAV die enormen Schulden, die sie vor allem gegenüber der Staatsbank eingegangen war, nicht würde bezahlen können, schien der Skandal gekommen, der das Scheitern des ultra-liberalen Wirtschaftsmodells der Chicago Boys einleiten würde. Tatsächlich hatte sich wieder einmal gezeigt, daß die vielbeschworene Effizienz des privaten Unternehmertums ein frommes Märchen ist. Sogar viele rechte Kritiker des chilenischen Wirtschaftssystems forderten lautstark eine stärkere Kontrolle der Privatwirtschaft durch den Staat. "El Mercurio", das Organ der Wirtschafts-Clans und der Chicago Boys, erhob warnend seine Stimme: Hinter dem Wirtschaftsmodell stehe die ganze Autorität des Staatspräsidenten Pinochet, und wer den CRAV-Skandal benutze, um eine Änderung der Wirtschaftspolitik zu erreichen, den müsse man als Staatsfeind demaskieren.

Tatsächlich fanden zwei ehemalige Wirtschaftsminister Pinochets, Fernando Leniz und Pablo Baraona eine Lösung des Problems, die dem herrschenden Wirtschaftsmodell adäquat ist. Dazu muß man wissen, daß diese beiden Herren aus ihren Ämtern geschieden sind, um in die Privatwirtschaft zu gehen. Das bedeutete in ihrem Fall, daß sie bei den führenden Wirtschafts-Clans, der Gruppe Cruzat-Larraín und der Gruppe Vial, führende Posten übernommen haben. Die Lösung läuft nun darauf hinaus, daß sechs Privatbanken, die den führenden Wirtschafts-Clans gehören, die Schulden gegenüber der Staatsbank übernehmen und aus dem Erlös beim Verkauf der Unternehmen der CRAV-Gruppe entschädigt werden. Da die großen Clans diese Unternehmen gleich billig selbst kaufen werden, wird so die wirtschaftliche Konzentration noch wesentlich gesteigert.

Auf diese Weise wird nur die Muttergesellschaft CRAV liquidiert. Den Schaden werden vor allem etwa 3000 Kleinaktionäre haben, die in Aktien der CRAV-Gruppe investiert hatten, dazu die Produzenten von Zuckerrüben, die entweder ihre schon abgelieferten Produkte nicht mehr bezahlt bekommen oder bereits angebaute Zuckerrüben in Zukunft nicht mehr verkaufen können.

Innerhalb des in Chile gültigen Wirtschaftssystems wird Spekulation als normal betrachtet, erscheint der Bankrott als eine gesunde Sache, die dafür sorgt, daß nur effiziente Unternehmen übrig bleiben. Und damit die Unternehmen auf dem freien Weltmarkt konkurrieren können, müssen sie möglichst groß sein. Insofern erscheint den Verteidigern dieser Politik der CRAV-Skandal als etwas absolut Normales.

Dabei fragt sich nur, ob dieser Skandal nicht doch weiterreichende Auswirkungen hat. Gegenwärtig lebt die chilenische Wirtschaft nämlich zunehmend auf Pump. Das Defizit der Leistungsbilanz für 1981 wird auf drei Milliarden US-Dollar geschätzt. Nimmt man noch die Zinsen und Rückzahlungen der bereits existierenden (vor allem privaten) Auslandsschulden hinzu, so müssen dieses Jahr mehr als vier Milliarden Dollar auf dem internationalen privaten Kapitalmarkt neu aufgenommen werden. Bei der Menge der in der Welt umherschwirrenden Petro-Dollars, die auf gute Schuldner warten, war das bisher kein Problem. Gerade die ultra-liberale Wirtschaftspolitik der Regierung machte Chile zu einem "guten Schuldner" in den Augen der internationalen Privatbanken.

Frage sich nur, ob das so bleibt, wenn sich Skandale nach dem Muster des CRAV-Skandals häufen. Die Ursache des Desasters war nämlich die Spekulation auf steigende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Diese Spekulation ging nicht auf. Wenn die internationalen Privatbanken aber Dollar-Milliarden in Länder wie Chile hineinpumpen, so spekulieren sie damit auf nichts anderes als auf hohe Weltmarktpreise für Rohstoffe. Es scheint so, als ob der CRAV-Skandal in diesem Sinne schon sehr schnell als Warnung verstanden worden ist. Im Mai ging der Zufluß ausländischer Kredite gegenüber April schlagartig zurück.

**SPENDET FÜR DEN
WIDERSTAND IN CHILE**



Pschk. Berlin-West E. Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

Geheimdienstgangster

Der chilenische Geheimdienst ist eine kriminelle Vereinigung in dem Sinne, daß er Regimegegner mörderisch verfolgt. Er ist aber auch, so zeigt das jüngst bekannt werdende Verbrechen, eine Vereinigung zu rein kriminellen Zwecken, z.B. Bankraub. Beute: über 1 Mill. Dollar, mindestens zwei Ermordete.

Zunächst wurde das Gangsterstück der Öffentlichkeit als das Millionending zweier Bankangestellter präsentiert. In der Wüstenstadt Calama verschwanden in der Nacht zum 10. März 45 Mio. Pesos aus dem Banksafe, der Filialleiter und der Kassierer waren nicht auffindbar. Inzwischen stellte sich heraus, daß dieser Coup von mindestens zwei regionalen Geheimdienstchefs und einem Untergebenen durchgeführt wurde, und zwar als Operation des Geheimdienstes. Was den Fall so brisant macht: die Agenten hatten besonders deshalb Erfolg, weil sie den Bankangestellten als Geheimdienstagenten bekannt waren. Sie begingen diesen Bankraub, indem sie ihn schlicht als eine realistische Übung zur Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen tarnten. Die beiden im Voraus informierten Angestellten der Filiale begriffen zu spät den wahren Sachverhalt. Sie wurden im Fahrzeug des Geheimdienstes in die Wüste verschleppt, dort ermordet, ihre Leichen mit einer Sprengladung zerfetzt und fast spurlos beseitigt. Mord auf Befehl: der Vorgesetzte im Majorsrang gab den Befehl für die tödlichen Schüsse, der Untergebene gehorchte, wie er es gewohnt war. Der Chef kehrte zur Bank zurück, nahm angeblich die Ermittlungen auf und wußte, wohin er den Verdacht zu lenken hatte: auf die anscheinend flüchtigen Bankangestellten.

Noch ist nicht abzusehen, wer weiter in den Fall verstrickt ist - bisher sind fünf Personen in Haft; der Geheimdienstchef von Arica und Major des Heeres, dem die eigentliche Planung zugeschrieben wird, wurde in seinem Auto erschossen in der Wüste aufgefunden; die offizielle Selbstmordversion wird von chilenischen Zeitungen mit konkreten Gründen bezweifelt.

Daß die Kreise weiterreichen, dafür spricht die Todesangst der Verhafteten: womit sie nicht Angst vor einer eventuellen Verurteilung meinen. Ihren Wächtern erklärten sie, bei einer Flucht wären sie tote Männer. Offenbar hält die Gefängnisleitung diese Angst nicht für vorgespielt, sondern für begründet. Es wird streng darauf geachtet, daß sie nichts außer der Gefängniskost essen. Offenkundig aber ist bereits die freundschaftliche Verbindung zwischen Geheimdienst und "normaler" Kriminalität; ein Teil der Beute wurde bei einem Drogenhändler sichergestellt.

Seit bekannt wird, wie dieses Verbrechen auf dem Dienstweg geplant und durchgeführt wurde, versucht die Regierung natürlich, sich von den "faulen Äpfeln" (so die Justizministerin) zu trennen und sie "der Strenge des Gesetz es" zu überlassen. Selbstverständlich wurden sie inzwischen aus dem Geheimdienst ausgestoßen. Selbstverständlich bestehe kein Anlaß, an den Strukturen des Geheimdienstes irgend etwas zu verändern.

Bisher ist es der Diktatur noch immer gelungen, eine wirkliche Aufklärung der vom Geheimdienst begangenen Morde zu verhindern. Die der Diktatur hörigen Justiz hat dieses Spiel im Interesse der nationalen

Sicherheit bisher mitgetragen. Sie hat auch dort bisher nichts erreicht oder erreichen können, wo "Arbeit" des Geheimdienstes und "normale" Kriminalität sich schon früher verquickten - im sogenannten IVA (Mehrwertsteuer) - Skandal, wo für die betrügerischen Transaktionskonten und Identität vom Geheimdienst längst ermordeter Personen verwendet wurden.

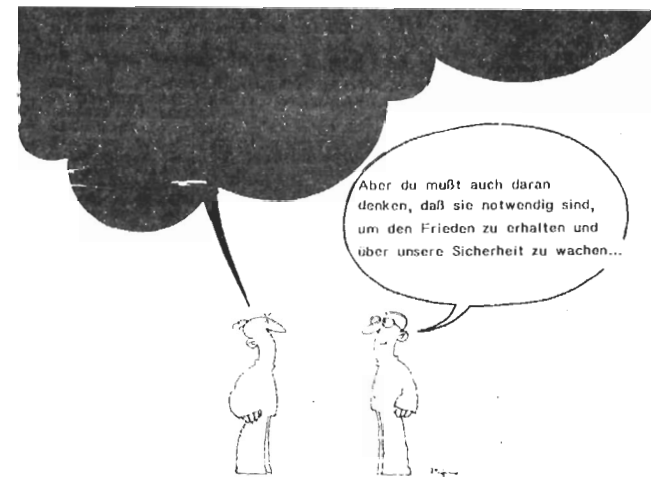
Vor einem Jahr entführten, folterten und ermordeten Kommandos aus Geheimdienst und Kripo politische Gegner auf eigene Rechnung. Geheimdienst- und Kripochef wurden ausgewechselt, ein paar Kriminalpolizisten wurden verhaftet, von einer Verurteilung wurde nichts bekannt; der Geheimdienst kam ungeschoren davon. Aus der Zeit gibt es noch unbeglichene Rechnungen zwischen Geheimdienst und Kripo. Diese Tatsache erklärt, daß es überhaupt zur Aufdeckung des "perfekten Verbrechens" kommen konnte.

Als der frühere Polizeichef von Santiago dabei war, "normale" kriminelle Akte von Geheimagenten aufzudecken, wurde er seines Postens enthoben. Sein Fazit heute: "Es handelt sich weder um einen isolierten oder punktuellen Fall, sondern um den natürlichen schrecklichen Höhepunkt in einem Prozeß der Amoralität, der unsere Sicherheitskräfte zersetzt."

Die chilenische Vereinigung der Anwälte zur Verteidigung der Menschenrechte belegt in einer öffentlichen Erklärung noch einmal die bekanntgewordenen Verbrechen des Geheimdienstes. Sie verlangen die sofortige Auflösung der CNI.

Selbst dem großbürgerlichen "Mercurio" scheint plötzlich der keiner öffentlichen Kontrolle unterworfenen allmächtigen Geheimdienst unheimlich; in einem Leitartikel setzt er sich dafür ein, der CNI ihre polizeilichen Befugnisse zu nehmen und sie auf die Funktionen eines Nachrichtendienstes zu beschränken.

Solange es sich bei den Opfern der CNI um Linke handelte, wurden sie als der Preis verstanden, den man für "Sicherheit und Ordnung" zu zahlen habe; jetzt, da die kriminellen Methoden der CNI bürgerliche Geschäftspraktiken berühren, scheint das auch der bürgerlichen Presse zu viel.



Karikatur aus der chilenischen Wochenzeitschrift "hoy". In Anspielung an die Sprengladung, mit der die Geheimdienstgangster die Leichen beseitigten.

BRD

Kiel: Chilenische Militärs überwachen deutsche

Werftarbeiter

Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Norbert Gansel zum Bau zweier U-Boote für Chile hat Staatssekretär Grüner vom Wirtschaftsministerium am 1. Juli bestätigt, daß sich 5 Angehörige der chilenischen Marine als Baubetreuer auf der HDW-Werft in Kiel aufhalten. Trotz der Zusage des Bundeskanzlers an die SPD-Fraktion vom Dezember letzten Jahres (!), die Herstellungsgenehmigung zu überprüfen, ist das Projekt nach der üblichen einjährigen Planungsphase schon seit Februar 1981 in das konkrete Baustadium eingetreten. Schmidt hatte seine Zusage gegeben, nachdem das Geschäft auf einhellige Ablehnung der SPD, der Gewerkschaften, kirchlicher Kreise und internationaler Beobachter, darunter des argentinischen Friedens-Nobelpreisträgers Perez Esquivel gestoßen war.



Gansel hatte in seiner Anfrage wissen wollen, inwieweit Stellen der Bundesregierung bei der Legalisierung der Tätigkeit chilenischer Militärs im Staatsgebiet der Bundesrepublik mitgewirkt hätten und wie sich das mit der Erklärung von Mitgliedern der Bundesregierung vertrüge, die Genehmigung für die Produktion von U-Booten für das Militärregime zu überprüfen.

Staatssekretär Grüner bestätigte, daß sich eine fünfköpfige Delegation der chilenischen Marine mit Dolmetscher gegenwärtig in Kiel aufhalte. Die Mitglieder seien mit gültigen Sichtvermerken der deutschen Botschaft eingereist, die noch vier Monate laufen. Diese Handhabung sei "üblich bei Geschäftsreisenden aus dem Ausland, die länger als 3 Monate in der BRD bleiben." HDW besitze eine gültige Herstellungsgenehmigung des Bundessicherheitsrates (nicht zu verwechseln mit einer Ausfuhrgenehmigung, über die noch zu entscheiden sei) und solange daran gebaut würde, könne die chilenische Marine als Auftraggeber "entsprechend der im Schiffbau üblichen Praxis" auch die Baubetreuung durchführen.

"Die Überprüfung der erteilten Herstellungsgenehmigung ist unabhängig zu diesem Vorgang zu sehen. Das eine präjudiziert nicht das andere und umgekehrt..." Und doch... "Der Hinweis auf das Risiko: je weiter der Baufortschritt gediehen ist, desto größer die möglichen Schäden, die auf die Bundesregierung oder auf die Firma zukommen können, ist sicher richtig. Deshalb ist zutreffend, daß die Überprüfung schnellstmöglich abgeschlossen sein muß." (1)

Die schnelle Überprüfung des Geschäftes geht nun schon in den 7. Monat. An der Entscheidungsfreude des Kanzlers braucht dennoch nicht gezweifelt zu werden. Schon im Februar 1981 wartete der Chilenische Botschafter in Bonn, Vasco Undurraga, in einem Interview, das in der chilenischen Zeitung "Mercurio" veröffentlicht wurde, mit der beruhigenden Botschaft auf: "Trotz des starken Widerstandes aus der SPD-Bundestagsfraktion gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die Bundesregierung an ihrer im Sommer 1979 erteilten Genehmigung festhalten wird." Die beiden Boote würden fristgemäß "geliefert". (2)

Noch im selben Monat wurde mit dem Bau der beiden Boote begonnen-eine Rücknahme der Herstellungsgenehmigung stand, wie Rückfragen der LN beim Kanzleramt und beim SPD-Abgeordneten Uwe Holz ergaben, nie zur Debatte.

Als sich die innenpolitische Diskussion über Waffenexporte wegen saudiarabischen Forderungen nach deutschen Waffen noch verschärfte, kündigte Schmidt eine generelle Überprüfung der bestehenden Rüstungsausfuhrbestimmungen an. In der ARD-Sendung "Fernsehdiskussion" vom 1. Mai sprach er sich gegen den Ausbau von Rüstungskapazitäten aus, "die später aus beschäftigungspolitischen Gründen nach Aufträgen gieren." (3) Gleichzeitig verlangte er jedoch, die Diskussion dürfe "nicht em otional geführt" werden. Die neuen Richtlinien könnten "frühestens im Laufe des Herbstes '81" beschlossen werden.

Solange darf die notleidende Industrie nicht darben. Am Bau der beiden U-Boote wurde festgehalten. Für den Fall, daß das Geschäft politisch nicht durchsetzbar sein sollte, schaut die Bundesregierung nach alternativen Abnehmern aus: entsprechende Verhandlungen mit Dänemark und Norwegen laufen seit Dezember 1980. (4)

Nicht in Betracht gezogen wird eine Umlenkung der Investitionen der Rüstungskonzerne in den zivilen Bereich. Auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Abgeordneten Hansen meinte Staatssekretär Dr. Schlecht: "Die Bundesregierung trifft grundsätzlich keine Maßnahmen zur Umwandlung von Rüstungskapazitäten in zivile Kapazitäten", denn "in einer marktwirtschaftlichen Ordnung gehört dies eindeutig in den Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Wirtschaft selbst." (5)

Die Angesprochenen zögerten nicht, ihrer Verantwortung nachzukommen: Die HDW-Werft, der es nach einem Spiegel-Bericht schon im Dezember 80 "eher an Personal als an Aufträgen mangelte" und die bereits "mehrere hunderte englische Leih-Arbeiter beschäftigte", stellte große Schilder auf, auf deren "Maschinenschlosser und Schiffsbauer" gesucht wurden. Außerdem bemühte sie sich um die Übernahme von arbeitslosen Türken von Opel/Rüsselsheim. Den Arbeitern wurde als Auftraggeber für die Chile-U-Boote "Südperu" genannt. (6)

Anmerkungen:

- (1) aus: Bundestags-Protokoll, 1. Juli. 1981
- (2) FR vom 11.2.81
- (3) FR vom 2.5.81
- (4) Spiegel vom 29.12.80
- (5) Die Neve vom 4.4.81
- (6) Spiegel 29.12.80

Waffenhandel mit Argentinien

Der beunruhigende Anstieg der Militärausgaben

"Die weltweiten Ausgaben für Rüstung haben sich auf beunruhigende Weise weiterentwickelt. Die UN-'Abrüstungsdekade' endet buchstäblich als totaler Mißerfolg. Es war ein Hauptziel ... gewesen, die immensen Rüstungslasten, die von der Weltwirtschaft getragen werden, wenigstens etwas zu reduzieren, und man hatte gehofft, einen Teil dieser Ressourcen als Entwicklungshilfe in die Länder der dritten Welt umzuleiten. ... Die Kluft zwischen Worten und Taten könnte kaum größer sein. Im Verlauf der 70er Jahre setzte sich der reale Zuwachs an Rüstungsausgaben weltweit langsam fort. ... Gleichzeitig ist es weithin zu Kürzungen in den realen Größen der Entwicklungshilfe gekommen.

Es ist nicht nur die Verschwendung von Ressourcen, die dieses Ergebnis schmerzhaft macht, es ist auch eine bedrohliche Entwicklung: Sowohl vor dem Ersten wie vor dem Zweiten Weltkrieg hatte es jeweils einen Aufschwung in den weltweiten Militärausgaben gegeben;..."

(Das Jahrbuch des Stockholm International Peace Research Institute "SIPRI" 1980/81, S. 35 der deutschen Ausgabe)

Die Stellung der BRD

Die BRD, deren jüngste Vergangenheit ihr eine besondere Sensibilität und Zurückhaltung auf dem Gebiet von Rüstungsexporten gebieten sollte, spielt in dieser weltweiten Entwicklung keine unwichtige Rolle mehr--vielmehr stellt das SIPRI-Jahrbuch 1979/80 besorgte fest (1):

"Die Bundesrepublik nimmt zunehmend den Rang eines Großwaffenexportlandes ein. Dies widerspricht der von der Regierung beteuerten restriktiven Waffenexportpolitik."

Angaben der Arms Control and Disarmament Agency "ACDA" (Waffenkontroll- und Abrüstungsorganisation), USA, verdeutlichen, daß im Vergleich zu anderen Rüstungsexportländern bundesdeutsche Rüstungsexporteure in den letzten 10 Jahren in den Rüstungsexporten die höchsten Zuwachsraten erreicht haben (2):

USA	4,1%	(Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Rüstungsexporte, 1968-1977 real)
UdSSR	6,7%	
Großbritannien	11,7%	
Frankreich	15,5%	
BRD	16,8%	
Welt	6,8%	

Die Steigerungsrate für die Jahre 1974-1976 gegenüber den drei Jahren zuvor (1971-1973) stellt sich im Vergleich folgendermaßen dar:

USA	120%
UdSSR	31%
Großbritannien	74%
Frankreich	41%
Italien	290%
VR China	-22%
BRD	450% (3)

Diese Zahlen als ein Hinweis auf den sprunghaften Anstieg der Waffenexporte gerade in den letzten Jahren und unter einer von Sozialdemokraten getragenen Regierung.

Aber nicht nur die Steigerungsraten der Rüstungsexporte, auch der Anteil der BRD an den Rüstungsexporten im internationalen Vergleich ist keineswegs unbedeutend:

Rüstungsexporte 1977 in Millionen US-Dollar (4):

USA	6 900
UdSSR	5 200
Frankreich	1 300
Großbritannien	825
BRD	800

Die Bundesrepublik rangiert also insgesamt auf Platz 5 in der Liste der großen Waffenexporteure.

Die rechtlichen Bedingungen für die Ausfuhr von Waffen sind in ihrer Grundform bereits im Grundgesetz Artikel 26 festgelegt. Wohl noch unter dem Eindruck der gerade zurückliegenden Kriegserfahrung heißt es dort:

Artikel 26

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das nähere regelt ein Bundesgesetz.

Daß die beiden Absätze von den Verfassern des Grundgesetzes in einem Artikel in Zusammenhang gebracht worden sind, wird nicht von ungefähr herrühren...

Das im letzten Satz des Absatzes (2) erwähnte Bundesgesetz ist das inzwischen auch in der Presse heftig diskutierte Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20. April 1961, zuletzt unter ausdrücklichen Protesten seitens der Rüstungsindustrie ergänzt durch den Paragraphen 4a am 1. Januar 1978:

§ 4a

Auslandsgeschäfte

- (1) Wer einen Vertrag über den Erwerb oder das Überlassen von Kriegswaffen, die sich außerhalb des Bundesgebietes befinden, vermitteln oder die Gelegenheit zum Abschluß eines solchen Vertrages nachweisen will, bedarf der Genehmigung.
- (2) Einer Genehmigung bedarf auch, wer einen Vertrag über das Überlassen von Kriegswaffen, die sich außerhalb des Bundesgebietes befinden, abschließen will.

§ 6

- (3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn 1. die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden, 2. Grund zu der Annahme besteht, daß die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde....

Eine weitere Beschränkung liefert das Außenwirtschaftsgesetz vom

28. April 1961, durch das unter anderem die Ausfuhr von Konstruktionszeichnungen beschränkt werden kann.

Zuletzt konkretisiert wurde das Kriegswaffenkontrollgesetz mit dem Kabinettsbeschuß vom 16. Juli 1971 durch die Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsbüchern, in denen ausdrücklich vermerkt wird, daß der Export von Kriegswaffen außerhalb des NATO-Bereichs nur mit der Ausnahmegenehmigung der Bundesregierung möglich ist und daß Länder in "Spannungsgebieten" grundsätzlich keine Kriegswaffen erhalten dürfen. Auch Genehmigungen für sonstige Rüstungsgüter seien dort zu versagen. (5)

Trotz dieser auf dem Papier vergleichsweise restriktiven Rüstungsexportpolitik mußte Staatssekretär Martin Grüner im März 1979 auf Anfragen aus der SPD hin bestätigen, daß es heimliche Exporte an Nicht-NATO-Staaten gegeben habe, ohne jedoch die belieferten Länder zu benennen.

Staatsminister Klaus von Dohnanyi bestätigte in dem Zusammenhang auch die vom Auswärtigen Amt genehmigte Ausfuhr von Fregatten nach Argentinien. Bei Vorliegen "besonderer Gesichtspunkte", so Dohnanyi, schließen die oben geschilderten Grundsätze zum Rüstungsexport die Genehmigung derartiger Ausfuhren von Waffen nicht aus... (6)

Da Ausnahmegenehmigungen für den Export von Waffen in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Bundessicherheitsrates--gebildet von Bundeskanzler, Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Innenminister--fallen, bleiben sie oft der Kenntnis und so der direkten Kontrolle des Parlamentes entzogen. Einem Bericht des "Spiegel" vom 2. April 1979 zufolge war selbst Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht über das wahre Ausmaß genehmigter Exporte auch in Krisengebiete informiert.

Doch auch da, wo die Dehnung des Begriffs Spannungsgebiet und die Anführung besonderer "verteidigungs- und außenpolitischer Aspekte" auf "legalem" Weg nicht mehr möglich scheint, gibt es offensichtlich noch Mittel und Wege genug, Bestimmungen zu umgehen--und dies durchaus unter Wissen und Beteiligung von Bundesbehörden.

So gelangten in den Jahren 1966 bis 1970 mit Wissen und Hilfe des Bundesnachrichtendienstes Waffen in Spannungsgebiete wie Pakistan und den Nahen Osten, wie 1978 im Dezember durch die Bundesregierung bestätigt wurde (7).

Der Rüstungsindustrie bleiben jedoch auch ohne derartige "Hilfen" genug Möglichkeiten, gesetzliche Regelungen zu umgehen:

- Waffen werden in Einzelteilen exportiert, die erst im Empfängerland montiert werden und für sich genommen nicht unter die Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes fallen.
- Argentinien selbst ist ein Beispiel dafür, wie Waffen über Drittländer an ihr eigentlich gedachtes Endziel gelangen. Es handelt sich dabei um Drittländer, die nicht als Spannungsgebiete gelten oder aber der NATO angehören und keine der Bundesrepublik entsprechende Kontrollgesetzgebung für den Waffenexport haben.
- Deutsche Rüstungsexporture zögern auch keineswegs, Lizenzen über von ihnen konstruierte und gebaute Waffen und Rüstungsgüter zu vergeben--obwohl "mit jeder Lizenzproduktion der Transfer von 'Know how' verbunden ist". Auch hierfür ist Argentinien ein gutes Beispiel. (8)

"Die Frage: 'Wie wirken sich Rüstungsexporte überhaupt aus?' wird in der Diskussion in Bonn fast völlig ausgeklammert. Im Ausland weiß man aus der politischen Erfahrung, daß Rüstungsexporte in der Regel nicht zu einem Aufheizen von Spannungen und Konflikten führen müssen, sondern eher das Gegenteil bewirken können. Sie führen--politisch sinnvoll eingesetzt--meist dazu, daß Militär- und Abschreckungspotentiale gerade in Spannungsgebieten einen Gleichgewichtszustand erreichen und Aggressionsabsichten infolge des auftretenden Abschreckungseffektes eingedämmt werden. Kaum anders ist zu verstehen, daß nahezu sämtliche Industriestaaten des Westens die Ausweitung ihrer Waffenlieferungen friedenspolitisch motivieren."

(Zitat aus "Der Arbeitgeber", 30. 1. 81)

Die Stellung Argentiniens

Einer der ersten Waffenexporte aus der BRD nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte schon 1954 durch die Krupp Werft AG Weser nach Argentinien:

Ein Kriegsschiff mit 4854 t Wasserverdrängung, welches trotz Kanonenbewaffnung als "Eisbrecher" deklariert worden war. (9)

Dies zu einer Zeit, in der die zivile Regierung Perón bereits in einer schweren Krise stand, in der schon von der bürgerlichen Opposition des Landes sein Sturz gefordert wurde und in der die Streitkräfte sich von ihm abzuwenden begannen.

Am 17. September 1955 übernahm das Militär die Macht(10)

22 Jahre nach diesen ersten Rüstungsexporten, in den Jahren 1976 bis 1978, steht Argentinien einem Zitat des "Spiegel" aus einer vertraulichen Liste des Wirtschaftsministeriums zufolge bereits an zweiter Stelle der Länder, die außerhalb des NATO-Bereichs "sonstige Rüstungsgüter" aus der BRD empfangen (11):

" 'Die größten Anteile', so die Liste des Wirtschaftsministeriums, 'entfielen hierbei mit Abstand auf den Iran (959,6 Mio. DM), gefolgt von Argentinien (433,9 Mio. DM), Saudi-Arabien (57,2 Mio. DM), Nigeria (56,2 Mio. DM) und Israel (32,4 Mio. DM).'"

Unter die Bezeichnung "sonstige Rüstungsgüter" fallen nach Angaben des "Spiegel" "schlüsselfertige Munitions- und Gewehrfabriken, Blaupausen und Spezialmaschinen für die Waffenproduktion, sowie Einzelteile für Panzer, Raketen, Schiffe und Flugzeuge." In dieser Liste ist allerdings noch keineswegs die Vergabe von Lizenzen enthalten.

Im Jahr 1976, dem Beginn des oben genannten Zeitabschnittes, stürzte das argentinische Militär die zivile Regierung Isabel Peróns und errichtete eine der härtesten Militärdiktaturen. (12)

Seit dieser Zeit erhielt Argentinien folgendes grob aufgelistetes Rüstungsmaterial(13):

- 5 Transportflugzeuge F 27 von Fokker/VPW im Wert von 35 Mio. DM (über die Niederlande?)
- 200 Kampfpanzer TAM, entwickelt von Thyssen-Henschel, im Wert von etwa 250 Mio. DM, mit 105-mm-Kanone. Wird in Argentinien über Produktionslizenzen gebaut.
- 300 Schützenpanzer TAM, von Thyssen-Henschel entwickelt, im Wert von etwa 200 Mio. DM. Bau in Argentinien über Produktionslizenzen und Weiterexport nach Pakistan und Volksrepublik China vorgesehen; mit 20-mm-Kanone.
- Flugabwehrkanonen
- 1 U-Boot Typ TR 1700, entwickelt und gebaut von Thyssen Nordseewerke im Wert von 339 Mio. DM, einschließlich Produktionsanlagen.
- 6 Fregatten "Meko 360", entwickelt von Blohm und Voss, im Wert von etwa 1800 Mio. DM.

Aus dieser Liste seien drei Beispiele herausgehoben, die ihre eigene aufschlußreiche Geschichte haben und oben getroffene Feststellungen hinsichtlich der Rüstungsexportpolitik der BRD im Blick auf Argentinien eindeutig bestätigen:

1. (14) Nach eigenen Angaben der Bundesregierung sollte der Export von U-Booten nach Indonesien im Februar 1977 die erste--und wie zugesichert letzte--Ausnahme von dem durch Kabinettsbeschluß vom 16. Juli 1971 festgelegten Grundsatz bilden, keine Bundes-(Hermes-)Bürgschaft für Exporte in Nicht-NATO-Staaten zu übernehmen.

Doch dann war es ein weiterer Rüstungshandel mit Argentinien, der zur heftig umstrittenen zweiten Ausnahme wurde:

Der Export des oben aufgelisteten U-Bootes TR 1700 der Firma Thyssen Nordseewerke Emden. Für dieses Geschäft übernahm die Bundesregierung eine Hermesbürgschaft im Wert von 339 Mio. DM--trotz der Bedenken des Auswärtigen Amtes, des Finanzministeriums und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Bedenken waren erstens wirtschaftlicher Art, da man Argentinien für nicht finanzkräftig genug erachtete für dieses Geschäft; außerdem fürchtete man Proteste aus "Teilen der deutschen Öffentlichkeit" (15). Dennoch beschloß das Bundeskabinett die Übernahme der Bürgschaft, hauptsächlich mit dem Hinweis auf die "prekäre Beschäftigungslage der betreffenden Werft"... (16)

Einer Erklärung des parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Martin Grüner zufolge ändere die Übernahme dieser Bürgschaft nichts an dem Prinzip der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Dies als offensichtlichen Hinweis auf den Konflikt zwischen Argentinien und Chile um drei strategisch wichtige Inseln im Beagle-Kanal (Feuerland) (17), auf die Argentinien--trotz eines entgegengesetzten Entscheids des internationalen Gerichtshofs in Den Haag--weiterhin in militanter Weise Anspruch erhob: "Anfang 1978 schickte es mehrere Kriegsschiffe zu 'Übungen' in die umstrittenen Gewässer und erklärte, diese würden dort auf unbestimmte Zeit bleiben."

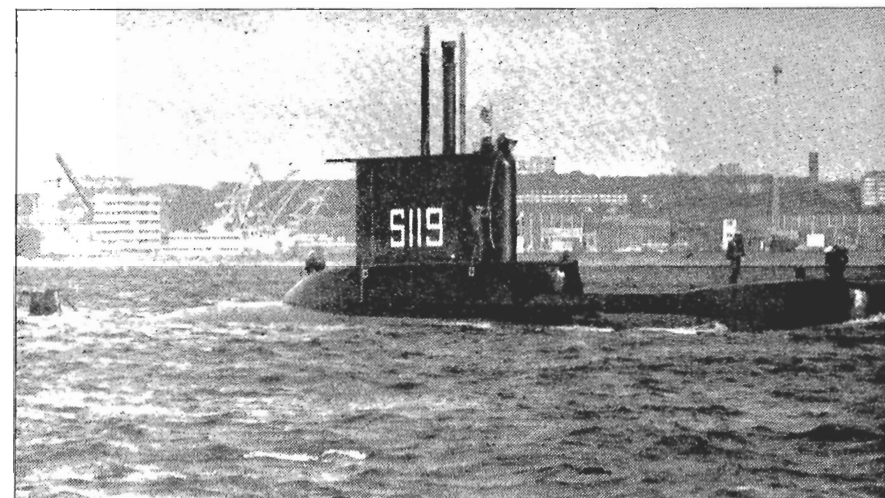
Bereits 1974 hatte Argentinien zwei U-Boote der Firma Howaldt-Werke Kiel mit je 1200 t Wasserverdrängung in Dienst genommen, deren Lieferung wiederum ein Beispiel für deutsche Exportpraktiken ist:

Da vor 1973 nach Auflagen der Westeuropäischen Union die BRD U-Boote mit höchstens 450 t Wasserverdrängung bauen durfte, wurden

die zwei U-Boote in Sektionen nach Argentinien transportiert und dort erst montiert.

Ab 1973 erteilte die Westeuropäische Union die Erlaubnis zum Bau von U-Booten mit 1800 t Wasserverdrängung--das bedeutet, daß Argentinien mit dem U-Boot in der Größenordnung von 1750 t Wasserverdrängung eine U-Boot-Klasse mit der nahezu höchsten Tonnage Wasserverdrängung erhält, die in der BRD gebaut werden darf.

Das U-Boot ist eines von sechs U-Booten, von denen die anderen fünf auf einer argentinischen Staatswerft fertiggestellt werden sollen; aus diesem Grund war mit der Lieferung gleichzeitig die Lieferung von Konstruktionsplänen und einer kompletten U-Boot-Werftausrüstung verbunden. (18)



(Deutsches U-Boot für Argentinien)

Zu den oben genannten sechs Fregatten vom Typ Meko 360 von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Thyssen Rheinstahl Technik heißt es in Forum Europa (April 1979, S. 37):

"Ohne jeden Zweifel werden die Fregatten die größten bisher aus der BRD exportierten Überwasserkampfschiffe sein." (19)

2. Schon knappe drei Jahre später machte ein anderes Rüstungsgeschäft Schlagzeilen in der deutschen Presse, an dem als Empfänger wiederum maßgeblich Argentinien beteiligt war. (20)

Im August 1980 ermittelte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gegen den Waffenkonzern Rheinmetall wegen vermuteter Beteiligung bzw. Mitwisserschaft an Exporten von Waffen des Konzerns--auch nach Argentinien--ohne daß für diese Geschäfte die gesetzlich notwendige Ausfuhrgenehmigung erteilt worden wäre.

Noch 1978 hatte das Wirtschaftsministerium Argentinien 30 Zwillingsskanonen (Kaliber 20 mm) der Firma genehmigt, über die "die Militärjunta ganz offiziell mit Rheinmetall ins Geschäft" gekommen war, wie der "Spiegel" vom 11. August 1980 zu berichten weiß. Ein Jahr später sei ein entsprechender Antrag des Konzerns über die Lieferung von 100 Kanonen auf Druck von Außenminister Genscher hin

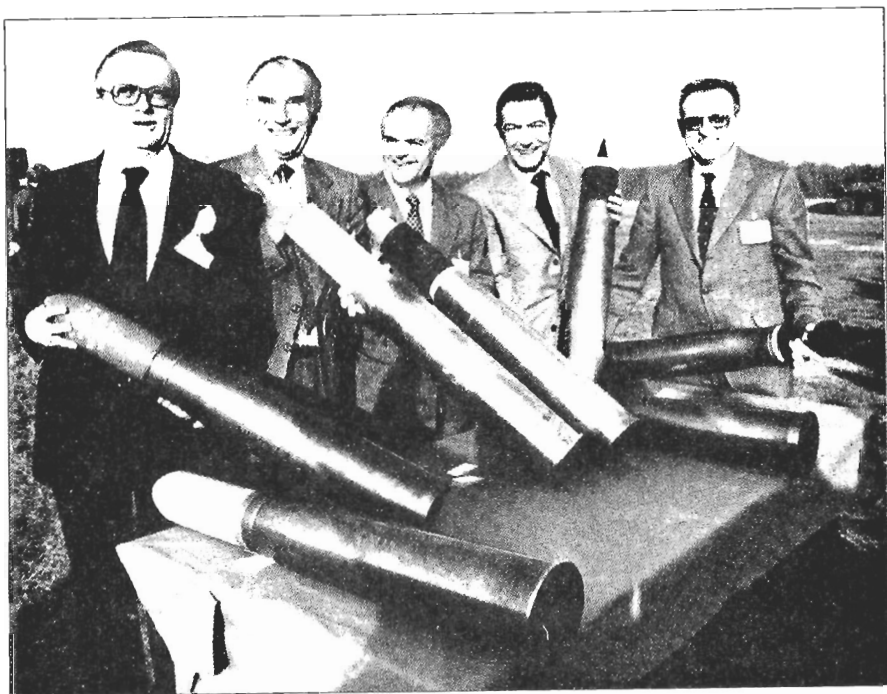
abgelehnt worden,

da "Genschers Diplomaten festgestellt hatten, daß Videlas Militärs den Einsatz der Düsseldorfer Kanonen gegen Aufständische probten."

Trotz alledem gelangten die Waffen nach Argentinien in die Hände der Junta, nachdem sie zuvor nach Spanien exportiert worden waren, welches den Endverbleib der Waffen auf spanischem Boden per Importzertifikat zusicherte.

NOCH DORT SOLLEN DIE SCHNELLFEUERKANONEN, DIE EIGENTLICH DER FLIEGERABWEHR DIENEN, VON BEAUFTRAGTEN DER MILITÄRREGIERUNG HINSICHTLICH IHRER VERWENDBARKEIT IM STRASSENKAMPF ÜBERPRÜFT WORDEN SEIN...

Die Firma Rheinmetall gab an, von dem Weiterexport der Waffen nichts gewußt zu haben.



Rheinmetall-Manager Bär, Kollegen

3. In diesem Zusammenhang sei noch der eigens von Thyssen-Henschel für die argentinischen Streitkräfte entwickelte mittelschwere 30 t-Kampfpanzer TAM (Tanque Argentino Mediano) erwähnt. (21)

Die Anforderung des mit nur 30 t verhältnismäßig leichten Kampfpanzers erfolgte der "Internationalen Wehrrevue" vom März 1977 zufolge "aus mehreren Gründen, zu denen die Tragfähigkeit der Mehrzahl der argentinischen Brücken, der Transport mit handelsüblichen Schwerlasttransportern und sicher auch die Beschaffungs- und Unterhaltskosten gehören,...".

Es muß befürchtet werden, daß der letztlich ausschlaggebende Grund ähnlich wie schon im Fall der Rheinmetall-Schnellfeuerkanonen, die Verwendbarkeit des leichten Panzers im Kampf gegen "Aufständische" im Inneren des eigenen Landes ist...

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... , sind verfassungswidrig ... " mahnt das Grundgesetz Artikel 26.

Genügt die Abwesenheit von Krieg zwischen einem Land und seinen Nachbarn, um über diesem schein-friedlichen Zusammenleben der Völker das Recht eines Volkes auf Frieden innerhalb seiner Grenzen stillschweigend zu übergehen, ja nicht nur das, sondern durch die Lieferung von Waffen Beihilfe dabei zu leisten, dieses Recht mit den Füßen zu treten?

Die Menschenrechtsverletzungen sind davon wohl der deutlichste Ausdruck, aber gewißlich nicht der einzige.

Denn schließlich trifft auch für Argentinien zu, was immer deutlicher für die Länder der Dritten Welt insgesamt festgestellt werden kann (22):

Eine steigende Militarisierung "in einer Zeit der fortwährenden Entwicklungskrise" in diesen Ländern. Die wirtschaftliche Belastung, die sich durch die hohen Militärausgaben ergibt, blockiert notwendige Ausgaben in anderen Bereichen des gesellschaftlichen und sozialen Lebens, wie etwa Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen oder selbst "die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des Grundbedarfs wie Nahrung, Wasser". (23) Weiterhin ist zu vermuten, daß in vielen Ländern auch schon zu Friedenszeiten ein Teil des lebensnotwendigen Minimums des (Pro-Kopf-)Bruttosozialprodukts "für andere Zwecke, also auch für Militärausgaben" genutzt wird.

Für Argentinien müßten diese Angaben sicherlich noch geprüft werden, in ihrer Tendenz dürften sie jedoch auch dort zutreffend sein. Einige grobe Beispiele mögen in diese Richtung weisen:

"Hinter dem Erzrivalen Brasilien ist die argentinische Armee die zweitstärkste Lateinamerikas. Sie verschlingt jährlich über eine Milliarde US-Dollar, das sind 22% des Staatshaushaltes (1976)."(24)

In dem gleichen Jahr der Machtübernahme der argentinischen Militärs sanken die Ausgaben für öffentliche Erziehung im Vergleich zu den Vorjahren 1969 bis 1975 zum ersten Mal unter die Militärausgaben:

Jahr	Militärausgaben in Mio. Dollar	Ausgaben für öffentliche Erziehung in Mio.Dollar
1969	738	1150 c
1970	722	1156 c
1971	606	1384
1972	576	1095
1973	677	1117
1974	852	1405
1975	1127	1304
1976	1144	714 c

Quelle:
U.S. ACDA, "World Military Expenditures and Arms Transfers", 1969 bis 1978, Tabelle I, S. 23

(c=nach Angaben des jeweiligen argentinischen Ministeriums--die Zahlen liegen also wahrscheinlich niedriger.)

Der Anteil der Waffenimporte an den Gesamtimporten stieg von 0,7% des Vorjahres 1975 auf 1,6% 1976 und machte 1978 nochmals einen großen Sprung nach oben von 0,9% 1977 auf 5,1% 1978.

Auch für die gesamten Militärausgaben war in diesem Jahr ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen von 1026 Mio. Dollar 1977 auf 1459 Mio. Dollar 1978 (25)--das Jahr, in dem Argentinien Gastgeberland der Fußball-Weltmeisterschaft war.

An dieser Stelle sei auch an die Bedenken erinnert, die 1977 das Finanz-, das Wirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt gegen die Übernahme einer Bundesbürgschaft für die U-Boot-Lieferung nach Argentinien äußerten:

Man bezweifelte, daß das Land für dieses Geschäft finanzkräftig genug sei ...

Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen und der politischen Unterdrückung in Argentinien finden deutsche Waffenlieferungen in dieses lateinamerikanische Land statt. Sie werden dadurch auch zu einer eindeutigen Aussage über unser eigenes Land und bezeugen nur wie sehr die deutsche Vergangenheit in Vergessenheit geraten ist.

Bemerkung von Norbert Gansel, MdB, in der Dokumentation der Frankfurter Rundschau vom 22. April 1981:

"So argumentierte der Vizepräsident des EG-Parlaments, der Sozialdemokrat Bruno Friedrich: Aus Sicherheitsinteressen müsse sich im Rahmen der Nah-Ost-Initiative der EG neben Frankreich und Großbritannien auch die Bundesrepublik durch Waffenlieferungen an Sicherheitsbemühungen beteiligen, wenn sie nicht für alle Zeiten als 'ewiger Verlierer des Zweiten Weltkriegs' gegenüber Frankreich und Großbritannien ein Land minderen politischen Ranges in der Außenpolitik bleiben solle.
--Dieses Zitat macht deutlich, daß Deutschland ein schwieriges Vaterland bleiben wird."

Anmerkungen

- (1) SIPRI Yearbook, 1979, London 1979, S. 44
- (2) Entnommen aus: Michael Brzoska/Herbert Wulf, "Offensive im Rüstungsexport", in: Studiengruppe Militärpolitik, "Auf-rüsten, um abzurüsten?", Hamburg, September 1980
- (3) Entnommen aus: Karsten D. Voigt, "Tabellarische Übersicht über Rüstungsexporte und Rüstungsausgaben", in: Forum Europa Heft 1/2 April 1979, S. 24
- (4) US Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), "World Military

- Expenditures and Arms Transfers", 1969-1978, Washington 1980. Die Angaben des ACDA liegen gewöhnlich unter dem Wert der tatsächlichen Rüstungsexporte: vergl. Brzoska/Wulf, S. 310, Anm. 4
- (5) Die vorangehenden Informationen über die gesetzlichen Regelungen sind entnommen aus: Albrecht/Lock/Wulf, "Rechtliche Grundlagen des Exports von Rüstungswaren", in: Forum Europa, April 1979, S. 14-16
 - (6) u. a. in: Die Welt, Ausgabe vom 6. 3. 1979
 - (7) vergl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12. 12. 1978; Frankfurter Rundschau (FR), 23. 10. 1978
 - (8) Zum Vorangehenden vergl.: Brzoska/Wulf a.a.O., S. 273-276; Forum Europa April 1979, S. 28, Udo Mathes, "Odyssee 2000" Vorwärts, 15. 12. 1977
 - (9) Sigrid Fronius, "Nicht besiegt und noch nicht Sieger", Berlin 1977, S. 25-27
 - (10) Zum Folgenden vergl. u.a. Der Spiegel, Nr. 14 April 1979, S. 70
 - (11) Fußball und Folter, Dokumentation, FDCL, Berlin West 1978, S. 32 ff
 - (12) vergl. Brzoska/Wulf a.a.O., Tabelle S. 265-268
 - (13) Zum Folgenden vergl.: FR, 1. 12. 1977 und 29. 11. 1977
 - (14) FR, 1. 12. 1977; Handelsblatt, 16. 12. 1977
 - (15) siehe Anm. (15)
 - (16) Handelsblatt, 16. 12. 1977; Hans Walden, "Der Kriegsschiffexport aus der Bundesrepublik", in: Forum Europa April 1979, S. 39
 - (17) Zum Vorangehenden vergl.: Hans Walden, "Kriegsschiffexport", a.a.O., S. 34; Brzoska/Wulf, a.a.O., S. 268
 - (18) Hans Walden, "Kriegsschiffexport", a.a.O., S. 37
 - (19) Zum Folgenden vergl.: Der Spiegel, 11. 8. 1980; FR, 6. 8. 1980; Süddeutsche Zeitung (SZ), 6. 8. 1980; Rheinischer Merkur, 22. 8. 1980; Die Neue, 9. 8. 1980
 - (20) Internationale Wehrrevue, 3/1977. Die Internationale Wehrrevue ist eine in Genf, Schweiz, erscheinende Zeitschrift, die aus militärtechnischer und rüstungswirtschaftlicher Sicht erstellt wird. / Brzoska/Wulf, a.a.O., S. 276
 - (21) Die folgenden Zitate und Grundinformationen entnommen aus: M.Brzoska, "Waffen in die Dritte Welt", in: Der Überblick, 1/1981 (März), S. 2
 - (22) siehe Anm. (22)
 - (23) Fußball und Folter, S. 59
 - (24) ACDA (vergl. Anm. 4), 1969-1978

AG RÜSTUNGSEXPORTE

Vor wenigen Wochen hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit Rüstungsexporten nach Lateinamerika beschäftigt. Wir sind zur Zeit in erster Linie damit befaßt, Basisinformationen zu diesem Thema zu sammeln.

Wer uns helfen will, kann das tun, indem er uns entweder Kontakte vermittelt, über die wir Material beziehen können, oder selbst Informationen schickt.

Unsere Adresse: AG Rüstungsexporte, c/o FDCL, Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030 / 313 50 65

KUBA

Interview

Auszüge des Interviews von der chilenischen Journalistin Marta Harneker mit Carlos Rafael Rodriguez, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei, Vize-Präsident des Staatsrates und Präsident des Ministerrates in Kuba im Dezember 1980.

Wie kann man erklären, daß nach 21 Jahren Revolution hunderttausende von Menschen das Land verlassen wollen? Glauben Sie nicht, daß der Begriff "Asoziale" zu enggefaßt ist, um eine derart heterogene Gruppe von Menschen zu beschreiben?

Einhunderttausend Menschen repräsentieren etwas mehr als 1 Prozent der kubanischen Bevölkerung. Somit klingt die Charakterisierung dieses Exodus als Zusammenbruch der kubanischen Revolution und Bankrott der "castristischen Hoffnungen" – so geschehen durch einige ausländische Massenmedienkreise – etwas lächerlich. Wir haben niemals behauptet, die aktive Unterstützung von hundert Prozent der Bevölkerung dieses Landes zu haben.

Die internationale Presse mußte die vernichtende Realität der Aufmärsche im April und Mai 1980 zugeben, den "Marsch der kämpfenden Menschen". Die Mobilisierungen in Havanna überschritten, bei mindestens drei unterschiedlichen Gelegenheiten, die Beteiligung von einer Million Männer, Frauen und Kinder, die mit solchem Enthusiasmus und solcher Freude durch die Straßen marschierten, so daß niemand dies in Frage stellen kann. Und nach Aufrufen in den größeren Städten der Insel beteiligten sich mehr als sechs Millionen, das heißt, fast alle Einwohner der städtischen Gebiete gingen auf die Straße. Dies ist ein Aspekt der Angelegenheit. Aber ich verstehe, daß die Frage bleibt – warum wollten so viele Menschen das Land verlassen.

Ja, und vor allem ist es für viele erstaunlich, daß die meisten die gingen, junge Menschen unter dreißig Jahren waren; das heißt, von einer Generation, die das kapitalistische System nicht kennen und die im Gegenteil alle Vorteile der Revolution genossen haben: Erziehung, Gesundheitsversorgung, kostenlose Erholungsmöglichkeiten, etc. Wie läßt sich das erklären?

Zuallererst müssen Sie verstehen, daß die relative Größe dieser Gruppe so auffallend war, weil mehr als 100.000 Einwohner plötzlich das Land in wenigen Tagen verließen. Aber man darf nicht vergessen, daß aufgrund der spezifischen Situation der kubanischen Revolution der Migrationsfluß, der in anderen Ländern kontinuierlich besitzt, hier während vieler Jahre unterbrochen war. Das heißt, es existierte hier etwas, was wir den "angestauten Druck" nennen könnten. Es reicht aus darauf hinzuweisen, daß in den letzten zehn Jahren, während derer Kubaner nicht in die Vereinigten Staaten reisen konnten, 120.000 Menschen aus der Dominikanischen Republik dorthin auswanderten. Trotzdem muß man Klarheit darüber haben wer ging. Wie schon gesagt, ist dieser Migrationsfluß unterschiedlich zu dem was in den ersten Jahren der Revolution passierte. Viele, Freunde eingeschlossen, stellten den Begriff "Asoziale" in Frage, der spontan zwischen den Leuten entstanden war, um jene zu charakterisieren, die während dieser Tage im Jahr 1980 das Land verließen.

Die Massen beschrieben diese Menschen so, weil sie ihre charakteristischsten Elemente in Betracht zogen.

Wir verleugnen nicht, daß es möglich ist, daß unter den 120.000 die gingen, 30.000 sind, denen man kein asoziales Verhalten nachsagen kann. Tatsächlich sind dies Menschen, die hauptsächlich aus gefühlsmäßigen Gründen, um zu Verwandten zu gehen, die das Land vor ihnen verlassen hatten, das Land verlassen haben. Aber wenn Sie die Masse der kürzlichen Emigration analysieren, versichere ich Ihnen, daß Sie den Begriff "asozial" absolut gerechtfertigt finden werden. Die Vorfälle in Peru und Costa Rica, die sich auch in den Militärcamps der Vereinigten Staaten fortsetzten, erzählen uns eine Menge über das moralische Kalibrieren derjenigen, die sich dort ansammelten. Andererseits glaube ich, hatten Sie die Möglichkeit, die in der peruanischen Botschaft und in Mariel aufgenommenen Dokumentarfilme anzusehen, und die dort mit größten Zynismus und manchmal größter Offenheit formulierten Erklärungen anzuhören. Sie zeigten sehr klar die allgemeine Marginalität derer, die das Land in diesen Tagen verließen.

Aber warum diese Marginalität?

Die Revolution hat es erklärt. Auf der einen Seite Fidel, auf der anderen Seite die Ausgaben von Gramma hoben hervor, daß wir immer noch ein unterentwickeltes Land sind, und daß Unterentwicklung immer das Phänomen der Marginalität hervorbringt, obwohl in Kuba hiervon nur eine Minderheit der Bevölkerung betroffen ist. Wir können nicht vergessen, daß der Aufbau des Sozialismus während einer langen Periode Opfer erfordert. Und es ist nicht so, daß es den Leuten jetzt schlechter geht als vorher. Sie wissen sehr gut, daß das für die immense Mehrheit der Menschen unseres Landes nicht der Fall ist. Aber es ist wahr, daß die Menschen noch nicht den Lebensstandard haben den sie und auch wir anstreben. Wir sind immer noch gezwungen höheren Konsumstandard zu opfern, um für die wirtschaftliche Entwicklung benötigte Fonds zu akkumulieren. Ich leugne nicht, daß die Revolution viel fordert – und zwar auf freiwilliger Basis, aber mit dem moralischen Zwang, der durch den Druck der Massen bestimmt ist – gerade von den Menschen, die lieber weniger täten. Z. B. "Landstreicherei", die Entscheidung nicht zu arbeiten, was in kapitalistischen Gesellschaften nicht bekämpft wird, weil es Beschäftigungsprobleme erleichtert, ist ein von dieser Gesellschaft abgelehntes Phänomen. Unsere Unterentwicklung fördert noch Probleme wie z. B. Menschen ohne das notwendige Bewußtsein, um ihre sozialen Verpflichtungen zu verstehen und auch zu erfüllen; Leute, die es vorziehen, ihr Einkommen durch kleine illegale Geschäfte, durch Glückspiel oder Diebstahl zu erwerben. Es wäre utopisch zu glauben, daß ein junger Sozialismus wie unserer, der schwerwiegende wirtschaftliche Hürden überwinden muß, frei von solchen Problemen wäre.

Was Kinder und junge Leute betrifft, so haben sie alle Zugang zur Grund- und weiterführenden Schule. Einige Kinder jedoch, die während der Revolution aufgewachsen sind, sind aus der Schule abgegangen. Wir bemühen uns außerordentlich, sie wieder in das System zu integrieren und sie in technische Schulen oder polytechnische Institute, die extra zu diesem Zweck geschaffen wurden, einzugliedern. Aber es war nicht zu vermeiden, daß sich 1 oder 2 Prozent in ihrer frühen Jugend ihren sozialen Verpflichtungen entzogen und begannen abseits der Gesellschaft zu stehen. Daher ist es nicht erstaunlich, daß sich im Laufe von 10 oder 15 Jahren, während eineinhalb oder zwei Millionen junge Leute bewußte

Teile der Gesellschaft wurden, fünf oder zehntausend jedes Jahr der Gesellschaft entzogen und asozialen Aktivitäten nachgingen.

Außerdem ist es gut, sich des Phänomens zu erinnern, das manchmal vergessen wird: Die alte Gesellschaft, die diese Marginalität in großen Proportionen hervorgebracht hat, hat unserer Gesellschaft gewisse soziale Gruppen zurückgelassen, die vollständig durchsetzt von dieser Marginalität sind, Produkt der Unwissenheit, Zurückgebliebenheit und der Not. Der kubanische Film "De cierta manera" hat versucht die Probleme, die in der neuen Gesellschaft durch das Angleichen dieser Gruppen entstehen, aufzuzeigen. Wir sind zufrieden, daß wir die große Mehrheit der marginalisierten Gruppen der alten Gesellschaft aufgesogen haben und in Kuba beseitigt haben, was Oscar Lewis in anderen Ländern Lateinamerikas und auch hier in Kuba studiert hat, das was er die "Kultur der Armut" nennt. Aber es war nicht möglich es komplett zu überwinden. Es gibt hier noch immer soziale Gruppen, die aus der Vergangenheit kommen und die wir als definitiv marginal bezeichnen können. Deshalb gibt es Fälle, die wir während der Emigration gesehen haben, von ganzen Familien mit kriminellen Hintergrund. Unsere Gesellschaft macht Anstrengungen, um die jungen Leute dieser Familien zu retten und sie rettet manche von ihnen, aber andere sind nicht resozialisierbar.

Das, was ich Ihnen erklärt habe, erklärt unserer Meinung nach die Situation, die einige Tausend unserer Einwohner motiviert, sich im Ausland niederzulassen und einen gewissen Widerspruch zu unserer Gesellschaft zu haben. Dazu müssen Sie die Propaganda und den Anreiz der imperialistischen Presse zufügen, die schädigenden Auswirkungen der Filme, die die Tendenz haben die USA fälschlicherweise als Land des Überflusses darzustellen, und die in den letzten Jahren auch noch ein anderes anziehendes Bild für die *Asozialen* hervorgebracht haben: Die Produktivität sozialer Gewalt. Man kann verstehen, daß trotz der enormen kulturellen Umwandlungen es junge Leute gibt, denen kulturelle und politische Vorbereitung fehlt und die aufgrund ihrer eigenen Marginalität in den USA das Paradies für ihre separatistischen Tendenzen sehen oder die nur "gut leben" wollen ohne jegliche Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber. Man muß hervorheben, wie auch bewiesen wurde, daß die meisten dieser antisozialen Sektoren nicht nur einfach Kuba verlassen wollten, sie wollten nicht nach Peru oder Kolumbien; sie wollten in die USA. Sie suchen einen Weg in der turbulenten amerikanischen Gesellschaft, die Eigenschaften auszuüben, die die kubanische Gesellschaft, die im Prozess des Aufbaus des Sozialismus steht, völlig zurückweist.

Können Sie erklären, warum die kubanische Regierung, Beispiel einer wahren Demokratie in vielen Aspekten, für kubanische Bürger in bezug auf Auslandsreisen eine derart restriktive Politik verfolgt und warum sie im letzten Jahrzehnt die Emigration beschränkt hat?

Sie sprechen über "ins Ausland reisen". Wir würden es begrüßen, wenn es für unsere Bürger möglich wäre, ihr Recht und ihren Wunsch in andere Länder zu fahren, zu verwirklichen. Wir versuchen auch, den Tourismus durch Methoden, die für uns möglich sind, zu erleichtern, so z. B. Tourismus in sozialistische Länder, zu denen wir weniger gespannte wirtschaftliche Beziehungen haben. Wir haben auch einige Übereinkünfte bezügl. des Tourismus mit einigen befreundeten Ländern getroffen, die die kubanische Währung akzeptieren, wie Mexiko, wo es möglich war Verträge abzuschließen, die einen gegenseitigen Nutzen des Tourismus in beide Richtungen

erlauben. Aber unsere wirtschaftlichen Bedingungen erlauben es nicht einfach, die "Freiheit ins Ausland zu reisen" einzuführen. Wir müssen alle Devisen für die wirtschaftliche Entwicklung sparen. Unser Einkommen an Devisen ist hauptsächlich auf den Export von Zucker begrenzt, der, wie Sie wissen, durch fallende Preise in den letzten Jahren betroffen wurde. Diese Situation hat sich 1980 verbessert. Aber trotz aller dieser materiellen Verbesserungen, die Beträge, die benötigt werden, um die kollektiven Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und um zu investieren müssen notwendigerweise aus dem Bereich der Devisen kommen. Dies macht es unmöglich, freien Tourismus einzuführen.

Nicht nur Kuba sieht sich diesem Problem gegenüber - Dutzende von Ländern haben Beschränkungen für den Wechsel ihrer Währungen eingeführt und folglich für das, was man Reisefreiheit bezeichnen könnte. Aber die Zahl derer in Kuba, die die Vorteile der begrenzten Möglichkeiten für Touristenreisen nutzen können, wird größer. Und, wie bei einigen haltbaren Konsumgütern, wird natürlich das soziale Verhalten, bei der Entscheidung die Gelegenheit zum Reisen zu geben, in Betracht gezogen.

Aber wenn es sich bei dem Problem um die Währung handelt, wie kann es erklärt werden, daß die Menschen, die Verwandte in anderen Ländern haben, auch keine Erlaubnis erhalten zu reisen, selbst wenn die Verwandten die Reise bezahlen könnten?

Ich bitte Sie, mehr darüber nachzudenken. Glauben Sie, es wäre angemessen, in einer Gesellschaft wie der unseren, die auf Verhalten und Anregungen von Erfolgen beruht, daß das Recht in Devisenländer zu reisen dadurch bestimmt würde, daß einige Verwandte eher die Möglichkeit haben, Tickets für ihre Familienmitglieder in Kuba zu schicken? Dies würde den Rest der Einwohner verletzen. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß wir seit vielen Jahren Fälle aus humanitären Gründen lösen; z. B. wenn ältere Menschen, die mit einigen ihrer Kinder Kuba verlassen mussten, ernsthaft krank werden, haben wir den Besuch ihrer direkten Verwandten in Kuba, andere Kinder, Schwestern und Brüder systematisch gestattet, ich wiederhole, immer rein humanitäre Gründe berücksichtigend. Wir haben dies getan und werden damit fortfahren. Aber so lange unser Land einer Blockade unterliegt, werden wir das Geld, was wir durch unsere Exporte erhalten, sparen müssen zum allgemeinen Nutzen der Bevölkerung. Wir haben keine Recht es zu vergeuden oder Privilegien einzuführen, die von den Menschen zurückgewiesen würden.

Während der ersten Jahre der Revolution - und vielleicht nicht nur damals sondern während langer Zeit - glaubte man, daß in Kuba Arbeitskräfte gebraucht werden. Die großen Kampagnen für freiwillige Überstunden und die wichtigen Anstrengungen, Frauen in den Arbeitsprozess zu integrieren, schienen mit dieser Annahme zusammenzuhängen. Nachdem jedoch jetzt nach und nach die Rationalisierungsmaßnahmen für materielle und menschliche Ressourcen, die als neues wirtschaftliches Planungs- und Führungssystem von dem Ersten Parteikongress gefördert wurden, angewandt wurden, entstand ein Arbeitskräfteüberschuß, d. h. Arbeitslosigkeit. Wie kann man dieses Phänomen erklären? Was ist vorhersehbar? Wie plant die revolutionäre Führung das Problem des Arbeitskräfteüberschusses zu lösen?

Während der ersten Jahre der Revolution, als die Anstrengungen den Sozialismus aufzubauen gerade begannen, und besonders als die große Umwandlung der kubanischen Landwirtschaft vorgenommen wurde, passierten mehrere Dinge zugleich. Erstens, die Zahl der kubanischen Bevölkerung belief sich auf zwischen 7.300.000 und 7.500.000 Einwohner und die Zahl der Arbeiter war geringer als sie jetzt ist. Zweitens, es gab hauptsächlich nicht ausgebildete Arbeitskräfte mit einem sehr niedrigen Produktionsniveau. Drittens, der Grad der Mechanisierung der Landwirtschaft war noch unbedeutend, besonders in der Zuckerproduktion, die wie Sie wissen, während der Saison den größten Teil der Arbeitskräfte absorbiert. Zudem gab es noch einen zusätzlichen Faktor, der sich durch unsere Unerfahrenheit und Unterentwicklung erklären läßt. Ich beziehe mich auf die schlechte Führung bei der Nutzung der Arbeitskräfte.

Alle diesen Faktoren zusammen bestimmten die Nutzung eines zahlenmäßig großen Arbeitskräftepotentials, besonders in der Landwirtschaft. Sie dürfen nicht vergessen, daß, als wir das Problem von Beschäftigung in unterentwickelten Ökonomien studierten, das was man "Unterbeschäftigung" nennt zu Tage kam, d. h. Millionen von Landarbeitern, die für einen ganz geringen Lohn arbeiten, um zu überleben. Unsere staatliche Landwirtschaft hatte während der ersten Jahre der Revolution eine "versteckte Arbeitslosigkeit" anderer Natur aufgrund der fehlenden Mechanisierung und der niedrigen Produktivität. Selbst in den letzten Jahren brauchten wir, um eine 5 1/2 bis 6 Millionen Tonnen Zuckerernte zu erreichen, nicht weniger als 370.000 Arbeiter während der Hauptsaison auf den Plantagen. Dies zwang uns, wie Sie sich erinnern, eine große Volksmobilisierung durchzuführen, was wiederum eine Unterbrechung in dem industriellen Sektor bedeutete. Dies wiederum brachte niedrige Produktivität und eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften hervor. Während dieser Zeit gab es eine große Verschwendung von Arbeitskraft. Wir müssen anerkennen, daß die außerordentlichen Anstrengungen unseres Volkes nicht immer angemessen genutzt wurden. Das verleugnet jedoch nicht den großen wirtschaftlichen Nutzen dieser Anstrengungen und ihren erzieherischen Wert. Die Entwicklung der Revolution beseitigte nach und nach fast alle diese Faktoren. Zuerst haben wir die Mechanisierung des Schneidens und Ladens des Zuckerrohrs erreicht. Das hat den Arbeitskraftbedarf erheblich gesenkt. Danach begannen wir die gesamte Zuckerernte durch Einführung von Zuckerrohr-Erntemaschinen zu mechanisieren. Jedes Jahr bedeutet ein Fortschritt im Vergleich zum vergangenen und die Zuckerernte von 1979-80 war zu 45 Prozent mechanisiert. Das bestimmt ein zweites Phänomen, das die Produktivität erhöht: Wenn die Zahl der freiwilligen Arbeiten in der Zuckerrohrernte reduziert werden kann,

benötigt man die Arbeiter mit geringerer Arbeitsleistung nicht; somit erhöht man die pro-Kopf-Arbeitsleistung dorer die zur Ernte gehen und verringert den Arbeitskraftbedarf. Die Einführung der Mechanisierung bei der Anpflanzung von Zuckerrohr, Bewässerung und die Anwendung von Pestiziden und Herbiziden reduzierten den Bedarf an Handarbeit ebenfalls, die hauptsächlich während der Saison gebraucht wird. Dies bedeutet, wie General Fidel während seiner wichtigen Rede am Ende des "Zuckerarbeiter-Kongress in Kuba" angab, daß die Anzahl der Arbeiter die sich an der Zuckerrohrernte beteiligen auf 190.000 reduziert werden konnten.

Wir haben auch mit der Modernisierung auf dem Bauktor in unserem Land Erfahrung gesammelt. Die Einführung von Fertigungsunternehmen hat die pro-Kopf-Arbeitsleistung der Arbeiter erhöht und die Nachfrage nach Arbeitskraft reduziert. In der verarbeitenden Industrie hat die Einführung von neuester Technologie ähnliche Resultate erzielt.

Ich schlage vor, Sie besuchen die Textilfabrik von Villa Clara, die modernste die wir haben, und Sie werden sehen, daß das Produktionsniveau vergleichbar mit dem der fortgeschrittensten Länder ist. Zusätzlich zu der Effizienz, die durch Einsatz von Maschinen erreicht wird, führen wir gleichzeitig wirksamere und modernere Systeme der Arbeitsorganisation ein. Wie Sie sagten, ist die Einführung des neuen "Wirtschafts-Planungs und Führungs Systems und die Anwendung der Verträge des 13. Arbeiter Kongresses und des Ersten Kongresses der Kommunistischen Partei, um die Löhne der Produktivität anzupassen, ein wichtiges Element. Obwohl die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter ansteigen wird, obwohl alle zehn Jahre Tausende vor Arbeitern in die Produktion integriert werden, ist die Wachstumsrate dieser Nachfrage verglichen mit dem Zeitraum der ersten Jahre der Revolution relativ geringer, als Folge der gestiegenen Produktivität. Zur gleichen Zeit gab es einen umgekehrten Trend bei der Versorgung. Wenn Sie z. B. die Geburtenrate in unserem Land untersuchen, so gab es bei Beginn der Revolution geradezu eine Explosion. Der plötzliche Anstieg des Lebensstandards der Bevölkerung, die Schaffung neuer sozialer Bedingungen, die Einführung des kostenlosen Gesundheitswesens und die Verbesserung des Erziehungssystems, das die Ausbildung aller Kinder garantierte, erhöhte zuerst die Anzahl der Eheschließungen. Es gab einen Anstieg der Geburtenrate, die in den Jahren 1963 und 1964 vier Prozent erreichte. Dies war ein vorübergehendes Phänomen, was als Folge der Entwicklung von selbst zurückging. In unserem Land haben wir heute eine Geburtenrate von weniger als 1 Prozent erreicht, was uns gegenwärtig keine Sorgen bereitet. Die Tatsache, daß während der ersten Jahre der Revolution eine "demographische Explosion" stattfand, erklärt, daß wir nun - 20 Jahre später - die Jugend, die seinerzeit geboren wurde, in die Produktion eingliedern. Dies bringt einen außerordentlichen Arbeitskraftschub zu einem Zeitpunkt hervor, in dem wir, aus vorher schon erklärten Gründen, gezwungen sind, den Investitionsprozess zu reduzieren, um ihn verbessern zu können und ihn unseren finanziellen Möglichkeiten anzupassen. Die endgültige Lösung für dieses Problem - das sicher noch einige Jahre anhalten wird, aber nach 1985 sich ändern wird - kann nichts anderes sein als unser eigener Entwicklungsprozess. Es gibt jedoch noch einige Faktoren, die nicht von der Entwicklung unserer Wirtschaft abhängen, sondern von der Entwicklung unserer Revolution, die helfen wird die Auswirkungen des Arbeitskräfteüberschusses zu lindern. Ich beziehe mich auf die Möglichkeit, kubanische Arbeitskräfte im Ausland anzubieten oder unsere technischen Dienstleistungen den

Ländern zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen. Momentan haben wir über 15.000 Freiwillige im Ausland. Einige stellen einen kostenlosen Beitrag unseres Landes für die Entwicklung von befreundeten Ländern, die sich noch in einem nicht so entwickelten Stadium des Produktionsprozesses befinden. Es ist schon sichtbar, daß Kuba möglicherweise Länder, die technisch ausgebildete Arbeitskräfte benötigen, gegen Entgelt unterstützt, in dem es die Arbeitskraft, die von der Revolution produziert wurde und manchmal nicht eingesetzt werden kann, anbietet. Es gibt kubanische Ärzte und medizinisches Personal in Algerien, Libyen und Irak, diese Länder bieten Dienste an, die für Kuba sinnvoll und notwendig sind, aber dort stellt der kubanische Einsatz eine Notwendigkeit dar, da die Anzahl der Ärzte, die sie ausbilden konnten, weitaus geringer ist, als es den Minimalanforderungen ihrer Gesellschaften entspräche. Außerdem gibt es einige Tausend Bauarbeiter in diesen Ländern und in Angola. Die Anzahl der Jobs, die durch diese wirtschaftliche

Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden können, ist zum gegenseitigen Nutzen der beteiligten Länder und die Anzahl kann größer werden.

Außerdem gibt es die Möglichkeit junge Leute in sozialistischen Ländern, die in der Entwicklung weiter sind als wir, einzusetzen.

Wir haben Übereinkünfte mit der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei, um sie mit Arbeitskräften zu versorgen, die in der Produktion eingesetzt werden. Dies wird auch mit Ungarn und anderen Ländern diskutiert. Diese jungen Leute erhalten nicht nur ihren entsprechenden Lohn, sondern sie verbessern ihre Ausbildung und erhalten einen Einblick in die Tradition von fortschrittlicher Industriearbeit, die es in unserem Land nicht gibt. Bezüglich sozialistischer Volkswirtschaften möchte ich etwas erwähnen, über was Genosse Fidel Castro gesprochen hat; die Möglichkeit, daß einige Tausend junger Kubaner in den sowjetischen Wäldern von Sibirien arbeiten werden, um unser Land mit dem, für die steigenden Investitionen, notwendigen Holz zu versorgen. Dies sind verschiedene Wege um den Arbeitskraftüberschuß in den kommenden Jahren abzubauen, der durch den Geburtenüberschuß entstanden ist. Aber ich wiederhole, daß die Lösung des Problems nur durch die Entwicklung des Landes gefunden werden kann, und wir müssen uns mit allen Anstrengungen und Opfern auf dieses Ziel konzentrieren.

Fidel stellte fest, daß eine der Sünden der Revolution sei, mehr ~~zu~~ zu wollen als das, was realisierbar sei. Könnten Sie einige dieser Projekte, die voller Idealismus waren und hinterher unterbleiben mußten oder für lange Zeit verschoben werden mußten, darstellen?

Ich glaube, daß wir, wenn wir über diese Aussagen von Fidel reden, zwei Perspektiven im Auge behalten sollten, weil sich Fidel auf einige Probleme bezieht, die man unter ideologischem und sozialem Gesichtspunkt betrachten kann und solche die durch die wirtschaftliche Entwicklung entstehen.

Auf dem Ersten Parteikongress z. B., übte Fidel profunde Selbstkritik - und ich beziehe mich nicht auf Selbstkritik im persönlichen Bereich, weil es ein allgemeines Phänomen ist, das alle revolutionären Führer betrifft - in bezug auf das, was wir "Idealismus" nennen. Der wesentliche Fehler dieses Idealismus war, den subjektiven Faktor - der zweifellos beeindruckend war - zu überschätzen, nämlich die Begeisterung und der Wille zu arbeiten von seiten unseres Volkes; zu glauben, dies sei genug, um die "bürgerlichen" Begrenzungen zu überwinden, die Marx als unvermeidlich für den beginnenden Prozess des Aufbaus des Sozialismus in der ersten Phase beschrieben hat. Deshalb warfen wir für einige Zeit die Prinzipien der sozialistischen Distribution über Bord, was, wie Marx hervorhebt, zur Folge hat, daß niemand etwas entsprechend seinen Bedürfnissen erhält, sondern entsprechend seiner Arbeit. Wir glaubten, es wäre möglich Kommunismus zu erreichen, ohne die Phase des Sozialismus zu durchlaufen. Wir führten die noble Aufgabe durch, den "neuen Menschen" vor der "neuen Gesellschaft" zu schaffen, die die einzige Möglichkeit ist, die garantieren kann, daß der "neue Mensch" in der Gesamtheit existiert und nicht nur Ausdruck einer Ausnahme ist.

1970 wurde begonnen alles dies richtigzustellen, und es wurde gründlich in dem vorbereitenden Prozess des Ersten Kongresses analysiert und durch das Wirtschaftliche Plan- und Führungssystem endgültig beseitigt, was in systematischer Weise die Prinzipien der ökonomischen Kalkulation einführt. Aber neben diesem fundamentalen Fehler, der alles andere beeinflusste, gab es ein zweites, der in der Überschätzung der Möglichkeiten durch den Enthusiasmus und den Willen der Massen lag, und sich in unseren Produktionsplänen widerspiegelte. Ich möchte sagen, daß ich überzeugt bin, daß die kubanische Revolution keinen einzigen strategischen Fehler begangen hat. Ich glaube nicht, daß wir in unserer Konzeption, was die Grundorientierung der Wirtschaft betrifft, falsche Ziele oder Prioritäten gesetzt haben, die berichtigt werden müßten. Im Gegenteil, ich bin sicher, daß die Entscheidungen aus dem Jahr 1963 im wesentlichen richtig waren: Priorität bei der landwirtschaftlichen Produktion und der Lagerhaltung sowie der Entwicklung der Infrastruktur zu setzen, um die Kapazität für den Zuckerexport zu erhöhen und uns langsam und sorgfältig auf die Industrialisierungsphase ab 1975 vorzubereiten, die jetzt intensiviert wird. Aber auch hier haben wir unsere Kapazität überschätzt. Z. B. zu glauben, daß die Mechanisierung der Zuckerrohrernte in kurzer Zeit durchgeführt werden könnte und daß die Umwandlung der zuckerrohrorientierten Landwirtschaft und der Zuckerindustrie leicht fallen würde, wir setzten das Ziel einer 10-Millionen-Tonnen Zuckerernte für das Jahr 1970, was nicht möglich war. In der gleichen Weise glaubten wir, daß die außerordentlich Umwandlung der Rinderzucht, die durch die Revolution erreicht wurde und ein wichtiges Beispiel für Fortschritt in entwickelten Ländern ist, kurzfristig zu einem Produktionsniveau führen würde, das hätte höher sein müssen als wir es bis jetzt erreichen konnten. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich glaube, daß wir in den letzten Jahren eine Reife erlangt haben, nicht nur bei dem Prozess der wirtschaftlichen Planung, sondern auch bei der Ausführung dieser Pläne. Die Einführung des neuen Wirtschaftsplanung und -führungssystems und der Prinzipien wirtschaftlicher Kalkulation wird zu größerer Effektivität führen und auch durch die Prinzipien der "exigencia" begünstigt werden; "exigencia" eine Forderung nach Qualität, die durch die Worte von Fidel und Raul und die Übereinkünfte des Zentralkomitees der Partei in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit gerückt ist.

Revolutionäre Führungen können, aufgrund der vielfältigen Aufgaben im Staatsapparat sowie in der Partei, den Kontakt zu den Massen verlieren, wie es in einigen Ländern schon geschehen ist; folglich waren sie über die Meinungen der Massen nicht informiert. Wurde die revolutionäre Führung jemals überrascht durch Bedenken der Bevölkerung, die nicht rechtzeitig entdeckt wurden? Glauben Sie, daß das neue Zentralkomitee der Partei, Produkt des Zweiten Parteikongresses, der gerade beendet wurde, mit seiner bedeutenden Beteiligung von Mitgliedern der Arbeiterklasse, einen Fortschritt, um dieses Problem zu bewältigen, bedeutet?

Sie fragen mich viele Sachen auf einmal. Ich glaube, es gibt bei uns nicht diese Gefahr, die so viele Probleme in andere Länder gebracht hat. Aus meiner Sicht ist ein fundamentales Element, das die kubanische Revolution und ihre Führer vor einer Isolierung

von den Massen bewahrt, in der Persönlichkeit und dem Arbeitsstil von Fidel Castro zu sehen. Das große Bindeglied zwischen der revolutionären Führung und den Menschen ist an erster Stelle Fidel selbst. Sein ständiger Kontakt zu den Massen, nicht auf einem abstrakten Niveau, sondern in einer sehr konkreten Weise - mitten im Leben, bei der Produktion, Erziehung und Forschung - konstituieren eine Garantie. Aber außerdem glaube ich, daß die Partei und die Regierung darauf geachtet haben, eine permanente Verbindung mit der Gesamtheit des Volkes zu etablieren, so daß die neuesten Probleme und Beurteilungen die Führungsspitze so schnell und genau wie möglich erreicht. In diesem Sinne ist die Partei ein sensibles Instrument, aber ich würde sagen, daß sie immer noch ihre politischen Bindungen verbessern muß. Die Basisorgane der Partei werden oft durch ihre Verantwortung für Aufgaben in der Produktion und ihre internen Funktionen absorbiert. Es gab ständige Bemühungen der Führung der Partei - die das entscheidende Instrument für die Kommunikation zwischen der Führung und den Massen ist - sich in größerem Rahmen an politischen Aktivitäten zu beteiligen und Verbindungen zu den Problemen der Arbeiterklasse und den Arbeitern im allgemeinen zu etablieren, so daß ihre Bedenken wahrgenommen werden und der Parteiführung, der Arbeiterklasse und den Menschen übermittelt werden.

Die Gewerkschaftsbewegung spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Diskussion konkreter Arbeitsprobleme, die in einer Gesellschaft beim Aufbau des Sozialismus entstehen. Wir glauben nicht, daß die Gewerkschaften schon die Rolle spielen, die sie erfüllen könnten. Unsere Gewerkschaften funktionieren besser bei der Übermittlung der Orientierung von Seiten der Partei zu der Arbeiterklasse, als dabei, die Wünsche, die Kritik und Vorschläge der Arbeiterklasse weiterzuleiten, die für die Führung wichtig ist. Aber auch hier gibt es zweifellos Fortschritte.

Die Förderung der kubanischen Frauen, Massenorganisation der Frauen und die Vereinigung der Kommunistischen Jugend, eine politische Organisation der Partei sind ebenfalls wertvolle Verbindungen bei der Kommunikation zwischen Partei und Gesellschaft. Aber neben allem hat die kubanische Revolution, wie man sehen kann, ein einmaliges Instrument im Prozess des sozialistischen Aufbaus geschaffen - die Komitees zur Verteidigung der Revolution. Wie Sie

wissen, umfassen sie 6 Millionen Einwohner: jene, die in der Produktion oder im Erziehungswesen beschäftigt sind ebenso wie Hausfrauen und Rentner. Es ist noch so viel zu tun, so daß dieses wertvolle Instrument der Kreativität optimale Resultate hervorbringt. Ohne jeden Zweifel stellen die Komitees jetzt ein ständiges Barometer der Gefühle und Beurteilungen der Menschen dar. Ich möchte die positiven Aspekte unserer Arbeit hier nicht übertreiben, derart daß ich behaupte, daß die Kritik nicht schon einen Punkt der Reife erreicht hat. Es gibt manchmal Hemmungen, Übervorsicht bei der Ausführung von Kritik, die motiviert ist durch den Wunsch Verantwortungslosigkeit und Störungen zu verhindern, die in keinem Fall ein angemessener Weg sind, um Gefühle und Beurteilungen der Gesellschaft wiederzugeben. Auf diesem Gebiet muß viel getan werden und es ist ein Prozess ständiger Verbesserungen. Der entscheidende Faktor bei der Beteiligung der Arbeiterklasse und Menschen in der Umwandlung der Gesellschaft liegt im Anheben des kulturellen, politischen und ideologischen Niveaus der Massen. Lenin sagte, daß Sozialismus ein System ist, in dem der einfachste Koch verstehen sollte, wie der Staat Probleme angeht.

Wir haben den Staat organisiert, um so weit wie möglich alle Charakteristika der Bürokratisierung zu vermeiden und eine mög-

lichst weitgehende Beteiligung zu fördern. Die Macht des Volkes ist dahin orientiert. Wie Sie wissen, bedeuten die Treffen, bei denen Rechenschaftsberichte abgelegt werden, die direkte Form der Minimierung von Kandidaten den Wunsch und die Anstrengung, eine noch umfassendere Beteiligung der Menschen zu erreichen. Aber die gegenwärtigen "Übermittlungs"-Prozesse sind sehr komplex. Dies sind nicht die Zeiten der griechischen Agora, als es sich um wenige und relativ einfache Entscheidungen, die getroffen werden mußten, handelte. Die wissenschaftlich-technische Revolution erfordert eine tendenziell wichtigere Rolle von Technokraten. Planung z. B. beinhaltet eine Anzahl von technischen Entscheidungen. Wenn alle Segmente der Gesellschaft hieran beteiligt wären, benötigten sie ein höheres Niveau wissenschaftlichen Verständnisses als unsere Arbeiter nach Abschluß der Schule erreichen können.

Wenn die revolutionäre Führung als ein Ziel für die Arbeiterklasse als Minimum eine 9jährige Schulausbildung angibt und höhere Schulbildung für Parteimitglieder, denkt sie auch daran.

Eine Gesellschaft, die ein angemessenes kulturelles und technisches Niveau erreicht wird auch eine ausgereiftere und umfassendere Form der Selbstregierung erreichen, als eine Gesellschaft von Un- oder Halbgebildeten.

Ich erkläre dies alles hier nicht etwa, weil ich überzeugt wäre, daß wir schon das Wünschbare erreicht hätten. Ganz im Gegenteil. Solange Kritik unzureichend und oberflächlich - und noch ist sie es - ist, und solange die Übermittlungskanäle nicht voll ausgenutzt werden, solange ist es möglich, daß gewisse Probleme nicht so schnell wie nötig von den Führenden berücksichtigt werden könnten.

Aber ich würde auch sagen, daß dies kein kritisches Problem in unserem Land ist. Es gibt wenige Fälle von Situationen, die von der Bevölkerung auf nationalem Niveau zurückgewiesen oder kritisiert worden wären und nicht früher oder später auch die revolutionäre Führung erreicht hätte.

Es ist klar, daß die Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei, das Genossen, die direkt von Arbeiter-, Bauern- und Frauenorganisationen kommen, einschließt, einer Verbindung zwischen nationaler revolutionärer Führung und den Menschen sehr dienlich ist. Dies war immer eine ständige Sorge unserer Partei und ganz persönlich unseres Genossen Fidel.

Ich würde sagen, daß wir versuchen jede Situation zu "bewältigen", weil, ich wiederhole es, die Führungsspitze der Partei immer sehr aufmerksam bezüglich der Meinungen und Gefühle unserer Menschen war. Aber wir unternehmen zusätzliche Anstrengungen, um noch direktere Kommunikationskanäle zu etablieren. Ein Beispiel ist der Zugang, den Genossen mit wichtigen Posten in den Massenorganisationen als Stellvertreter zum Politbüro haben. Sie haben Fidel gehört und seine ständige Kritik an der Bürokratie, die Forderung, daß Führer auf allen Ebenen mit den Produktionsprozessen auf jeglichem Niveau verbunden sind. Das ist die Politik unserer Partei. Das sind die ständigen Ziele. Ich glaube, daß die Art wie wir die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Führung organisiert haben, die Rolle, die wir den Gewerkschaften und den Massenorganisationen zuweisen und unsere Anstrengungen, bei denen die Partei den Willen der Arbeiter in fortschreitender Weise interpretiert und ihre Urteile mit Sensitivität aufnimmt - all dies konstituiert eine permanente Vorsichtsmaßnahme gegen Tendenzen - niemals vollkommen - bürokratischer Positionen.

NICARAGUA

Kampf um Gesundheit

Das nicaraguensische Modell der Demokratie, die 'sandinistische Demokratie', das heißt die Beteiligung an Entscheidungsprozessen, soll von der Basis her, der Produktion, aufgebaut werden. Diese Demokratie wird nicht automatisch mit der Veränderung der ökonomischen Strukturen vollendet sein, sondern entspricht dem jeweiligen politischen Bewußtseinsstand der Arbeiter und Bauern und der anderen organisierten Bevölkerungssektoren. Politisches Bewußtsein bedeutet Erkennen der Klasseninteressen. Diese Klasseninteressen drücken sich in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens aus. - Wenn wir Krankheit als den individuellen oder auch kollektiven Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche definieren, so ist Gesundheit Produkt des Klassenkampfes. William Sedow, ein kolumbianischer Arzt, der 1 1/2 Jahre als Arzt der FSLN in Nicaragua arbeitete, berichtet über die Erfahrungen der Gesundheitserziehung. In dem Maße, wie die Organisationen der Bevölkerung die Ursachen von Krankheit als gesellschaftlich bedingte erkennen, wächst ihr Klassenbewußtsein und nehmen ihre Forderungen in diesem Sektor politischen Charakter an.

Frage: Partizipation ist der Begriff, der in Nicaragua schon fast mit Poder popular, also Volksmacht, gleichgesetzt wird. Dieser Begriff ist schwer zu übersetzen, er reicht von Mitbestimmung über die Teilnahme an Entscheidungen bis hin zur Teilnahme an der Ausführung von Regierungsprogrammen; niemand er mit Selbstbestimmung übersetzt. Er steht für eine Strategie, die im Rahmen der Befriedungsstrategien der Allianz für den Fortschritt und der Grundbedürfnisstrategie der Weltbank als Instrument der Kontrolle in Regionen mit starken sozialen Konflikten eingeführt wurde. Kannst du uns am Beispiel des Bereichs Gesundheit sagen, was Partizipation in Nicaragua heute konkret heißt, d.h. inwiefern sie sich von der Partizipation unterscheidet, die in diktatorischen Regimes angewandt wird. Das wesentliche Instrument zur Erreichung von Partizipation scheint die Gesundheitserziehung zu sein.

William: In Nicaragua muß man zwei Etappen der Gesundheitserziehung und Massenorganisation im Gesundheitsbereich unterscheiden: vor und nach der Revolution. Zweck und Methode unterscheiden sich grundlegend. Es gab auch zu Somozas Zeiten ein Gesundheitserziehungsprogramm, das von US - amerikanischen Institutionen wie AID (Agency for International Development) und der Ford-Foundation konzipiert und finanziert wurde. Erziehung und Bildung sind im Kapitalismus Herrschaftsinstrumente. Wissen wird um des Wissens willen angehäuft, Lernen besteht in erster Linie im Auswendiglernen von Fakten, aber nicht in der Befähigung, konkrete gelebte Probleme im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext zu verstehen. Im Rahmen des somozistischen Gesundheitserziehungsprogramms wurden:

80 Gesundheitserzieher zwei Jahre lang ausgebildet. Es waren Volksschullehrer, die mit dieser Zusatzausbildung das Doppelte verdienen konnten, abhängig von ihren jeweiligen Beziehungen zum Somoza-Regime. Diese Gesundheitserzieher wurden in erster Linie in den Regionen, in denen die Guerrilla starken Rückhalt hatte, eingesetzt. Sie schufen dort Gesundheitskomitees. Schon daran läßt sich klar erkennen, daß es sich hierbei um eins der Counterinsurgency - also der Guerrillabekämpfungs-Programme handelte. So wurde es einmal in den Zonen mit sandinistischem Einfluß und zum anderen in den östlichen Elendsvierteln Managuas, die sehr politisiert waren, durchgeführt. Konkret sah das so aus, daß sogenannte Volksführer ernannt wurden. Das waren Leute, die, um überleben zu können, sich mit dem Somoza-Regime einließen. Ihre Lebensbedingungen waren meist miserabel. Diese 'Volksführer' bildeten ein regionales Gesundheitskomitee und machten in erster Linie Pläne zum Bau von Latrinen in denjenigen Regionen und Zonen, wo man Stützpunkte der Guerrilla vermutete. Mit der Begründung, diese 'Volksführer' beim Bau der Latrinen vor der Guerrilla zu schützen, wurde dann das Militär dort stationiert. Man kann das Programm auch als zivile Kampagne des Heeres bezeichnen. Außerdem kontrollierten diese Komitees die Verteilung von Medikamenten insbesondere gegen die Krankheiten der Berge, wie z.B. Malaria-Tabletten und Medikamente gegen die Berglepra, die Leishmaniasis. Beides sind Krankheiten, unter denen die Guerrilleros aufgrund ihrer Kampfbedingungen in den Bergen stark zu leiden haben. Auf diese Weise wurde versucht, die Gesundheitssituation der Guerrilleros zu kontrollieren. Einige der Führer in diesen Komitees kollaborierten offen und bewußt mit dem Somoza-Regime, andere erhofften sich nur eine finanzielle Belohnung und andere Regierungsposten für ihre Söhne, wieder andere arbeiteten mit in den guten, paternalistischen Glauben, der Bevölkerung zu helfen. Der Führer eines jeden Komitees war aber immer ein treuer Somoza-Anhänger, der wußte, worum es ging. Eine andere Methode waren Versammlungen, zu denen die Bauern einberufen wurden. Unter dem Thema 'Gesundheit' sprach man über die schrecklichen Folgen des Krieges, über die Bedeutung des bewaffneten Kampfes und provozierte so eine Diskussion in der Bevölkerung über dieses Thema, um die Einstellung der Bauern herauszufinden. Es gelang, Kontrolle über einige Bauern und Sektoren auszuüben, aber im allgemeinen war die Antwort der Bevölkerung nicht gerade enthusiastisch. So holten sich die Bauern zwar die Bretter und Ziegelsteine ab, die für den Latrinenaufbau vorgesehen waren, aber sie nutzten die dann, um ihr Dach zu reparieren oder eine Wand neu zu ziehen. Dabei bemühte man sich sehr, ihnen die Wichtigkeit von Latrinen zu verdeutlichen, aber angesichts der elenden Lebensbedingungen waren die Bauern nur dann für das Komitee, wenn es Material gab und sie nutzen es so, wie ihrer materiellen Situation entsprach. Es gab natürlich auch noch andere Programme wie Umwelthygiene, Kontrolle übertragbarer Krankheiten und all das, was diese Basisgesundheitsstrategie immer enthält, aber nichts von den medizinischen Aspekten wurde jemals durchgeführt, es kam alles viel zu sehr von oben und über die Köpfe der Leute hinweg. - Ein weiterer Aspekt in diesem Programm war die Familienplanung. Der US-amerikanische Population Council, der von den Vertretern des nordamerikanischen Kapitals finanziert wird, um die Geburtenkontrolle in der 3. Welt voranzutreiben, finanzierte auch dieses Gesundheitserziehungsprogramm mit. In den Gesundheitszentren, die damals geschaffen wurden, funktionierte zwar die medizinische Versorgung überhaupt nicht, aber eine Krankenschwester war immer da und verteilte Verhütungsmittel ohne irgendwelche medizinischen Kontrollen und Vorsichtsmaßnahmen durchzuführen.

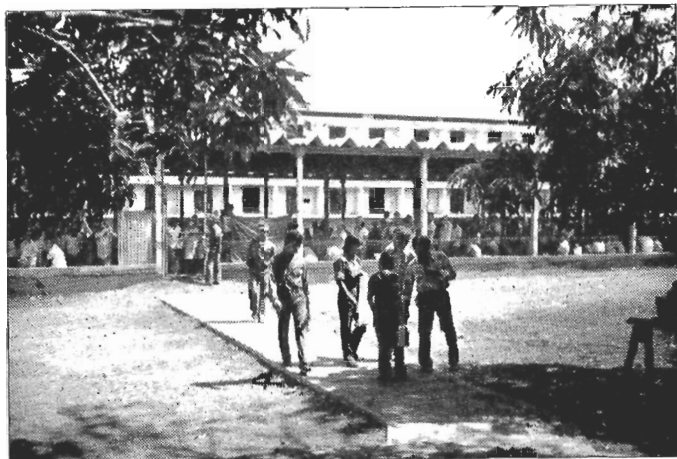
Man muß dazu wissen, daß die Zahl der Kinder in Nicaragua aufgrund der hohen Kindersterblichkeit ziemlich groß ist. Es ist normal und üblich, 7-8 Kinder zu haben und die Frauen kriegen das erste Kind oft schon mit 14 oder 15 Jahren. Das gehört zur Sozialisation und deswegen gibt es jetzt keine offizielle Politik bezüglich der Familienplanung. Es gibt Richtungen, die die Entscheidung der Familie bzw. der Frau überlassen wollen und es gibt eine natalistische, also geburtenfördernde Tendenz. Welche Richtung sich letztendlich durchsetzen wird, hängt ab von den internen Diskussionen innerhalb der Frauenorganisation AMNLAE und der Sandinisten, aber auch von der ökonomischen Entwicklung und den ökonomischen Erfordernissen. Im Moment ist es weder ein zentrales noch ein grundlegendes Problem in Nicaragua. Heutzutage werden die verschiedenen Ansichten und Standpunkte und die medizinischen Aspekte in die Gesundheitskomitees getragen und dort diskutiert, denn es handelt sich um ein politisches Problem.

Frage: Du hast von den zwei Phasen der Gesundheitserziehung gesprochen und uns die erste Phase erklärt. Welches sind die grundlegenden Veränderungen der Politik und welches sind die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung. Anders ausgedrückt heißt das; wenn wir Gesundheit als ein Produkt des Klassenkampfes definieren, stellt sich die Frage, wo jetzt mit wem Auseinandersetzungen welcher Art stattfinden?

William: Ich will noch mal betonen, daß ich nicht von den System der medizinischen Versorgung rede, sondern nur von der Gesundheitserziehung. Nach dem Sieg der Sandinisten entwickelte sich eine politische Fragestellung zu dem Themenkomplex, wie das Problem der Gesundheit zu handhaben sei und es gab die verschiedensten Standpunkte. Die erste Phase läßt sich als populistisch und medikamentenbezogen bezeichnen. Man glaubte, das Wichtigste sei die medizinische Versorgung und wir zogen wie die Verrückten medizinischen Konsultationen durch und verteilten massenhaft Medikamente. Wir arbeiteten von morgens um 7 Uhr bis nachts um 23 Uhr, hatten zwischen 120 und 140 Patienten, von denen jeder im Schnitt mit 3 verschiedenen Medikamenten abzog. So vergingen die ersten drei Monate. Durch eine Reihe verschiedener Einflüsse kam es zu neuen Überlegungen: der Einfluß der kubanischen Ärzte, der chilenischen, mexikanischen und kolumbianischen Ärzte, der Organisationserfahrungen der Sandinisten in den CDS, den Komitees zur Verteidigung der Sandinistischen Revolution, der Gewerkschaften, der Frauenorganisation brachte eine Reihe von Impulsen. Die Massenbeteiligung in dieser ersten Phase galt der Reinigung der zerstörten Städte, den Impfkampagnen, den Kaffee- und Baumwollernt, dem Wiederaufbau von Häusern und Straßen. Nun begann eine zweite Phase, wo es darum ging, längerdauernde Programme und Aufgaben gemeinsam mit den Massenorganisationen zu erarbeiten und umzusetzen. Es wurde offensichtlich, daß die Strukturen der Massenorganisationen, insbesondere auf nationaler Ebene, dazu nicht ausreichten. Eine gewisse Neustrukturierung war erforderlich, um eine größere und qualitativ andere Beteiligung zu erreichen. Die Politisierung und die Hebung des politischen Bewußtseinsstandes wurden als Notwendigkeit der Entwicklung der Revolution erkannt. Im Bereich Gesundheit drückte sich das folgendermaßen aus: jede Massenorganisation sollte ihren eigenen Gesundheitsverantwortlichen wählen oder ernennen, und dieser Vertreter der Massenorganisation sollte eine kurze Ausbildung über den Gesundheitsbereich erhalten. Es wurde eine Art politischer Kurse abgehalten, die in erster Linie die Beziehung zwischen Revolution und Gesundheit, Politik und Gesundheit, Wirtschaft und Gesundheit beinhalteten. Außerdem wurde ein Grundwissen über die Haupt-

krankheiten vermittelt. Diese Gesundheitsverantwortlichen sollten dann innerhalb ihrer Organisation ihr Wissen vermitteln und sehen, was sich so machen läßt. Diese zweite Phase der nachrevolutionären Gesundheitspolitik war etwas anarchistisch, denn man glaubte, ein Kurs von zwei Monaten reiche aus, um eine Person in die Lage zu versetzen, ihr Wissen weiterzuverbreiten. Zeitlich lief diese Phase mit der Alphabetisierungskampagne einher, wodurch es schwierig wurde, politisch bewußte Kader für diese Gesundheitsarbeit zu finden, da alle politisch Bewußten schon in die Alphabetisierung einbezogen waren. Andere, die sich während des Kurses zu guten Kadern entwickelten, sahen eine größere politische Notwendigkeit, sich an der Alphabetisierungskampagne zu beteiligen. So wurde ansatzweise Gesundheitsarbeit und -aufklärung innerhalb der Alphabetisierung in Angriff genommen. Mit den Alphabetisatoren wurden Gesundheitskurse veranstaltet und leicht verständliche Broschüren erarbeitet. Dabei ging es nur am Rand um Wissen über Krankheiten, um medizinische und pathologische Aspekte, sondern um die Ursachen und die Zusammenhänge der Gesundheitssituation in Nicaragua. D.h., es war eine politische Ausbildung. Diese politischen Aspekte der Gesundheit und Krankheit diskutierten die Alphabetisatoren mit denen, die sie alphabetisierten. In diesem Sinn wurde Gesundheit in die Alphabetisierungskampagne eingebracht. Die anderen medizinischen Aspekte, die angegangen wurden, erschienen mir sehr unwichtig und weniger interessant; dazu gehört die direkte medizinische Versorgung der Alphabetisatoren und die Erfahrung einer Gesundheitsbrigade, die aus Medizinstudenten bestand, sich den Alphabetisatoren anschloß und die Bauern versorgte. Darüber wollten sie - rein empirisch - Wissen über traditionelle Medizin sammeln. Es war etwas folkloristisch, weil ihr Projekt, wie alle Projekte über traditionelle Medizin, in keiner Beziehung zu den Massenorganisationen stand und eben rein empirisch war. Deswegen scheiterten auch quasi alle diese Projekte über traditionelle Medizin.

Nach der Alphabetisierungskampagne erkannte man das Gesundheitsproblem als prioritär unter den sozialen Fragen an. Um im Jahr 1981 eine Gesundheitskampagne durchführen zu können, wurden die Erfahrungen von Ärzten und Gesundheitsarbeitern, die in verschiedenen Ländern gearbeitet hatten, der Planung zugrunde gelegt, deren zentraler Aspekt die Partizipation darstellt. Um die Partizipation der Massenorganisationen zu ermöglichen und zu fördern, sollen Gesundheitskomitees geschaffen werden. Wie in der zweiten Phase ernannte oder wählte jede Massenorganisation einen Verantwortlichen. Jetzt ging es aber nicht mehr nur darum, daß dieser Verantwortliche sein Wissen wieder in seine Organisation trug und dort verbreitete, sondern die Vertreter aller Organisationen bildeten ein Komitee, wo die verschiedenen konkreten Gesundheitsprobleme der Mitglieder der Organisationen und auch die allgemeine Problematik diskutiert wurde. So gelang es, einen Austausch von Erfahrungen und konkreten Problemen der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren in Gang zu setzen. Vertreten sind im allgemeinen Verantwortliche der Sandinistischen Gewerkschaftszentrale CST, der Landarbeitergewerkschaft ATC, der Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS, der Frauenorganisation AMNLAE, der Sandinistischen Jugend 19. Juli '73, der Sandinistischen Kinderorganisation NS und anderen Organisationen wie der Lehrgewerkschaft ANDEN usw. Diese Gesundheitskomitees bilden sich auf lokaler Ebene im Bereich eines Gesundheitskomitees und bestehen aus ca. 7 - 8 Personen. Zur Durchführung der Kurse wurden jeweils mehrere Komitees eines Bezirks zusammengefaßt. Die Kurse dauerten 2-3 Monate und nach Abschluß waren die Verantwortlichen



in der Lage, mehr oder weniger das zu leisten, was in der Alphabetisierungskampagne gemacht wurde: Wissen weiterzugeben und Diskussionen anzuleiten. Dabei spielte die Weitergabe nur eine geringe Rolle neben dem Anleiten von Diskussionen über die Diagnose der unterschiedlichen Probleme und die Möglichkeiten der Lösung. Ein anderer Punkt ist die Frage nach der Kontrolle der Ärzte und der Gesundheitszentren, aber auch die Beteiligung an der Verwaltung der Zentren und der Planung der Aktivitäten eines Zentrums. Schließlich kommen die Ärzte und Schwestern häufig aus anderen Gebieten und kennen wenig die konkreten Lebenssituationen der Bevölkerung. So kommt es häufig vor, daß die Massenorganisationen schnellere und tiefergehende Lösungen entwarfen als das Personal der Gesundheitszentren.

Dies ist weder ein fertiges System noch funktioniert es 100%. Dahinter steht die Idee, daß es eine allgemeine Gesundheitsplanung gibt, die auf zentraler Ebene erarbeitet wird. Es gibt Gesundheitskomitees der Massenorganisationen auf der Ebene des Viertels, der Stadt, des Departements, der Region und auf nationaler Ebene. Auf nationaler Ebene ist der nationale Gesundheitsrat der Massenorganisationen in der Planung gleichberechtigt neben dem Gesundheitsministerium, auf regionaler Ebene ist das Komitee mit der regionalen Ebene des Gesundheitssystems koordiniert usw. Auf jeder Ebene werden die jeweiligen konkreten Probleme analysiert und Lösungen vorgeschlagen. Dies System funktioniert unterschiedlich gut in unterschiedlichen Gebieten. Dort, wo die Massenorganisationen funktionieren, wo Kämpfe stattfanden gibt es auch eine breite Partizipation der Massen in der Planung, Entscheidung, Verwaltung und Ausführung.

Frage: Ich habe in den Veröffentlichungen des Gesundheitsministeriums gelesen, daß die Normen auf zentraler Ebene festgelegt werden und dezentral umgesetzt werden. Das widerspricht meiner Meinung einer Planung von unten. Es ist zwar klar, daß eine jede Planung von unten auch eine Bewußtseinsbildung voraussetzt und man diese Bewußtseinsbildung nicht nach anderthalb Jahren erwarten kann, aber gewisse starre Strukturen würden eine Bewußtseinsbildung auch verhindern. Bis du der Meinung, daß nicht nur Bedürfnisse nach oben ge-

äußert werden, dort gelöst werden und die Lösung unten umgesetzt wird, sondern auch konkrete Entscheidungen nach oben fließen?

William: In der Praxis besteht im Moment die Schwierigkeit, daß es einige gibt, die mehr über medizinische und gesundheitliche Probleme wissen als andere. Gerade Vertreter der Massenorganisationen sind den Medizinern auf nationaler und regionaler Ebene oft unterlegen, da sie z.B. die medizinischen Fachausdrücke weniger beherrschen und deswegen den Medizinern mehr Kompetenz zugestehen. Die bürokratische Tendenz der Mediziner und ihr vorgegebenes Fachwissen führt immer noch leicht dazu, daß sich politisch bewußte Kader nicht recht trauen, zu protestieren. Aber es ist vorgesehen, die Vertreter der Massenorganisationen auf allen Ebenen kompetent zu machen.

In Nicaragua wird z.Z. ein medizinischer Aspekt stark entwickelt und gefördert, der in Kuba lange vernachlässigt wurde: die Arbeitsmedizin. So werden in Nicaragua eine Reihe von Erfahrungen gefördert, eine war unsere eigene in Rivas. Es gab eine Reihe von Gesundheitsproblemen bei den Arbeitern der Kiesgruben und der Kalkminen, wo wir die Vorstellung hatten, es müßten Gesundheitskomitees geschaffen werden. Die Arbeiter dort leiden unter Silikose, einer Lungenkrankheit. Wir untersuchten die Arbeiter auf verschiedene Berufskrankheiten hin, die aus ihrer jeweiligen Tätigkeit entstehen und stellten fest, daß die Silikoserate außerordentlich hoch lag. In Gesprächen, die wir mit den Arbeitern führten, klärten wir sie über den Zusammenhang zwischen ihren Krankheiten und ihren Arbeitsbedingungen auf. Dies Komitee kümmert sich um die Forderungen nach Arbeitsschutzmaßnahmen wie z.B. Schutzmasken. In Managua gab es eine ähnliche Erfahrung in der Fabrik PENWALT, wo die Quecksilber- und Bleivergiftung sehr hoch liegt bei den Arbeitern, aber auch bei den Bewohnern der Umgebung, deren Trinkwasser verseucht ist. Sämtliche Arbeiter wurden gründlich untersucht, dabei stellte sich heraus, daß ein Fünftel schon unter Nierenschäden litt. Das dort geschaffene Gesundheitskomitee setzte die Behandlung der erkrankten Arbeiter durch, und auch Vorbeugemaßnahmen für alle Arbeiter. Gleichzeitig werden die Abwässer gereinigt, damit die Bewohner der Umgebung nicht weiter verseucht werden. Es ist ein wesentliches Kennzeichen der nicaraguensischen Revolution, die Arbeitsmedizin dermaßen zu fördern. In Cuba wird erst jetzt damit begonnen, obwohl es ständig einen Konflikt zwischen den Gewerkschaften und dem Gesundheitsministerium gab, weil 40 - 50 % des Fonds für Gesundheit von den Arbeitern kommt, ihnen aber kein spezieller Schutz ihrer Gesundheit am Arbeitsplatz zur Verfügung steht. In Nicaragua dagegen gibt es die Möglichkeit der Gewerkschaften, über die Gesundheitskomitees ihre Probleme öffentlich zu machen und den anderen Sektoren verständlich zu machen. In erster Linie handelt es sich um Schutz vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und der Entwicklung einer Arbeitsmedizin auch innerhalb der Mediziner Ausbildung. Dieser Bereich der Arbeitsmedizin ist ja auch in der Bundesrepublik unterentwickelt und dürftig.

Im ländlichen Sektor entwickeln sich die Komitees in erster Linie über die Landarbeitergewerkschaft ATC. In der ATC sind wichtige Sektoren der Produktion organisiert, wie z.B. die Zuckerrohrschneider. Hier geht es um die Verhinderung von Schnittwunden, um die Verhinderung von Wirbelsäulenschäden und Hautverbrennungen durch die Sonnenbestrahlung. Ein anderes Problem im Agrarsektor sind die Pestizide, die Pflanzenschutzmittel, die eine Reihe gesundheitlicher Probleme verursachen, die bis zu Fehl- und Mißgeburten reichen.

So geht es bei der Arbeitsmedizin darum, daß sich innerhalb der Betriebsgewerkschaft Gesundheitskomitees bilden, die die konkreten Probleme erfassen, analysieren und Lösungen vorschlagen. Ein Repräsentant dieses Komitees vertritt die Gewerkschaft bei den Gesundheitskomitees auf lokaler Ebene und diskutiert dort die spezifischen Probleme der Arbeiter seines Betriebes mit den Vertretern der anderen Organisationen und erfährt deren Probleme, die er wiederum in die Treffen der Gewerkschaft einbringt. Auf nationaler Ebene arbeitet das Gesundheitskomitee nicht nur mit dem Gesundheitsministerium zusammen, sondern auch mit dem Planungs-, Arbeits-, Landwirtschafts- und Erziehungsministerium, um eine grundlegende und integrale Lösung der Gesundheitsprobleme voranzutreiben.

Diese beiden Bereiche der Gesundheit, Gesundheit im Produktionssektor und im Reproduktionssektor, haben in allen Revolutionen zu Konflikten geführt. Das ist einerseits ein politisches Problem, aber auch ein medizinisches. Die Nachfrage nach einer medizinischen Versorgung erfordert eine politische Lösung und keine medizinische. Im dem Maße, wie die Gesundheitsversorgung umverteilt wird auf die gesamte Bevölkerung, werden die Privilegien der sozialversicherten Arbeiter eingeschränkt; die Versorgung, die vorher 8 % abdecken sollte, wird umverteilt auf die gesamte Bevölkerung. Das ist nur möglich, wenn gleichzeitig das Bewußtseinsniveau angehoben wird und unmittelbare Interessen zurücktreten hinter dem allgemeinen Interesse. Die medizinische Versorgung der Arbeiter verschlechtert sich ganz offensichtlich, jedoch kam es in Nicaragua, im Gegensatz zu Cuba, nicht zu größeren Konflikten. Dazu haben die Gesundheitskomitees eine Menge beigetragen.

Frage: Das Problem hängt ja sicher auch damit zusammen, daß die Privatmedizin noch weiterhin existiert. Eine wirkliche Umverteilung der Ressourcen hat nicht stattgefunden. Ich nehme an, daß die meisten Ressourcen materieller Art weiterhin im Privatssektor liegen und nicht im öffentlichen Sektor. Damit ist es klar, daß eine Versorgung, die nicht einmal für die wenigen Versicherten ausreichte, erst recht nicht für die gesamte Bevölkerung ausreichen kann.

William: Die Privatmedizin wurde nicht abgeschafft, denn es existiert das System der 'gemischten Wirtschaft'. Solange die 'gemischte Wirtschaft' in Nicaragua existiert, wird es auch Privatmedizin geben, denn es handelt sich dabei um ein ökonomisches Problem. Das Gesundheitssystem ist nicht außerhalb des gesamten Wirtschaftssystems angelegt und ändert sich in dem Maße, wie das Wirtschaftssystem verändert wird.

Frage: Wie drücken sich die Klassenauseinandersetzungen zwischen den reaktionären Ärzten und den Massenorganisationen aus?

William: Zum einen drücken sie sich darin aus, daß die reaktionären Ärzte nicht ihren Pflichten in der öffentlichen Versorgung nachkommen. Das sind aber nur wenige, denn traditionell pflegen sie ihre Patienten aus den öffentlichen Kliniken in ihre Privatpraxen zu überweisen. Sie halten sich oft nicht an die Programme und in dem Maße, in dem die Massenorganisationen sich der Gesundheitsproblematik bewußt werden, nehmen die Auseinandersetzungen an den Kliniken oder Gesundheitszentren zu. Eine weitere Methode ist die Sabotage: sie gießen Wasser oder Öl in die Reagenzien der Labors, sie zerstören die Toiletten der Hospitäler usw. Aber es handelt sich dabei nicht um organisierte Aktionen, sondern um individuelle. Eine

weitere Methode ist das Verschreiben von Medikamenten, die es nicht gibt in Nicaragua, um den eh existierenden Engpass von Massenkonsumgütern zu vergrößern. Organisiert sind sie wohl deshalb nicht, weil ihr einziges Interesse darin besteht, möglichst noch viel Geld zu machen, um sich dann abzusetzen. - Ich glaube, das wäre auch das Beste. Die nicaraguensische Gesundheitssituation würde sicher nichts verlieren dabei, eher gewinnen, denke ich. Aber auch das ist ein politisches Problem.

Frage: Eine ganz andere Frage: Wie schätzt du das Programm gegen die Infektionskrankheiten ein? Welchen Stellenwert hat es?

William: Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten hat in erster Linie politische Gründe, keine medizinischen. Er ist aus dem Grund ein politischer Kampf, weil die Errungenschaften einer Revolution sich an bestimmten Indikatoren international bestimmen, einer dieser Indikatoren ist die Ausrottung bestimmter Krankheiten. Die internationalen Beobachter messen anhand des Krankheitsspektrums, der Analphabetenrate usw. die politische Bedeutung und Ausrichtung einer Regierung. Die Ausrottung von Tetanus, Kinderlähmung, Masern usw. sagt nichts aus über die tatsächliche Verbesserung der Gesundheitssituation, d.h. über die Verbesserung der Lebensbedingungen, aber sie sagt etwas aus über die Beziehung zwischen Regierung und Bevölkerung, denn in einem Entwicklungsland haben z.B. Impfkampagnen nur dann Erfolg, wenn sie von den Massenorganisationen getragen werden, sonst lassen sie sich nicht durchführen. Wenn also die Krankheitsstatistiken auch wenig aussagen über die wirkliche Gesundheitssituation, so sagen sie viel aus über die Beziehung Regierung-Volk. Ebenso ist auch das Ernährungsprogramm ein politisches Programm, denn die Bedingungen für Gesundheit werden sich erst ändern, wenn die Versorgung mit Nahrungsmitteln für die gesamte Bevölkerung gewährleistet ist, d.h. wenn die Produktionsstruktur den Bedürfnissen der Bevölkerung angeglichen ist, und das ist ein langwieriger Prozeß.

Frage: Geht es in den Gesundheitskomitees ausschließlich um die gesellschaftlichen Ursachen von Gesundheit und Krankheit oder auch darum, daß die Bevölkerung lernt, mit den Krankheiten umzugehen, also um medizinisches Wissen?

William: Darüber wird noch debattiert. Es gibt noch keine offizielle Politik zu dieser Frage. Es gibt zwei Standpunkte innerhalb der Sandinisten und im Gesundheitsministerium. Die eine Richtung unter dem Einfluß insbesondere der Kubaner meint, Krankheiten müßten prinzipiell von Ärzten behandelt werden. Dazu braucht man Mediziner. Unter Somoza wurden pro Semester 60 Studenten zugelassen, jetzt sind es 500, aber es wird auf alle Fälle 10 Jahre dauern, bis sie arbeiten werden. Für diesen Zeitraum soll Hilfspersonal geschaffen werden, aber die Frage danach, wer langfristig die Versorgung durchführen wird, ist auch wieder eine politische Frage zum einen der Bewußtseinsbildung der Massenorganisationen, aber auch des langfristigen Einflusses der Kubaner. In Rivas z.B. finden 97% der Geburten zu Hause statt und werden von Hebammen assistiert. Die Anzahl der Neugeborenen, die an Tetanus sterben, ist außerordentlich hoch, da diese Hebammen ein paar fragwürdige Methoden anwenden: erstens wird die Nabelschnur mit der Machete abgeschnitten, mit der vorher das Feld umgegraben wurde und zweitens wird Kuhmist auf den Nabel gelegt zur Blutstillung. Hier war die kolumbianische Brigade der Meinung, die Hebammen müßten besser ausgebildet werden, während die Kubaner meinten, man müsse eine Kampagne anleiten, damit die Geburten in der Klinik stattfinden. Zwar sind auch wir der Meinung, daß unter den hygienischen Bedingungen einer Hütte auf dem Land die

Geburten langfristig in Krankenhäusern ablaufen sollten, da aber kurzfristig keine Kliniken und Ärzte da sind, müssen die Hebammen einbezogen werden. Wir veranstalteten Kurse mit ihnen über das Abnabeln und gaben ihnen ein Paar Spezialscheren, die sie nur für die Geburten benutzen sollten. Die Rate des Neugeborenentetanus konnte zwar gesenkt werden, aber es traten weiterhin auch noch neue Fälle auf. Es ist auch nicht möglich, prinzipielle Lösungen zu finden, sondern jedes Gesundheitsproblem und jede Krankheit muß entsprechend den vorherrschenden Bedingungen diskutiert und analysiert werden.

Ein anderes Beispiel sind die Unidades de rehidratación oral, wo durchfallkranke Kinder behandelt werden und zugleich die Mütter in der Vorbeugung und Behandlung ausgebildet werden. Sie lernen, weshalb ein Durchfall in tropischen Gebieten so lebensgefährlich ist, und daß ein Kind, das viel Flüssigkeit verliert, auch Flüssigkeit zu sich nehmen muß. Sie lernen aber auch, daß sie mit bestimmten Brechdurchfällen sofort zum Arzt müssen. Dadurch konnte die Sterberate aufgrund von Durchfall beträchtlich gesenkt werden.

In diesem Jahr begann die Gesundheitskampagne, deren Hauptziel die Förderung von Gesundheitskomitees ist. Einige davon blieben an rein technischen und funktionalistischen Aspekten wie Impfungen hängen. Die Diskussion darüber ist noch nicht abgeschlossen. Aber wesentlich ist die politische Bewußtwerdung der Bevölkerung über den Bezug zwischen Lebens- und Arbeitsbedingungen und Gesundheit. In dem Maße, wie sie ihre Gesundheitsinteressen als Klasseninteressen erkennen, werden sie den Gang der Revolution ihren Interessen entsprechend vorantreiben.

Frage: Kannst du den Unterschied zwischen den Inhalten der Gesundheitserziehung im Rahmen der Alphabetisierungskampagne und der jetzigen Gesundheitskampagne kurz erläutern, abgesehen davon, daß ansatzweise über die gesellschaftlichen Ursachen von Krankheit diskutiert wurde? Hier in der Bundesrepublik hob man immer wieder die sogenannte Prävention hervor, die auf der Ebene des Händewaschens und hygienischen Wohlvhaltens angesiedelt ist. Dies erscheint fragwürdig, da diese Art von Prävention inzwischen bewiesenermaßen keine materielle Grundlage hat, um sich durchsetzen zu können. D. . wer kein Wasser hat, kann sich auch nicht ständig die Hände waschen.

William: Ja, ich glaube, es fehlte damals an Erfahrungen. Die Inhalte bezüglich präventiver Medizin waren äußerst funktionalistisch und im allgemeinen auf der Ebene des Händewaschens und des Wasserabkochens angesiedelt. Niemand kocht das Wasser ab und eine solche Forderung geht völlig an den konkreten Bedingungen vorbei. Es wäscht sich auch keiner die Hände ordentlich, denn es gibt einfach nichts, um sie sich ordentlich zu waschen, erst recht nicht bevor man aufs Klo geht, was immer gesagt wurde. 'Hände waschen vor dem Gang zur Toilette', war die Forderung, wohl damit die Fäkalien nicht mit der Nahrung infiziert werden. Es fehlte eben an Erfahrung. Das hat sich nicht zuletzt dadurch geändert, daß man feststellte, daß die Alphabetisatoren die Angewohnheiten der Landbevölkerung annahmen, statt sie zu verändern. Man erkannte, daß die Verhaltensweisen durch die Lebensbedingungen bedingt sind. Wenn man Würmer hat, ißt man eben Tabletten, das ist einfacher, als ständig Wasser abzukochen. Es ist natürlich nichts schlechtes, Latrinen zu bauen und sich die Hände zu waschen, aber in erster Linie geht es z.Z. um den sozialen Kontext der Organisation und um den politischen und sozialen Kontext der täglich gelebten Probleme. Daraus müssen

die Leute selbst eine krankheitsverhindernde Medizin entwickeln. Ob sie sich die Hände waschen oder nicht, hat damit nichts zu tun. Vielleicht ist es für sie viel wichtiger, die Schlammflöcher auszurotten, wo die Malariaübertragenden Moskitos nisten. Es geht ja gerade auch darum, die kollektive Betroffenheit deutlich werden zu lassen, damit kollektiv dagegen angegangen werden kann. Die Malaria kann meines Erachtens um 50 % gesenkt werden, wenn es gelingt, die Brutplätze der Moskitos zu vernichten. Dazu braucht man auch nicht soviel DDT, sondern die aktive Beteiligung der Massen. Nur unter solchen Bedingungen ist eine Malariakampagne nicht mehr ein Mittel der Kontrolle der Bevölkerung, sondern der Verbesserung der Lebensbedingungen. Und diese Lebensbedingungen können nur von der organisierten Bevölkerung selbst verbessert werden.

Aber alle diese gesundheitslichen Vorstellungen sind in ihrer Verwirklichung abhängig von den Möglichkeiten der Revolutionen in anderen Bereichen, insbesondere in der Produktion. Die Produktion und die Verteidigung der Revolution ist prioritär und in diese Sektoren müssen die Ressourcen bevorzugt fließen. Auch wenn die Gesundheit einen wichtigen politischen Aspekt einer Revolution in Lateinamerika darstellt, so kann es unter bestimmten Bedingungen Momente geben, in denen die ökonomische Frage absoluten Vorrang hat.



Sei stolz, o Deutscher und schau herab
Auf die Völker jeglicher Zone:
Wir Deutschen das erste Kulturvolk sind
wir haben die größte Kanone.

Das größte Ausstellungswu der steht
Im Kruppschen Pavillone,
Es ist ein furchtbares Riesengeschütz
Es ist die große Kanone.

Das Volk der Deutschen heißen wir längst
Nun ist es zweifelsohne!
Wir bauten das größte Zerstörungswerk
Wir bauten die größte Kanone

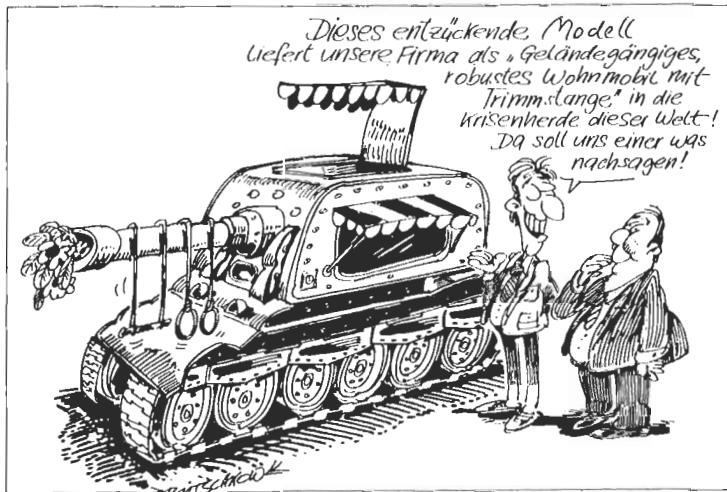
Ir. rührender Eintracht stimmen
Die Könige Krupp und Stinnes
Für die Heeresvermehrung -
Sie wissen genau warum!

Das gibt für den Kapitalismus
Die wahre Seelenruh
Das gibt im Kanonenfache
Ein Bombengeschäft dazu.

(aus: Der wahre Jakob
nach: Dietz-Verlag 78)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND EIN JAHRHUNDERT SPÄTER

Nach zwei Weltkriegen und einer Teilung sind die Verkaufsmethoden der deutschen Rüstungskonzerne zurückhaltender und auch fröhlicher geworden. Wir sind nur noch fünftgrößter Rüstungsexporteur der Welt.



Zeitschriftenschau

BLÄTTER DES IZ3W: Nr 94, Juni 1981, c/o Aktion 3. Welt, Postfach 5328, 78 Freiburg

Nachrichten und Kurzberichte: Tschad, Costa Rica, Namibia, Israel, Sri Lanka, Guatemala, Malaysia, Belize

Artikel: Energieprobleme eines armen Landes / Besuch in einem Gesundheitszentrum in Kenia, Ernährung - WHO-Kodex gegen Milchkultis / El Salvador- Bericht aus einer befreiten Zone / Comic "Tourismus aus indianischer Sicht" / Kolumbien - Interview über Basisorganisationen und Militarisation, Repression in der BRD: Kriminalisierung von Hausbesetzern / Reglementierung des Ausländerstudiums

ENCUENTRO LATINOAMERICANO: Nr. 27, Julio - Septiembre 1981, Brunnenstr. 24/25 2800 Bremen 1

Coincidencia en la lucha: una cosa históricamente prematura? Entrevista a Alfonso Barrantes Lingán / Las mujeres en El Salvador / Para una anatomía del Premio Nacional de Literatura en Chile después del golpe / Entrevista al poeta y narrador Juan Luís Damert / Sí: la nostalgia sigue siendo igual que antes por Gabriel García Marquez / Eduardo Galeano: Nicaragua en el primer día de la creación / Daniel Viglietti: Habla sobre Violeta Parra

FORUM: Nr. 42, Juni 1981, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

Diskussion: Kaffee-Aktion zu El Salvador / Guatemala-Kaffee der GEPA / Lebensstil
Magazin: Ökologie contra Sozialismus / Kolumbien / Indio-Organisation MITKA im Kreuzfeuer

Koordination: Pharma-Brief / Frauen in der 3. Welt / Kampuchea

NICARAGUA AKTUELL: Nr. 12, Juni 1981 c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

Militärische Aggression gegen Nicaragua / Somoza-Söldner in den USA / Interview mit Philipp Agee / Auch Costa Rica braucht seine Revolution / 20 Jahre Aggression gegen Kuba / Solidaritätsarbeit / Buch- und Filmbesprechungen, Kurzmeldungen, Zeitschriften

SAGO - Informationsblatt BOLIVIEN: Nr. 30, Juni 1981, Plöck 48-50, 69 Heidelberg

Vorwärtsstrategie der Militärs - Putsch auf Raten / Die Antwort der Linken - eine Herausforderung / Waffen, Kokain und Neonazis / Armee ist der Drogenmafia nicht gewachsen / Der nationale Bankrott / Das Volk zahlt den Preis - die Militärs sahen ab / Unter dem Diktat des IWF: Umschuldung und liberale Wirtschaftspolitik / Auszüge aus der Gewerkschaftszeitung REBELION / Gedicht / Internationale Presse zu Bolivien

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA: Nr. 5/6, Juni 1981 c/o issa Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Südafrika - 5 Jahre nach Soweto
Kirchen und Befreiung / Öl für Südafrika / Zur Debatte über Wirtschaftssanktionen / Das Dilemma mit dem Kodex / Zur Parlamentswahl / **Zimbabwe:** Prioritäten der Reform / Wachstum mit Gerechtigkeit / **Namibia:** Chronologie der Verhandlungen / **Mosambik:** Politische Aspekte einer revolutionären Demokratie / AAB-MV, Nachrichten, Rezensionen

ILA - INFO: Nr. 46, Juni 1981, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Haiti: Ein Volk befreit sich und kann sich doch nicht erheben / **Belize:** / **Argentinien:** Zwei bittere Anklagen / **VW do Brasil:** Weitere 5 000 Entlassungen zu erwarten / **Chile:** Kann das noch lange so weitergehen? / **Mexico:** Seine verschiedenen Gesichter

GUATEMALA-NACHRICHTEN: Nr 4 / 1981, c/o Infostelle Guatemala, Maistr. 29 8 000 München 2
Deutschlands Kaffee-Imperium Teil 1

Lateinamerika

Analysen und Berichte 5

Probleme und Perspektiven der Linken

Herausgeber:
 V. Bennholdt-Thomsen
 T. Evers
 K. Meschkat
 C. Müller-Plantenberg
 U. Müller-Plantenberg
 W. Schoeller
 V. Wunderlich



OLLE & WOLTER

Alles über Lateinamerika Fünf Jahre Lateinamerika – Analysen und Berichte

Herausgegeben von V. Bennholdt-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. und U. Müller-Plantenberg, W. Schoeller u. a.

Band 1 Kapitalistische Entwicklung und politische Repression

Aus dem Inhalt:

Fernando Mires
 Die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika

Paul Singer
 Beschäftigung, Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft

Thomas Hurtienne
 Zur Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen Akkumulationsmodells

Sven Berg
 Alltag der Arbeitslosigkeit in Chile
 Zur Situation der Arbeitslosen in den Randsiedlungen von Santiago

Band 2 Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe

Aus dem Inhalt:

Urs Müller-Plantenberg
 Die Bundesrepublik Deutschland und die Neue Weltwirtschaftsordnung

Werner Würtele
 VW do Brasil:
 „Wir sind multinational. Darüber freuen sich Millionen.“

Edgar Fürst, Cristina Gebhardt, Albrecht Koschützke
 Die Geschichte vom IWF und den Massen — Der Fall Peru 1977

Carlos J. Valenzuela
 Das neue Akkumulationsmodell und seine Vorbedingungen
 Der Fall Chile 1973—1976

Neu: Band 5 Probleme und Perspektiven der Linken

Aus dem Inhalt:

Paul Singer, Was heute Sozialismus ist · Anibal Quijano, Über die direkte Demokratie der Produzenten · Leopold Marmora, Populisten und Sozialisten — getrennte Geschichte — gemeinsame Ziele?, Zur Diskussion über Nation und Demokratie in Argentinien · Fernando Mires, Demokratie ist unteilbar, Chile: Die Linke und der Militärstaat · Frederico Füllgraf, PT é nosso!, Die Parteien der Arbeiter in Brasilien · Klaus Dieter Tangermann, Der Aufbau der „Sandinistischen Demokratie“

Dazu in jedem Band detaillierte Länderberichte

Band 3 Verelendungsprozeß und Widerstandsformen

Aus dem Inhalt:

Fernando Mires
 Die Indios und das Land
 oder: Wie Mariategui die Revolution in Peru begriff

Claudia v. Werlhof / Hanns-Peter Neuhoß
 Zur Logik der Kombination verschiedener Produktionsverhältnisse: Beispiele aus dem venezolanischen Agrarsektor

Tilman Evers, Clarita Müller-Plantenberg, Stefanie Spessart
 Stadtbewegung und Staat
 Kämpfe im Reproduktionsbereich in Lateinamerika

Band 4 Internationale Strategien und Praxis der Befreiung

Aus dem Inhalt:

Veronika Bennholdt-Thomsen
 Investition in die Armen
 Zur Entwicklungspolitik der Weltbank

Klaus Meschkat
 Kredite statt Land
 Das Kleinbauernprogramm der Weltbank in Kolumbien

David Werner
 Gesundheitsversorgung in Kuba heute: Vorbildliche Dienstleistung oder Mittel sozialer Kontrolle — oder beides?

Verlag **OLLE & WOLTER** · Postfach 4310 · 1000 Berlin 30

ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA

NA-Nr. 11, April 1981:

Reisebericht- Erwachsenenbildung-
Auslandsverschuldung Nicaraguas-
Frauen in El Salvador- Unabhängig-
keit von Belize- Indioquerrilla in
Guatemala- Kaffeeboykott- Material

NA-Nr. 12, Mai 1981:

Presseerklärung: Militärische
Aggression gegen Nicaragua?-
Somoza-Guardia in den USA- Gespräch
mit Ex-CIA-Agent Philipp Agee:
Mittelamerika, ein zweites Vietnam?
Costa Rica- Cuba- Solidaritäts-
arbeit

Ich bestelle (bitte ankreuzen):

— NA-Solidaritätsabo/s — NA-Normalabo/s
(6Hefte, 20DM) (6Hefte, 12DM)

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift:

Bitte ausfüllen und senden an:

MAGAZIN VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1

**STRATEGIEN DES IMPERIALISMUS
IN ZENTRALAMERIKA**
Analysen - Informationen - Dokumente
kommentiert und zusammengestellt von
Heinz Dieterich
128 Seiten, broschiert, DM 10,-

**Die reformistische Strategie des Impe-
rialismus - Das Dissensdokument**
Zur Rolle der internationalen Christde-
mokratie in der Vernichtungsstrategie
des US-Imperialismus
Die Sicht der Opfer

Zu beziehen bei:
Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4

CIA GEGEN EL SALVADOR
Der Bericht des Ex-Agenten Philip
Agee über die Praktiken der CIA in
Lateinamerika
Herausgegeben von Warner Poelchau
224 Seiten, DM 14,80
Konkret Literatur-Verlag
im Buchhandel

**Informationszentrum für
Guyana und die Karibik**
GRENADA DOKUMENTATION

Presseauschnitte (viele in Eng-
lisch) zu:
Basisinformation
Der Sturz des Gairy-Regimes
Die Politik des New-Jewel-
Movements und Grenadas Entwick-
lung seit März 1979
Internationale Reaktionen und US-
Destabilisierungspolitik

Zu beziehen bei:
M. Ernst / U. Reichel
Krochmannstr. 6
2 Hamburg 60



SUCHMELDUNG

Am 23. Juni 1981 erreichten anonyme DM 23.- unser Konto, die
gedacht waren für ein Abonnement der Lateinamerika-Nachrich-
ten ab Mai.

Wohl ist herauszufinden, daß der Betrag aus Nürnberg stammt
- wer ihn jedoch verantwortlich überwiesen hat, bleibt wei-
terhin im Unklaren. Für Hinweise sind wir dankbar

päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik



**päd.extra
abonnieren!**

Ende der staatl. protegierten Reformpolitik?
Ende der politischen pädagogischen Protestbewe-
gung?
Resignation, Privatisierung, Aussteigen?
Wenn wir uns (unsere) Utopien beraubt sind (ha-
ben), wollen wir wenigstens benennen, was falsch
ist.
päd.extra bleibt ein kritisches Magazin.

Gegen Ratlosigkeit: Analyse der Groß-Linien
staatl. Bildungspolitik. Auseinandersetzung mit ge-
werkschaftlichen Positionen.

Schulreform von innen und unten.
Wir warten nicht auf die Schulreform von oben.
päd.extra: Forum der Lehrer, die an ihr von unten
arbeiten.

Und Innen: Wie behindern Gefühle die Lehrer-Ar-
beit? Häufige Lehrer-Trauma? Flucht in die Ferne?
Flucht in die Politik?

Schulreform von unten, auch außen
Selbstorganisation in Lehrernetzen. Wie können
außerinstitutionelle Projekte überleben? Ihr Ver-
hältnis zur Gewerkschaft?

päd.extra, eine der ältesten Zeitungen aus einem
selbstverwalteten Betrieb.

Was päd.extra bietet: Aktuelle Informationen in
der "Zeitung". Jedes Mal ein Thema, z.B. über
Schülercliquen, oder über den Ärger mit den Noten,
oder wie Behinderte und Nichtbehinderte gemein-
sam unterrichtet werden können. Viele Einzelbei-
träge, z.B. über ein Gespräch mit dem Ökolo-
gischen Autor Ernest Callenbach. Rezensionen von Bü-
chern, Filmen und Schallplatten, soweit sie den
Lehrer interessieren.

PROBIER-COUPON

Ausschneiden und schicken an:
pädextra-Verlag, Postfach 352, 6140 Bens-
heim

Zum Kennenlernen von päd.extra haben
wir uns das **Probiertpaket** ausgedacht:
4 Hefte aus der laufenden Produktion und
das päd.extra Lexikon für nur DM 20,-. Das
päd.extra Lexikon enthält auf weit über 300
Karteikarten Stichworte zur Pädagogik und
benachbarten Bereichen.

☐ Ja, ich bestelle das Probiertpaket für
DM 20,-. Ich zahle:
☐ mit Scheck (liegt bei)
☐ gegen Rechnung (DM 2,50 Rechnungs-
gebühr)

Name, Vorname

Straße, Nr. PLZ, Ort

Ort Datum

Unterschrift

☐ Ich lasse abbuchen, formlose Erklärung
mit Konto/PLZ anbei
☐ Studienbescheinigung anbei
Ich bin einverstanden, daß das Probiertpaket
in ein normales Jahresabo übergeht
(DM 72,-, für Studenten DM 56,-, jeweils
/ DM 3,- bei Abbuchung), wenn ich nicht
spätestens nach Erhalt des dritten Heftes
kündige.